

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

3-2021

Spendenempfehlung: 4,00 €

Ausgabe März-April 2021

| | |
|---|----|
| Redaktionsnotiz..... | 3 |
| Geschichte und Gegenwart des „Marktsozialismus“..... | 4 |
| <i>Redaktion offen-siv</i> : Vorbemerkung zu diesem Schwerpunkt, oder: Sie sind in interessanter Gesellschaft..... | 4 |
| <i>J. W. Stalin</i> : Über die rechte Abweichung in der KPdSU. Rede auf dem Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) im April 1929 (Auszüge)..... | 6 |
| <i>V. Shapinov</i> : Marktsozialismus gestern und heute (Auszüge)..... | 16 |
| <i>Albert Einstein</i> : Warum Sozialismus (Auszüge)..... | 21 |

| | |
|--|-----|
| <i>Redaktion offen-siv: Zur theoriegeschichtlichen Entwicklung der These von der „sozialistischen Marktwirtschaft“ nach 1945 anhand einiger Biographien.....</i> | 25 |
| <i>Redaktion offen-siv: Kurze und unvollständige Zusammenfassung der Ereignisse 1956 in Ungarn und Polen, 1968 in der Tschechoslowakei.....</i> | 31 |
| <i>Redaktion offen-siv: Und nun kommen wir nach den historischen Fakten zu aktuellen Entwicklungen.....</i> | 35 |
| <i>Ingo Wagner: Für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert – ja! Aber wie? (Auszüge).....</i> | 35 |
| <i>Xi Jinping: Neue Grenzen öffnen für die marxistische politische Ökonomie im heutigen China (Auszüge).....</i> | 41 |
| <i>Jürgen Geppert: Politische Analyse Chinas.....</i> | 43 |
| <i>Redaktion offen-siv: Fazit.....</i> | 87 |
| Die DDR und die UdSSR Anfang der 1960er Jahre | 89 |
| Niederschrift eines Gesprächs des Genossen N. S. Chruschtschow mit dem Genossen W. Ulbricht, 1. August 1961..... | 89 |
| Solidarität mit der FDJ | 116 |
| Brief aus Frankreich vom „Pôle de Renaissance Communiste en France (PRCF)“..... | 116 |
| <i>ZK der KPD: Offener Brief an alle Abgeordneten der Linksfraktion im Berliner Senat.....</i> | 119 |
| Aus der Leser/innen-Post..... | 121 |

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Dieses Heft ähnelt eigentlich eher einem Sonderheft als einem Zwei-Monats-Heft, denn es hat nicht, wie es sonst bei den Zwei-Monats-Heften der Fall ist, einen ausgesprochenen Magazincharakter. Stattdessen steht ein Thema im Vordergrund: die so genannte „sozialistische Marktwirtschaft“. Das Thema nimmt 84 Seiten dieses Heftes ein. Wir hoffen, dass Euch das nicht zu sehr abschreckt.

Zusätzlich und ein wenig auch begleitend stellen wir diesem Schwerpunkt des Heftes das Protokoll eines Gespräches zwischen Chruschtschow und Ulbricht aus dem Jahr 1961 zur Seite.

Da bleibt nur noch Platz, der FDJ unsere Solidarität bezüglich des brutalen Polizeieinsatzes bei der Demonstration zu Ehren Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auszudrücken, siehe S. 115ff.

Ein Wort noch zum marxistisch-leninistischen Fernstudium von KPD und offen-siv. Wir hatten im Herbst des vergangenen Jahres gehofft, im März dieses Jahres, also mit einem Jahr Verspätung, mit dem neuen Studiengang beginnen zu können, wieder zweizügig, denn es gibt 70 Anmeldungen. Aber Corona macht das auch diesmal unmöglich. Ob es im Sommer losgehen kann, ist zur Zeit nicht absehbar, mit relativ großer Sicherheit aber wird ein Start spätestens im September stattfinden können.

Und ein Wort zur Partei „Die Linke“. Zum brutalen Polizeieinsatz bei der Demonstration zu Ehren Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts in Berlin gegen die FDJ und damit gegen uns alle gab sie eine lauwarmer Erklärung heraus, in der die „politisch Verantwortlichen“ (sie ist selbst Mitglied des Berliner Senats) windelweich gebeten werden, der Polizeigewalt ein Ende zu machen, im Berliner Senat bleibt sie auf dem Kurs der Privatisierung der S-Bahn und zu Kuba meint sie, auch mit der „demokratischen Opposition“ solidarisch sein zu müssen. Man nimmt dort also eine aalglatte Form an, um Regierungsfähigkeit zu demonstrieren. Wer die wählt, wählt sein eigenes Verraten-Werden.

Unten seht Ihr unser Spendenkonto. Wir müssen wie immer um Spenden bitten.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Geschichte und Gegenwart des „Marktsozialismus“

Redaktion offen-siv: Vorbemerkung zu diesem Schwerpunkt, oder: Sie sind in interessanter Gesellschaft

Wir quälen Euch hier vorwiegend mit Ökonomie und dazu auch noch mit Geschichte. Das ist leider unumgänglich, denn die Ökonomie ist nunmal die Grundlage einer Gesellschaft. Und geschichtliche Entwicklungen gehören natürlich immer dazu, historische Erfahrungen müssen ausgewertet werden.

Hier soll es um die „Theorie“ von der „sozialistischen Marktwirtschaft“ in ihren konkreten Auswirkungen und gleichzeitig um die sie vertretenden Protagonisten und um ihre Praxis gehen, deshalb beschäftigen wir uns mit konkreten Vorkommnissen in unterschiedlichen Ländern: Ungarn, Polen, der CSSR und auf wirtschaftstheoretischer Ebene auch mit der Sowjetunion und der DDR, außerdem kommt China nochmals ausführlich vor in Erweiterung des Sonderheftes vom letzten Jahr.

Wir zeichnen die Entwicklung der marktwirtschaftlichen Reformvorschläge im Sozialismus in historischer Reihenfolge exemplarisch nach, exemplarisch, weil es noch sehr viel mehr Material gäbe, was hier aber den Rahmen sprengen würde. Wir beginnen den ersten Teil mit einem Text von J.W. Stalin, einem Auszug aus dem Protokoll einer ZK-Sitzung der KPdSU(B) im April 1929 (gegen Bucharins wirtschaftspolitische Vorschläge), danach drucken wir V. Shapinow, der sich mit den von Trotzki verfassten Reformvorschlägen für den Sozialismus in der UdSSR beschäftigt und A. Einstein, der bestechend, klar und einfach die Notwendigkeit der Planwirtschaft darstellt.

Und dann kommt der zweite Teil dieses Schwerpunktes: Die Zusammenfassung des „Reformkommunismus“, wie er sich in den sozialistischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg breit gemacht hat. Wir haben diesen zweiten Teil wiederum in zwei Themenkreise aufgeteilt.

Erster Themenkreis: einige Schlaglichter auf die theoriegeschichtliche Entwicklung dieser konterrevolutionären Theorien anhand wichtiger „Theoretiker“ des „Reformkommunismus“, des „Dritten Weges“ oder wie sie ihre Konstrukte sonst genannt haben. Hier haben wir uns nicht nur Vertreter

aus Polen und der CSSR, sondern auch aus der Sowjetunion und der DDR angeschaut: O. Lange, O. Sik, J.G. Liberman, F. Behrens, Ch. Luft.

Zweiter Themenkreis: die Nachzeichnung der konterrevolutionären Entwicklungen in Ungarn, Polen und der CSSR. Die Sowjetunion haben wir in diese Betrachtung hier nicht einbezogen, obwohl es wahrscheinlich nicht übertrieben ist, sie seit Chruschtschow und besonders seit Gorbatschow (man darf allerdings die Kossygin-Reformen der Ära Breschnew auch nicht vergessen) als Haupt dieser die Erosion des Sozialismus betreibenden Kräfte zu bezeichnen. Aber über die Geschichte der Sowjetunion gibt es zur Aufklärung dieser Entwicklungen gute Schriften, von denen wir schon Einiges gebracht haben, z.B. von Kurt Gossweiler, Harpal Brar, Michael Kubi, Grover Furr und Gerhard Schnehen.

Danach, im dritten Teil, soll auch Aktuelles eine Rolle spielen: Ingo Wagner aus dem Jahr 2010 und Xi Jinping aus dem Jahr 2020. Wir wohnen in Auszügen dessen Referat bei der 28. Sitzung des gemeinsamen Studiums des Politbüros des 18. ZK der Kommunistischen Partei Chinas aus dem vergangenen Jahr bei. Beide Texte unterziehen wir keiner Kritik. Nach all dem, was vorher zu lesen war, ergibt sich die von selbst. Die aktuelle Arbeit von Jürgen Geppert „Politische Analyse Chinas“ schließt dann den Schwerpunkt dieses Heftes „Geschichte und Gegenwart des ‚Marktsozialismus‘“ ab.

Uns geht es bei diesem Thema insgesamt darum, die historischen Linien darzustellen, um zu zeigen, dass der innere Angriff auf den Sozialismus, also auf die Diktatur des Proletariats und auf die der Diktatur des Proletariats entsprechende Wirtschaftsform, die Planwirtschaft, schon mehr als 100 Jahre währt, also sogar schon länger, als es den Gesellschaft gewordenen Sozialismus gibt, dass also an den regelmäßig wiederkehrenden „Erneuerungen“ des Sozialismus das „Neue“ nur die Tarnung für den stets vorhandenen Kampf gegen den Sozialismus ist.

Wir wünschen Euch Lesespaß und Erkenntnisgewinn!

1. Teil:

J. W. Stalin: Über die rechte Abweichung in der KPdSU. Rede auf dem Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) im April 1929 (Auszüge)

(...) Hier wurde einige Male die bekannte Stelle über das Hineinwachsen des Kulakentums in den Sozialismus aus der Schrift Bucharins „Der Weg zum Sozialismus“¹ zitiert. Aber sie wurde hier mit einigen Auslassungen zitiert. Gestatten Sie mir, sie vollständig zu zitieren. Das ist notwendig, Genossen, um aufzuzeigen, wie sehr Bucharin von der marxistischen Theorie des Klassenkampfes abgerückt ist.

Hören Sie: „Das Hauptnetz unserer genossenschaftlichen Bauernorganisationen wird aus genossenschaftlichen Zellen bestehen, nicht von kulakischem, sondern von ‚werkfähigem‘ Typus, aus Zellen, die in das System unserer allgemein-staatlichen Organe hineinwachsen und auf diesem Wege zu gliedern einer einheitlichen Kette der sozialistischen Wirtschaft werden. Andererseits werden die kulakischen Kooperativnester genauso durch die Banken usw. in dasselbe System hineinwachsen; aber sie werden bis zu einem gewissen Grade ein Fremdkörper sein, ähnlich wie zum Beispiel die Konzessionsunternehmungen!“²

Beim Zitieren dieser Stelle aus der Broschüre Bucharins haben einige Genossen aus irgendeinem Grunde den letzten Satz, den über die Konzessionäre, ausgelassen. (...) Indes ist in dem ganzen Zitat der springende Punkt gerade der letzte Satz, der über die Konzessionäre. Denn wenn die Konzessionäre mit den Kulaken auf eine Stufe gestellt werden, die Kulaken aber in den Sozialismus hineinwachsen, was kommt dann dabei heraus? Es kommt dabei nur heraus, dass die Konzessionäre ebenfalls in den Sozialismus

¹ Die Broschüre erschien 1925. Die Originalausgabe wird heute mit 80,- Euro gehandelt...

² Konzessionsunternehmungen waren private Unternehmen, zumeist ausländische, in der jungen Sowjetunion. Es ist nur selbstverständlich, dass viele deutsche Betriebsleiter Spitzel des Deutschen Reiches waren.

hineinwachsen, dass nicht nur die Kulaken, sondern auch die Konzessionäre in den Sozialismus hineinwachsen. (Allgemeine Heiterkeit.)

Sehen Sie, was dabei herauskommt.

Rosit: Bei Bucharin heißt es „Fremdkörper“.

Stalin: Bei Bucharin heißt es nicht „Fremdkörper“, sondern „bis zu einem gewissen Grade ein Fremdkörper“. Die Kulaken und Konzessionäre sind also „bis zu einem gewissen Grade“ ein Fremdkörper im System des Sozialismus.

Aber gerade darin besteht der Fehler Bucharins, dass die Kulaken und Konzessionäre, die zwar „bis zu einem gewissen Grade“ ein Fremdkörper sind, dennoch in den Sozialismus hineinwachsen. Zu einem solchen Unsinn führt also die Theorie Bucharins. Kapitalisten in Stadt und Land, Kulaken und Konzessionäre, die in den Sozialismus hineinwachsen - bis zu einer solchen Dummheit hat sich Bucharin verstiegen.

Nein, Genossen, einen solchen „Sozialismus“ brauchen wir nicht. Soll Bucharin ihn für sich behalten.

Bisher haben wir Marxisten-Leninisten gemeint, dass zwischen den Kapitalisten in Stadt und Land einerseits und der Arbeiterklasse andererseits ein unversöhnlicher Interessengegensatz besteht. Gerade darauf beruht ja die marxistische Theorie des Klassenkampfes.

Jetzt aber wird, nach der Theorie Bucharins vom friedlichen Hineinwachsen der Kapitalisten in den Sozialismus, dies alles umgekrempelt, der unversöhnliche Gegensatz der Klasseninteressen der Ausbeuter und der Ausgebeuteten verschwindet, die Ausbeuter wachsen in den Sozialismus hinein.³ (...)

Eins von beiden: Entweder besteht zwischen der Klasse der Kapitalisten und der Klasse der Arbeiter, die an die Macht gelangt sind und ihre Diktatur organisiert haben, ein unversöhnlicher Interessengegensatz, oder dieser

³ J.W. Stalin, Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B). Rede auf dem Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) im April 1929 (Stenographisches Protokoll), Stalin Werke Bd. 12, S. 20f.

Interessengegensatz besteht nicht, und dann bleibt nur eins übrig - die Harmonie der Klasseninteressen zu verkünden.

Eins von beiden: Entweder die Marxsche Theorie des Klassenkampfes oder die Theorie des Hineinwachsens der Kapitalisten in den Sozialismus; entweder unversöhnlicher Gegensatz der Klasseninteressen oder die Theorie der Harmonie der Klasseninteressen.⁴ (...)

Bucharin meint, dass unter der Diktatur des Proletariats der Klassenkampf erlöschen und verschwinden muss, damit es zur Aufhebung der Klassen komme. Lenin jedoch lehrt im Gegenteil, dass die Klassen nur auf dem Wege eines hartnäckigen Klassenkampfes aufgehoben werden können, der unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats noch erbitterter wird, als er vor der Diktatur des Proletariats war. „Die Aufhebung der Klassen“, sagt Lenin, „ist das Werk eines langwierigen, schweren, hartnäckigen Klassenkampfes, der nach dem Sturze der Macht des Kapitals, nach der Zerstörung des bürgerlichen Staates, nach der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats nicht verschwindet (wie sich das Flachköpfe vom alten Sozialismus und von der alten Sozialdemokratie einbilden), sondern nur seine Formen ändert und in vieler Hinsicht noch erbitterter wird.“ (4. Ausgabe, Bd. 29, S. 359 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 558].)

Das sagt Lenin über die Aufhebung der Klassen. Aufhebung der Klassen auf dem Wege des erbitterten Klassenkampfes des Proletariats - das ist die Formel Lenins. Aufhebung der Klassen auf dem Wege des Erlöschens des Klassenkampfes und des Hineinwachsens der Kapitalisten in den Sozialismus - das ist die Formel Bucharins.⁵ (...)

Bucharin vergisst, dass die NÖP noch eine andere Seite hat. Die Sache ist die, dass die NÖP durchaus nicht volle Freiheit des privaten Handels, freies Spiel der Preise auf dem Markt bedeutet. NÖP heißt Freiheit des privaten Handels in bestimmten Grenzen, in einem bestimmten Rahmen, bei Gewährleistung der regulierenden Rolle des Staates auf dem Markt. Darin gerade besteht die zweite Seite der NÖP. Dabei ist diese Seite der NÖP für uns von größerer

⁴ Ebenda, S. 22

⁵ Ebenda, S. 23

Wichtigkeit als ihre erste Seite. Wir haben auf dem Markt kein freies Spiel der Preise, wie es gewöhnlich in den kapitalistischen Ländern der Fall ist.

Wir bestimmen im Wesentlichen die Preise für das Getreide. Wir bestimmen die Preise für die Industriewaren. Wir bemühen uns, eine Politik der Senkung der Selbstkosten der Produktion und der Preisherabsetzung für die Industriewaren durchzuführen, und sind bestrebt, die Stabilität der Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft zu wahren. Ist es nicht klar, dass es solche besonderen und spezifischen Zustände auf dem Markt in den kapitalistischen Ländern nicht gibt?

Daraus folgt, dass, solange die NÖP besteht, ihre beiden Seiten gewahrt bleiben müssen: sowohl die erste Seite, die gegen das Regime des Kriegskommunismus gerichtet ist und die Gewährleistung einer gewissen Freiheit des privaten Handels bezweckt, als auch die zweite Seite, die gegen die volle Freiheit des privaten Handels gerichtet ist und die Gewährleistung der regulierenden Rolle des Staates auf dem Markt bezweckt. Man hebe eine dieser Seiten auf - und man wird keine Neue Ökonomische Politik mehr haben.

Bucharin meint, dass der NÖP nur von „links“ Gefahr drohen könne, von Seiten der Leute, die jede Freiheit des Handels beseitigen wollen. Das ist nicht richtig. Das ist der grösste Fehler. Überdies ist diese Gefahr jetzt am wenigsten real, denn wir haben jetzt keine oder fast keine solchen Leute in unseren lokalen und zentralen Organisationen, die nicht die ganze Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Wahrung einer gewissen Freiheit des Handels verstünden.

Weitaus realer ist die Gefahr von rechts, die Gefahr von Seiten der Leute, die die regulierende Rolle des Staates auf dem Markt beseitigen möchten, die den Markt „von den Fesseln befreien“ und auf diese Weise eine Ära der vollen Freiheit des privaten Handels eröffnen möchten. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass diese Gefahr der Sprengung der NÖP von rechts jetzt weitaus realer ist. Man darf nicht vergessen, dass das kleinbürgerliche Element gerade in dieser Richtung wirkt - in der Richtung der Sprengung der NÖP von rechts. Man muss auch dessen eingedenk sein, dass die Kulaken und die wohlhabenden Elemente, die Spekulanten und Aufkäufer mit ihrem Gezeter,

dem nicht selten viele unserer Genossen Gehör schenken, die NÖP gerade von dieser Seite her bombardieren.

Die Tatsache, dass Bucharin diese zweite, tatsächlich reale Gefahr der Sprengung der NÖP nicht sieht - diese Tatsache spricht unzweifelhaft dafür, dass er dem Druck des kleinbürgerlichen Elements erlegen ist. Bucharin schlägt eine „Normalisierung“ des Marktes vor und ein „Manövrieren“ mit den Beschaffungspreisen für Getreide nach Gebieten, das heißt eine Erhöhung der Getreidepreise.

Was bedeutet das? Das bedeutet, dass ihn die sowjetischen Marktbedingungen nicht befriedigen, er will die regulierende Rolle des Staates auf dem Markt auf ein Nichts reduzieren und schlägt vor, dem kleinbürgerlichen Element, das die NÖP von rechts zu sprengen sucht, Konzessionen zu machen.

Nehmen wir für einen Augenblick an, wir wären den Ratschlägen Bucharins gefolgt. Was würde sich daraus ergeben? Wir erhöhen die Getreidepreise, sagen wir im Herbst, zu Beginn der Beschaffungsperiode. Da sich aber auf dem Markt immer Leute finden, allerlei Spekulanten und Aufkäufer, die für das Getreide das Dreifache zahlen können, und da wir mit den Spekulanten nicht Schritt halten können, weil sie im ganzen nur etwa zehn Millionen Pud kaufen, während wir Hunderte von Millionen Pud kaufen müssen, so werden die Getreidebesitzer auch weiterhin das Getreide zurückhalten, um eine weitere Erhöhung der Preise abzuwarten. Folglich werden wir im Frühjahr, wenn der Hauptbedarf des Staates an Getreide vornehmlich einsetzt, den Getreidepreis erneut erhöhen müssen.

Was bedeutet es aber, den Getreidepreis im Frühjahr zu erhöhen? Das bedeutet, die Dorfarmut und die unbemittelten Schichten des Dorfes schwer zu schädigen, die selbst gezwungen sind, im Frühjahr Getreide zuzukaufen, teilweise als Saatgut, teilweise für den Konsum, dasselbe Getreide, das sie im Herbst zu niedrigeren Preisen verkauft haben.

Können wir durch diese Operationen irgendein bedeutendes Ergebnis im Sinne der Erlangung einer genügenden Getreidemenge erzielen? Aller Wahrscheinlichkeit nach nicht, da sich stets Spekulanten und Aufkäufer finden werden, die immer wieder für dasselbe Getreide das Doppelte und Dreifache zahlen können. Also müssten wir zu einer neuen Erhöhung der Getreidepreise bereit sein, in dem vergeblichen Bemühen, die Spekulanten

und Aufkäufer zu überbieten. Daraus aber folgt, dass wir, wenn wir einmal den Weg der Erhöhung der Getreidepreise beschritten haben, auch weiterhin abwärts gleiten müssen, ohne eine Garantie zu haben, dass wir die nötige Getreidemenge erhalten werden.

Damit ist aber die Sache nicht zu Ende:

Erstens, wenn wir die Beschaffungspreise für Getreide erhöhen, werden wir nachher auch die Preise für die von der Landwirtschaft erzeugten Rohstoffe erhöhen müssen, um eine bestimmte Proportion in den Preisen aller Erzeugnisse der Landwirtschaft zu wahren.

Zweitens, wenn wir die Beschaffungspreise für Getreide erhöhen, werden wir in den Städten den niedrigen Brotpreis im Einzelhandel nicht aufrechterhalten können - also werden wir auch die Verkaufspreise für Brot erhöhen müssen. Da wir aber die Arbeiter nicht benachteiligen können und dürfen - werden wir in beschleunigtem Tempo die Löhne erhöhen müssen.

Das aber muss notgedrungen zur Folge haben, dass auch die Preise für Industriewaren erhöht werden, denn andernfalls kann es, entgegen den Interessen der Industrialisierung, dazu kommen, dass die Mittel aus der Stadt aufs Land hinübergepumpt werden. Infolgedessen werden wir die Preise für Industriewaren und landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht auf der Grundlage sinkender oder zumindest stabilisierter Preise auszugleichen haben, sondern auf der Grundlage steigender Preise, sowohl für Getreide als auch für Industriewaren. Mit anderen Worten, wir werden einen Kurs auf Verteuerung der Industriewaren und der landwirtschaftlichen Erzeugnisse einschlagen müssen.

Es ist nicht schwer zu verstehen, dass ein solches „Manövrieren“ mit den Preisen notgedrungen zu einer vollständigen Liquidierung der Preispolitik der Sowjetmacht, zur Beseitigung der regulierenden Rolle des Staates auf dem Markt und zur völligen Entfesselung des kleinbürgerlichen Elements führen muss. Für wen wird das von Vorteil sein? Nur für die wohlhabenden Schichten in Stadt und Land, da die teuren Industriewaren und landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowohl für die Arbeiterklasse als auch für die Dorfarmut und die unbemittelten Schichten des Dorfes unerschwinglich werden müssen.

Gewinnen werden die Kulaken und Wohlhabenden, die NÖP-Leute und andere vermögende Klassen. Das wird ebenfalls ein Zusammenschluss sein, aber ein Zusammenschluss eigener Art, ein Zusammenschluss mit den reichen Schichten in Stadt und Land. Die Arbeiter und die unbemittelten Schichten des Dorfes werden uns mit vollem Recht fragen, was für eine Macht wir eigentlich sind, eine Arbeiter- und Bauernmacht oder eine Macht der Kulaken und NÖP-Leute?

Bruch mit der Arbeiterklasse und den unbemittelten Schichten des Dorfes, Zusammenschluss mit den reichen Schichten in Stadt und Land - dazu müssen die Bucharinsche „Normalisierung“ des Marktes und das „Manövrieren“ mit den Getreidepreisen nach Gebieten führen.

Es ist klar, dass die Partei diesen verderblichen Weg nicht betreten kann.⁶ (...)

Was kann Schlechtes daran sein, dass der Staat, die staatliche Industrie der Warenlieferant für die Bauernschaft ist, ohne Zwischenhändler, die Bauernschaft dagegen der Getreidelieferant für die Industrie, für den Staat ist, ebenfalls ohne Zwischenhändler? Was kann vom Standpunkt des Marxismus und der marxistischen Politik Schlechtes daran sein, dass die Bauernschaft schon zum Lieferanten von Baumwolle, Rüben, Flachs für den Bedarf der staatlichen Industrie geworden ist, die staatliche Industrie aber zum Lieferanten von städtischen Waren, Saatgut und Produktionsinstrumenten für diese Zweige der Landwirtschaft?⁷ (...)

Was bedeutet zum Beispiel die Tatsache, dass es vor der Revolution bei uns ungefähr 16 Millionen Bauernhöfe gab, während es jetzt nicht weniger als 25 Millionen sind? Wovon zeugt das, wenn nicht davon, dass die Bewirtschaftung des Bodens einen immer mehr zerstückelten, zersplitterten Charakter annimmt?

Ein kennzeichnender Zug der zersplitterten kleinen Wirtschaften besteht aber darin, dass sie nicht imstande sind, in dem nötigen Maße die Technik, Maschinen, Traktoren, die Ergebnisse der agronomischen Wissenschaft auszunutzen, und dass sie Wirtschaften mit einer geringen Warenproduktion sind. Daher der Mangel an landwirtschaftlichen Produkten für den Markt.

⁶ Ebenda, S. 28-30

⁷ Ebenda, S. 30

Daher die Gefahr eines Bruches zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft. Daher die Notwendigkeit, die Landwirtschaft vorwärts zu bringen, sie dem Entwicklungstempo unserer Industrie anzupassen.

Und um diese Gefahr eines Bruches zu beseitigen, muss man anfangen, die Landwirtschaft ernstlich auf der Basis der neuen Technik neu auszurüsten. Um sie aber neu auszurüsten, muss man allmählich die zersplitterten individuellen Bauernwirtschaften zu Großwirtschaften, zu Kollektivwirtschaften vereinigen, muss man die Landwirtschaft auf der Basis der kollektiven Arbeit aufbauen, muss man die Kollektive vergrößern, muss man die alten und neuen Sowjetwirtschaften entwickeln, muss man systematisch die Massenformen von Kontrahierung auf alle Hauptzweige der Landwirtschaft anwenden, muss man das System der Maschinen- und Traktorenstationen entwickeln, die der Bauernschaft helfen, die neue Technik zu meistern und die Arbeit zu kollektivieren - mit einem Wort, man muss allmählich die kleinen individuellen Bauernwirtschaften auf die Basis der kollektiven Großproduktion überführen, denn nur die Großproduktion von gesellschaftlichem Typus ist fähig, die Ergebnisse der Wissenschaft und die neue Technik voll auszunutzen und die Entwicklung unserer Landwirtschaft mit Siebenmeilenschritten vorwärts zu bringen.⁸

Es ist bekannt, dass Bucharin noch immer nicht begreifen kann, dass der Kulak unter den jetzigen Verhältnissen die genügende Getreidemenge freiwillig, von selbst, nicht abliefern wird. Das hat jetzt die zweijährige Erfahrung unserer Arbeit bei der Getreidebeschaffung bewiesen. Was soll aber geschehen, wenn doch nicht genügend Getreide auf den Markt kommt?

Bucharin antwortet darauf: Beunruhigt den Kulaken nicht durch außerordentliche Maßnahmen und führt Getreide aus dem Ausland ein. Er hat noch vor kurzem vorgeschlagen, Getreide aus dem Ausland einzuführen, so an die 50 Millionen Pud, das heißt für etwa 100 Millionen Rubel Valuta. Wenn aber die Valuta dazu gebraucht wird, Ausrüstungen für die Industrie einzuführen? Bucharin antwortet darauf: Man muss der Getreideeinfuhr aus dem Ausland den Vorzug geben, also offensichtlich die Einfuhr von Ausrüstungen für die Industrie in den Hintergrund rücken.

⁸ Ebenda, S. 34f.

Auf diese Weise würde sich ergeben, dass die Grundlage der Lösung des Getreideproblems und der Rekonstruktion der Landwirtschaft nicht in einem schnellen Entwicklungstempo der Industrie besteht, sondern in der Entwicklung der individuellen Bauernwirtschaft, die Kulakenwirtschaft inbegriffen, auf der Basis des freien Marktes und des freien Spiels der Preise auf dem Markt. Somit haben wir es mit zwei verschiedenen Plänen der Wirtschaftspolitik zu tun.

Der Plan der Partei:

1. Wir rüsten die Industrie neu aus (Rekonstruktion).
2. Wir beginnen mit einer ernsthaften Neuausrüstung der Landwirtschaft (Rekonstruktion).
3. Dazu muss man den Aufbau von Kollektiv- und Sowjetwirtschaften erweitern, müssen die Kontrahierung und die Maschinen- und Traktorenstationen als Mittel zur Herstellung des Zusammenschlusses zwischen Industrie und Landwirtschaft auf dem Gebiet der Produktion Massen-anwendung finden.
4. Was die Schwierigkeiten der Getreidebeschaffung im gegenwärtigen Augenblick betrifft, so muss die Zulässigkeit zeitweiliger außerordentlicher Maßnahmen anerkannt werden, die durch die gesellschaftliche Unterstützung der Massen der Mittelbauern und armen Bauern bekräftigt werden, als eins der Mittel, den Widerstand des Kulakentums zu brechen und ihm in maximalem Umfang die Getreideüberschüsse abzunehmen, die nötig sind, um ohne Getreideeinfuhr auszukommen und die Valuta für die Entwicklung der Industrie zu behalten.
5. Die individuelle Wirtschaft der armen und Mittelbauern spielt bei der Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen eine vorherrschende Rolle und wird sie auch weiter spielen, aber sie allein genügt bereits nicht mehr: die Entwicklung der individuellen Wirtschaft der armen und Mittelbauern muss daher ergänzt werden durch die Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften, durch Kontrahierung im Massenmaßstab, durch verstärkte Entwicklung der Maschinen- und Traktorenstationen, um die Verdrängung der kapitalistischen Elemente aus der Landwirtschaft und die allmähliche Überleitung der individuellen Bauernwirtschaften auf die Bahnen

kollektiver Großwirtschaften, auf die Bahnen der kollektiven Arbeit zu erleichtern.

6. Um aber das alles zu erreichen, ist es vor allen Dingen notwendig, die Entwicklung der Industrie, des Hüttenwesens, der chemischen Industrie, des Maschinenbaus, der Traktorenwerke, der Werke für landwirtschaftliche Maschinen usw. zu fördern. Geschieht das nicht, ist weder die Lösung des Getreideproblems noch die Rekonstruktion der Landwirtschaft möglich.

Schlussfolgerung: *Der Schlüssel zur Rekonstruktion der Landwirtschaft liegt in einem schnellen Entwicklungstempo unserer Industrie.*

Der Plan Bucharins:

1. „Normalisierung“ des Marktes, Zulassung des freien Spiels der Preise auf dem Markt und Erhöhung der Getreidepreise, ohne davor zurückzuschrecken, dass dies zur Verteuerung der Industriewaren, der Rohstoffe, des Brotes führen kann.

2. Allseitige Entwicklung der individuellen Bauernwirtschaft bei einer gewissen Verlangsamung des Entwicklungstempos der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften (Thesen Bucharins im Juli, Rede Bucharins auf dem Juliplenium).

3. Getreidebeschaffung auf dem Wege des Selbstlaufs, wobei immer und unter allen Umständen selbst die teilweise Anwendung außerordentlicher Maßnahmen gegen das Kulakentum auszuschließen ist, sogar wenn diese Maßnahmen von den Massen der Mittelbauern und armen Bauern unterstützt werden.

4. Im Falle eines Mangels an Getreide - Getreideeinfuhr in Höhe von etwa 100 Millionen Rubel.

5. Reicht aber die Valuta nicht aus, um sowohl die Getreideeinfuhr als auch die Einfuhr von Ausrüstungen für die Industrie zu decken, dann muss die Einfuhr von Ausrüstungen und folglich auch das Entwicklungstempo unserer Industrie gedrosselt werden, sonst wird bei uns die Landwirtschaft „auf der Stelle treten“ oder gar einen „direkten Absturz“ erleiden.

Schlussfolgerung: *Der Schlüssel zur Rekonstruktion der Landwirtschaft liegt in der Entwicklung der individuellen Bauernwirtschaft.*

So liegen die Dinge, Genossen!⁹

V. *Shapinov*: Marktsozialismus gestern und heute¹⁰ (Auszüge)

Im Gegensatz zu anderen Marxisten seiner Zeit schrieb Trotzki nur sehr wenig über ökonomische Fragen. Er nahm an den Auseinandersetzungen zu Beginn des 20. Jahrhundert nicht teil. (...) Trotzki's Arbeiten nach der Oktoberrevolution, in denen er sich mit ökonomischen Fragen beschäftigte, erlauben uns festzustellen, dass Trotzki unter dem Einfluss solcher bürgerlicher Theorien über den Marktsozialismus stand, die sich heute in den Dokumenten aller opportunistischen Parteien finden. (...) In dieser Hinsicht ist der interessanteste Artikel Trotzki's „The Soviet Economy in Danger“ (Die sowjetische Wirtschaft in Gefahr), 1932 publiziert in der Zeitschrift „Blätter der Opposition“, die von ihm und engen Mitarbeitern außerhalb der UdSSR herausgegeben wurde.

In diesem Artikel präsentiert Trotzki seine Vorstellungen über die Entwicklung der sowjetischen Ökonomie nach dem ersten Fünf-Jahr-Plan.

1932 hatte die Sowjetunion den ersten Fünf-Jahr-Plan erfüllt, die Basis für die sozialistische Industrialisierung war gelegt, große Fabriken, Kraftwerke, Bergwerke waren entstanden, entscheidend dafür, dass die Sowjetunion ökonomische Unabhängigkeit von den externen kapitalistischen Märkten erreichte und für die Entwicklung der sowjetischen Ökonomie zu einer sozialistischen Ökonomie. In der Landwirtschaft war die Kollektivierung erfolgreich durchgeführt worden, wodurch ärmliche kleinbäuerliche Höfe in große sozialistische Kolchosen und damit in eine konsolidierte Landwirtschaft eingebunden wurden. Die Ausbeutung der Landarmut und der Kleinbauern, die 70 Prozent der Landbevölkerung ausmachten, durch die Kulaken, also

⁹ Ebenda, S. 36f.

¹⁰ 2004 veröffentlicht in „Soviet Union“, einem Organ der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei. Hier übersetzt aus: Revolutionary Democracy, Vol XXV, No 1, October 2019, S. 105-112, www.revolutionarydemocracy.org, address: K-67, First Floor, Jangpura Extension, New Dehli – 11 00 14 (aus dem Russischen ins Englische übersetzt von Bikram Mohan, vom Englischen ins Deutsche übersetzt von der Redaktion der Zeitschrift offen-siv)

Großbauern, landwirtschaftliche Kapitalisten, die 10 Prozent der Landbevölkerung ausmachten, wurde liquidiert. (...) Insgesamt entwickelte sich die sowjetische Ökonomie entlang der Linie, die Isolation unabhängiger Warenproduzenten, die nur mittels des Marktes Kontakt miteinander hatten, zu überwinden und das Chaos der Warenproduktion zu ersetzen durch die Regulation der Wirtschaft durch einen zentralen Plan. (...) Sozialistische Gesellschaften ersetzen den überkommenen Kapitalismus, die Marktverhältnisse, durch neue, kommunistische, geplante ökonomische Verhältnisse. Der höchste Stand der Entwicklung einer kommunistischen Gesellschaft – der volle Kommunismus – überwindet die Marktverhältnisse, die auf der Warenproduktion, der Herrschaft von Angebot und Nachfrage und der Teilung der Arbeit basieren, vollständig.

Wie bewertete Trotzki diesen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus? Welche Rezepte empfiehlt er? (...)

In bester Tradition des Opportunismus ist er äußerst skeptisch bezüglich der Möglichkeit, den Kommunismus aufbauen zu können:

„Wenn ein universeller Geist existieren würde, einer nach der Art, sich selbst in die wissenschaftlichen Phantasien von Laplace¹¹ zu projizieren, ein Geist, der gleichzeitig alle Prozesse der Natur und der Gesellschaft registrieren, die Dynamik aller ihrer Bewegungen und alle Resultate ihrer Interaktion voraussehen könnte, dann könnte solch ein Geist wahrscheinlich aus sich selbst heraus einen fehlerlosen und vollständigen ökonomischen Plan aufstellen, der mit der Anzahl der Äcker, die mit Weizen bebaut werden bis zum letzten Knopf einer Weste reicht.“

Die gleiche Argumentation wurde während der Periode der „Perestroika“ gebraucht. Da wurde behauptet, dass es kein Prinzip geben könne, um eine Ökonomie auf der Basis eines einheitlichen Plans aufzubauen, weil es unmöglich sei zu kalkulieren, wieviel wer von welchem Produkt wann braucht, usw... Während der Gorbatschowschen Periode der Konterrevolution

¹¹ Pierre-Simon (Marquis de) Laplace (*28. März 1749 in der Normandie; †5. März 1827 in Paris) war ein französischer Mathematiker, Physiker und Astronom. Er beschäftigte sich unter anderem mit der Wahrscheinlichkeitstheorie und mit Differentialgleichungen.

war die herrschende Auffassung, dass der Plan begleitet werden müsse vom Markt und während der Jelzin-Periode, dass der Plan aufgegeben werden müsse und vollständig ersetzt werden müsse durch den Markt.

Sicher, Trotzki ging in seinen Schlussfolgerungen nicht so weit, sicher ist aber auch, dass, wenn man seinen ökonomischen Gedanken folgt, wir auf das gleiche Resultat stoßen – „Perestroika“, gefolgt von der Liquidierung des Sozialismus.

Ausgehend von den theoretischen Grundsätzen des „Markt-Sozialismus“ formuliert Trotzki konkrete Rezepte für die Entwicklung der sowjetischen Ökonomie. Er schlägt folgende Lösungen vor:

- a) die Notwendigkeit, die Leitung der Produktion zu dezentralisieren und den Betrieben und Arbeitskollektiven mehr Freiheiten zu geben;
- b) mehr Markt, weniger Plan;
- c) die Verringerung der vorgesehenen Wachstumsraten in der UdSSR;
- d) Öffnung der Grenzen für ausländisches Kapital.

Gehen wir diese Vorschläge konkret durch. (...)

Dezentralisation: Dezentralisation der Leitung der sozialistischen Ökonomie, größere Unabhängigkeit für Unternehmen und Kollektive, das ist Trotzki's Standpunkt. Die Diskussion wird häufig projiziert auf die Linien Zentralismus versus Demokratie. (...) Aber der Kampf findet hier nicht statt zwischen „Demokratie“ und „Zentralismus“, sondern vielmehr zwischen der kapitalistischen Art der Produktion, die auf einem Netzwerk von unabhängigen Produzenten beruht, deren einziger Kontakt der Markt ist, und der sozialistischen Art der Produktion, die auf dem Gemeineigentum basiert und die Abläufe zwischen den Betrieben plant und somit eine einheitliche ökonomische Tätigkeit hervorbringt. (...)

Mehr Markt, weniger Plan: Plan und Markt sind zwei komplett entgegengesetzte Systeme der Beziehungen der ökonomischen Subjekte. Plan und Markt koexistieren im Sozialismus für eine bestimmte Zeit – der Zeit der Periode der Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus. Der braucht den Markt nicht, muss keineswegs „geprüft“, „korrigiert“, „ergänzt“ werden durch den Markt, wie es viele Revisionisten behaupten. Zwischen

planmäßiger, sozialistischer Ökonomie und dem Chaos der Marktwirtschaft herrscht ein permanenter, antagonistischer Kampf. Der Sieg des Plans über den Markt ist der Sieg des Kommunismus, während der Sieg des Marktes über den Plan der Sieg des Kapitalismus ist. (...)

Der Sozialismus kennt keine zyklischen Krisen. Alles, was produziert wird, wird konsumiert, weil die Produktion nicht auf den Profit ausgerichtet ist, sondern auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung.

Dem entsprechend würde man nie sagen, dass „ökonomische Planung undenkbar ist ohne Markt“, sondern ganz im Gegenteil, dass unter den Bedingungen einer Marktwirtschaft ökonomische Planung grundsätzlich unmöglich ist, weil es unmöglich ist, hunderttausende von isolierten Privatproduzenten zu koordinieren. Nur unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums ist eine geplante Ökonomie möglich.

Verringerung der Wachstumsraten: Trotzki war der Auffassung, dass die Reduktion des Wachstums der Ökonomie ein Weg sei, die Probleme der Industrialisierung und der Kollektivierung zu lösen, die die Sowjetunion während des Weges von der Neuen Ökonomischen Politik, die einen Pseudo-Markt hervorgebracht hatte, hin zu einer sozialistischen Planung. *„Die Transformation des Fünfjahr-Planes in einen Vierjahr-Plan war ein Akt höchst leichtsinnigen Abenteuerertums“*, schrieb Trotzki. Und: *„Es ist notwendig, die Finger von einem zweiten Fünfjahr-Plan zu lassen. Weg mit schrillum Enthusiasmus!“*

Es ist klar, dass diese Art von Slogans nur von pro-kapitalistischen Elementen unterstützt werden konnten, die es zu der Zeit noch gab. (...)

Öffnung der Grenzen für ausländisches Kapital: Die Position Trotzki's bezüglich der Rolle ausländischer Märkte innerhalb der Sowjetunion basiert auf seiner These von der Unmöglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Land oder einer Gruppe von Ländern. Diese These wurde entwickelt im Zuge der innerparteilichen Diskussionen 1923/24 und in der „Resolution der vier“ dokumentiert. Diese Resolution ist unterzeichnet von vier führenden Mitgliedern der so genannten „Linken Opposition“, nämlich V.V. Osinskii, Y.L. Pyatakow, E.A. Preobrazhenskij, I.N. Smirnow. Diese Resolution sprach sich für eine *„massive Vermittlung von fremdem Kapital“* aus dem Westen aus. Dieser Vorschlag wurde während der Diskussion zurückgewiesen, weil

er die Existenz der sowjetischen Industrie in Gefahr gebracht hätte und dazu geeignet gewesen wäre, die Sowjetunion in einen Marktplatz für das westliche Monopolkapital zu machen.

Aber Trotzki gab seine Position nicht auf. Zehn Jahre später publizierte er in einem Artikel in den „Blättern der Opposition“ folgendes: *„Importiertes Kapital im Wert von einer Chervonet¹² zieht eine Produktion im Wert von hunderten und tausenden von Chervontsi¹³ nach sich. Die Notwendigkeit eines generellen ökonomischen Wachstums einerseits und das damit verbundene Entstehen neuer Nachfrage und dadurch neue Disproportionen andererseits verlangen kategorisch nach einer Vernetzung mit der Weltökonomie. Das Programm der Unabhängigkeit, also der Selbstgenügsamkeit der sowjetischen Ökonomie, offenbart immer mehr seinen reaktionären und utopischen Charakter. Autarkie ist das Ideal Hitlers, nicht aber das von Marx und Lenin.“¹⁴*

Nebenbei sei angemerkt, dass Hitlers Ideal nicht Autarkie war, sondern das Gegenteil, nämlich dem deutschen Monopolkapital so viele Märkte wie möglich zu verschaffen und gleichzeitig Massen von Rohstoffen zu rauben und billige Arbeitskräfte für das Wohlergehen der deutschen Industrie herbeizuschaffen.

Die Erfahrungen der Sowjetunion zeigten, dass die Entwicklung einer sozialistischen Industrie nicht, wie Trotzki schrieb *„kategorisch nach einer Vernetzung mit der Weltökonomie (verlangt)“*, sondern diese ausschließt. Die Industrialisierung und die Kollektivierung ermöglichten der Sowjetunion die Unabhängigkeit von ausländischen Märkten und ausländischem Kapital und öffneten so den Weg zu einer unabhängigen sozialistischen Entwicklung. Der Sieg über den deutschen Faschismus wäre unmöglich gewesen ohne die „autarke“ sowjetische Ökonomie.

Für eine sozialistische Ökonomie ist die Öffnung für ausländisches Kapital sehr gefährlich. Das ist der Weg, den China nach Mao gegangen ist, ein revisionistischer Weg mit dem Resultat, dass die chinesischen Arbeiter unter

¹² Chervonet war eine russische Goldmünze im Wert von rund 10 Rubel

¹³ Chervontsi ist der Plural von Chervonet

¹⁴ L.D. Trotzki, The Sowjet Economie in Danger

schlechten Bedingungen schufteten, um Waren für imperialistische Länder herzustellen. Die Ausweitung der „Vernetzung mit der Weltökonomie“ brachte den Kapitalismus zurück nach China, zunächst in der Ökonomie, dann auch in der Politik. Chinesischen Kapitalisten die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei zu gestatten ist ein Symptom, das nicht übersehen werden sollte.

Die Integration in die Weltökonomie als eine Quelle billiger Arbeitskräfte und Rohstoffen ist der Weg, den Trotzki und die so genannte „linke Opposition“ in den 1920er und 1930er Jahren für die Sowjetunion vorgeschlagen haben. (...)

Albert Einstein: Warum Sozialismus (Auszüge)¹⁵

Vorbemerkung von „linksnet.de“: Das folgende Essay gehört sicherlich zu den unbekanntesten Arbeiten Albert Einsteins. Die Tatsache, dass sich Einstein einen Großteil seines Lebens als Sozialist verstand und gegen Faschismus und Krieg engagierte, wird von den bürgerlichen Medien gerne verschwiegen. "Why Socialism?" wurde erstmals 1949 in der ersten Ausgabe der New Yorker Zeitschrift Monthly Review veröffentlicht.

(...) Der Mensch ist gleichzeitig ein Einzel- und ein Sozialwesen. Als ein Einzelwesen versucht er, seine eigene Existenz und die derjenigen Menschen zu schützen, die ihm am nächsten sind, sowie seine persönlichen Wünsche zu befriedigen und seine angeborenen Fähigkeiten zu entwickeln. Als ein Sozialwesen versucht er, die Anerkennung und Zuneigung seiner Mitmenschen zu gewinnen, ihre Freuden zu teilen, sie in ihren Sorgen zu trösten und ihre Lebensumstände zu verbessern.

Allein die Existenz dieser vielfältigen, häufig widerstreitenden Bestrebungen macht den speziellen Charakter des Menschen aus, und die jeweilige Kombination bestimmt, inwieweit ein Individuum sein inneres Gleichgewicht erreichen und damit etwas zum Wohl der Gesellschaft beitragen kann. Es ist gut vorstellbar, dass die relative Kraft dieser beiden Antriebe hauptsächlich erblich bedingt ist. Aber die Persönlichkeit wird letztlich weitestgehend von

¹⁵ Quelle: www.linksnet.de/artikel/19102

der Umgebung geformt, die ein Mensch zufällig in seiner Entwicklung vorfindet, durch die Gesellschaftsstruktur, in der er aufwächst, durch die Traditionen dieser Gesellschaft und dadurch, wie diese Gesellschaft bestimmte Verhaltensweisen beurteilt.

Der abstrakte Begriff "Gesellschaft" bedeutet für den einzelnen Menschen die Gesamtheit seiner direkten und indirekten Beziehungen zu seinen Zeitgenossen und zu allen Menschen früherer Generationen. Das Individuum ist in der Lage, selbstständig zu denken, zu fühlen, zu kämpfen, zu arbeiten; aber es ist in seiner physischen, intellektuellen und emotionalen Existenz derart abhängig von der Gesellschaft, dass es unmöglich ist, es außerhalb des gesellschaftlichen Rahmens zu betrachten. Es ist die "Gesellschaft", die den Menschen Nahrung, Kleidung, Wohnung, Werkzeuge, Sprache, die Formen des Denkens und die meisten Inhalte dieser Gedanken liefert; sein Leben wird durch die Arbeit möglich gemacht und durch die Leistungen der vielen Millionen Menschen in Gegenwart und Vergangenheit, die sich hinter dem Wort "Gesellschaft" verbergen.

Es ist deshalb offensichtlich, dass die Abhängigkeit des Individuums von der Gesellschaft ein Faktum der Natur ist, der nicht aus der Welt geschafft werden kann - genau wie im Falle der Ameisen und Bienen. Doch während der gesamte Lebensprozess von Ameisen und Bienen bis ins kleinste Detail an starre, erbliche Instinkte gebunden ist, sind die sozialen Muster und die sozialen Verbindungen der Menschen sehr variabel und empfänglich für verschiedenste Veränderungen. Das Gedächtnis, die Fähigkeit, Neues zu versuchen, die Möglichkeit der mündlichen Kommunikation haben beim Menschen Entwicklungen ermöglicht, die nicht von biologischen Erfordernissen diktiert wurden. Solche Entwicklungen äußern sich in Traditionen, Institutionen und Organisationen, in der Literatur, in wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften, in Werken der Kunst. Das erklärt, weshalb der Mensch in einem gewissen Sinne sein Leben selbst beeinflussen kann und dass in diesem Prozess bewusstes Denken und Wollen eine Rolle spielen kann.

Der Mensch erwirbt mit der Geburt durch Vererbung eine biologische Grundlage, die wir als fest und unabänderlich betrachten müssen. Dies schließt die natürlichen Triebe ein, die für die menschliche Spezies charakteristisch sind. Darüber hinaus erwirbt er während seines Lebens eine

kulturelle Grundlage, die er von der Gesellschaft durch Kommunikation und durch viele andere Einflüsse übernimmt. Diese kulturelle Grundlage ist im Lauf der Zeit Änderungen unterworfen, und sie bestimmt zu einem großen Teil die Beziehungen zwischen dem Individuum und der Gesellschaft. Die moderne Anthropologie hat uns durch vergleichende Untersuchungen "primitiver" Kulturen gelehrt, dass das soziale Verhalten der Menschen sehr unterschiedlich sein kann und jeweils von den vorherrschenden kulturellen Mustern und den in der Gesellschaft vorherrschenden Organisationstypen abhängt. Auf diese Tatsache können diejenigen ihre Hoffnung bauen, die das Los der Menschen verbessern wollen: Menschen sind nicht durch ihre biologische Konstitution dazu verdammt, einander zu vernichten; sie sind nicht auf Gedeih und Verderb einem schrecklichen, selbst auferlegten Schicksal unterworfen.

Wenn wir uns fragen, wie die Gesellschaftsstruktur und die kulturellen Einstellungen des Menschen geändert werden sollen, um das menschliche Leben so befriedigend wie möglich zu machen, sollten wir uns immer der Tatsache bewusst sein, dass es bestimmte Bedingungen gibt, die wir nicht verändern können. Wie bereits erwähnt, sieht die biologische Natur des Menschen in der Praxis keine Änderung vor. Des Weiteren haben technologische und demografische Entwicklungen der letzten Jahrhunderte Bedingungen geschaffen, die bleibend sind. Bei einer relativ hohen Bevölkerungsdichte und mit Blick auf die Waren, die für ihre Existenz unentbehrlich sind, sind eine extreme Arbeitsteilung und ein hoch zentralisierter Produktionsapparat unbedingt notwendig. Die Zeiten, in denen Individuen oder relativ kleine Gruppen völlig autark sein konnten - und die in der Rückschau so idyllisch erscheinen -, sind unwiderruflich vorbei. Es ist nur eine leichte Übertreibung, wenn man sagt, dass die Menschheit jetzt sogar eine weltweite Gemeinschaft in Bezug auf Produktion und Verbrauch bildet.

Ich bin nun an dem Punkt angelangt, kurz anzudeuten, was für mich das Wesen der Krise unserer Zeit ausmacht. Es betrifft das Verhältnis des Individuums zur Gesellschaft. Das Individuum ist sich seiner Abhängigkeit von der Gesellschaft stärker bewusst als je zuvor. Aber es erfährt diese Abhängigkeit nicht als etwas Positives, Organisches, als Schutzgewalt, sondern eher als eine Bedrohung seiner naturgegebenen Rechte oder sogar seiner ökonomischen Existenz. Außerdem ist seine Stellung in der

Gesellschaft derart, dass seine egoistischen Triebe ständig hervorgehoben werden, während seine von Natur aus schwächeren sozialen Triebe schwächer werden und immer mehr verkümmern. Alle Menschen leiden unter diesem Prozess der Verschlechterung - ganz gleich welche Stellung sie in der Gesellschaft innehaben. Als unwissentliche Gefangene ihrer eigenen Ichbezogenheit fühlen sie sich unsicher, einsam und des ursprünglichen, einfachen und schlichten Lebensgenusses beraubt. Der Mensch kann den Sinn seines kurzen und bedrohten Lebens nur innerhalb der Gesellschaft finden.

Die ökonomische Anarchie der heutigen kapitalistischen Gesellschaft ist meiner Meinung nach die eigentliche Ursache des Übels. Vor uns sehen wir eine riesige Gemeinschaft von Produzenten, deren Mitglieder unaufhörlich bestrebt sind, einander die Früchte ihrer kollektiven Arbeit zu berauben - nicht mit Gewalt, aber im Allgemeinen in getreuer Einhaltung der gesetzlich feststehenden Regeln.

Die Produktion ist für den Profit da - nicht für den Bedarf. Es gibt keine Vorsorge dafür, dass all jene, die zu arbeiten fähig und bereit sind, immer Arbeit finden können. Es gibt fast immer eine "Heer von Arbeitslosen". Der Arbeiter lebt dauernd in der Angst, seinen Job zu verlieren. (...) Technologischer Fortschritt führt häufig zu mehr Arbeitslosigkeit statt zu einer Milderung der Last der Arbeit für alle. Das Gewinnmotiv ist in Verbindung mit der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten für Instabilität in der Akkumulation und Verwendung des Kapitals verantwortlich, und dies bedeutet zunehmende Depressionen. Unbegrenzte Konkurrenz führt zu einer riesigen Verschwendung von Arbeit und zur Lähmung des sozialen Bewusstseins von Individuen.

Diese Lähmung des Individuums halte ich für das größte Übel des Kapitalismus. Unser ganzes Bildungssystem leidet darunter. Dem Studenten wird ein übertriebenes Konkurrenzstreben eingetrichtert und er wird dazu ausgebildet, raffgierigen Erfolg als Vorbereitung für seine zukünftige Karriere anzusehen.

Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, diese Übel loszuwerden, nämlich die Errichtung eines sozialistischen Wirtschaftssystems, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielen orientiert. In solch einer Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst und ihr

Gebrauch wird geplant. Eine Planwirtschaft, die die Produktion den Bedürfnissen der Gemeinschaft anpasst, würde die Arbeit auf alle verteilen, die arbeiten können. Sie würde jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind einen Lebensunterhalt garantieren. Die Bildung hätte zum Ziel, dass die Individuen zusätzlich zur Förderung ihrer eigenen angeborenen Fähigkeiten und anstelle der Verherrlichung von Macht und Erfolg in unserer gegenwärtigen Gesellschaft Verantwortung für ihre Mitmenschen entwickeln.

Doch ist daran zu erinnern, dass eine Planwirtschaft noch kein Sozialismus ist. Eine Planwirtschaft als solche kann mit der totalen Versklavung des Individuums einhergehen. Die Verwirklichung des Sozialismus erfordert die Lösung einiger äußerst schwieriger sozialpolitischer Probleme: Wie kann angesichts weitreichender Zentralisierung politischer und ökonomischer Macht eine Bürokratie daran gehindert werden, allmächtig und maßlos zu werden? Wie können die Rechte des Individuums geschützt und somit ein demokratisches Gegengewicht zur Bürokratie gesichert werden?

In unserem Zeitalter des Übergangs ist Klarheit über die Ziele und Probleme des Sozialismus von größter Bedeutung. Da unter den gegenwärtigen Umständen die freie und ungehinderte Diskussion dieser Probleme einem machtvollen Tabu unterliegt, halte ich die Gründung dieser Zeitschrift [Monthly Review] für ausgesprochen wichtig.¹⁶

2. Teil:

Redaktion offen-siv: Zur theoriegeschichtlichen Entwicklung der These von der „sozialistischen Marktwirtschaft“ nach 1945 anhand einiger Biographien

Jewsei Grigorjewitsch Liberman, Sowjetunion

J. G. Liberman unterrichtete ab 1930 an einem Institut für Ökonomie in Charkow und leitete die Abteilung des Instituts für Organisation und Planung der Maschinenbauindustrie.

¹⁶ Dieser Text von Albert Einstein erschien in der ersten Ausgabe der damals linkssozialistischen Zeitschrift „Monthly Review“, die seit 1949 in New York herausgegeben wird.

Von 1947 bis in die 50er Jahre leitete Liberman ein Kollektiv von Wirtschaftswissenschaftlern, das mit der Planung der Maschinenbauindustrie in und um Charkow beschäftigt war.

Auf der Grundlage dieser Studien entwickelte Liberman Vorschläge zur Reform der ökonomischen Mechanismen der sozialistischen Industrie, die er dem ZK der KPdSU vorlegte und die am 9. September 1962 in der Prawda veröffentlicht wurden. Seine Vorschläge liefen auf die Integration kapitalistischer Mechanismen in die Planwirtschaft hinaus. Er stellte den Grundsatz auf, dass für den Betrieb vorteilhaft sein müsse, was für die Gesellschaft vorteilhaft ist. Um ökonomische Anreize zu setzen, sollte stärker auf bereits bekannte Verkehrsformen zurückgegriffen werden, was hieß, den Profit als Motivation für die Produktion in die Planwirtschaft einzubauen – und diese damit zu unterminieren.

Er war aktiv an der Diskussion und Ausarbeitung der sowjetischen Wirtschaftsreformen von 1965 beteiligt. Seine Vorstellungen beeinflussten auch die Wirtschaftspolitik der DDR.

Oskar Lange, VR Polen

Oskar Lange studierte vor dem II. Weltkrieg in Polen Ökonomie, Wirtschaftsgeschichte und Statistik, ging 1934 zunächst nach London, dann nach New York. In den USA lehrte er rund ein Jahrzehnt als Hochschulprofessor. 1944 brach er die Verbindung mit der Polnischen Exilregierung in London ab und unterstützte das Lubliner Komitee¹⁷. 1949–1956, zurück in Polen, lehrte er an der Hochschule für Planung und Statistik in Warschau, an der er 1952–1955 auch Rektor war. 1955–1957 war er Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Polen und 1957–1963 Vorsitzender des Wirtschaftsrates beim Ministerrat.

¹⁷ Das Lubliner Komitee ist 1945 im Osten Polens gegründet worden, fasst die sozialistischen und kommunistischen Kräfte und deren Unterstützer zusammen und wurde am 1. Januar 1945 in die Polnische Provisorische Regierung umgebildet.

Er war der Vater des Modells eines „Konkurrenzsozialismus“, bezugnehmend auf die Kritik der Planwirtschaft von Ludwig „Edler“ von Mises¹⁸. Beim „Konkurrenzsozialismus“ handelte es sich um die Übernahme bzw. den Einbau neoklassischer Elemente der bürgerlichen Volkswirtschaft in die sozialistische Ökonomie. Das Modell wurde auch als „Dritter Weg“ bekannt.

Fritz Behrens, DDR

Friedrich Behrens war seit 1926 Mitglied der SPD. 1932 wechselte er zur KPD. Er studierte von 1931 bis 1935 Volkswirtschaftslehre und Statistik in Leipzig. Er wurde 1939 zum Oberkommando der Wehrmacht dienstverpflichtet und arbeitete ab 1941 für das Statistische Zentralamt des Protektorats Böhmen und Mähren in Prag, zugleich unterrichtete er Statistik an der dortigen Deutschen Karls-Universität.

1946 wurde er mit einem Lehrauftrag für Statistik und Politische Ökonomie an die Universität Leipzig berufen und nach seiner Habilitation 1947 Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften und Statistik sowie Gründungsdekan der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität. 1954 war er Mitbegründer des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften und bekam den Nationalpreis der DDR, von 1955 bis 1957 war er Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und Mitglied des Ministerrates der DDR.

Seine Kritik an der zentralen Planung der Wirtschaft, sein Konzept einer „demokratischen sozialistischen Selbstverwaltung“ und seine Theorie vom Absterben der wirtschaftsorganisatorischen Funktion des sozialistischen Staates brachten ihm auf der 30. Tagung des ZK der SED den Vorwurf des Revisionismus ein. 1957 wurde er aller staatlichen Funktionen enthoben und

¹⁸ Ludwig „Edler“ von Mises war ein österreichischer Ökonom und Hochschuldozent. Von Mises hielt den Kapitalismus für einen Garanten menschlicher Freiheit und für das einzig funktionsfähige Wirtschaftssystem. Nur durch freies Wirtschaften sei der moderne Stand der Produktion entstanden und nur damit könne er fortbestehen. Es ist schon interessant, dass ein Ökonom eines sozialistischen Landes wie Oskar Lange sich auf einen solchen Bourgeoisvertreter bezieht und - bei aller Kritik - Elemente aus dessen wirtschaftspolitischen Überzeugungen übernimmt.

war seitdem als Arbeitsgruppenleiter am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR tätig. Auf der Hochschulkonferenz der SED 1958 übte er öffentliche Selbstkritik. 1964 bekam er den Vaterländischen Verdienstorden. Nachdem er erneut Zweifel an der Reformierbarkeit des Staatssozialismus geäußert hatte, wurde er 1968 vorzeitig emeritiert. Danach arbeitete er an Konzepten für Pluralismus und Selbstverwaltung im Sozialismus. 1979 verlieh ihm die Universität Leipzig die Ehrendoktorwürde.

Ota Šik, CSSR

Unter der Führung des Zentralkomiteemitglieds und Leiters des Wirtschaftsinstituts an der Prager Akademie der Wissenschaften, Ota Šik, bildete sich ein wirtschaftliche Opposition gegen die planwirtschaftliche Ausrichtung des Sozialismus, die grundlegende Wirtschaftsreformen forderte. Nach der Ansicht Šiks sollte die Planwirtschaft zugunsten einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ – unter Befreiung der Betriebe von staatlicher Führung und Abbau der Bürokratie – aufgegeben werden. Demnach sollte die zentrale Planung der Wirtschaft auf ein Minimum reduziert werden, im Mittelpunkt sollten dagegen gegeneinander konkurrierende Betriebe stehen, die sich – zumindest formell – im Besitz ihrer Arbeiter befänden. Die Umsetzung dieser Reformpläne wäre einer Hinwendung zu einem Wirtschaftssystem wie dem Jugoslawiens oder einem noch stärker an Marktmechanismen orientierten gleichgekommen. Nach der Konterrevolution

Unter anderem schlug Šik auch die Zulassung autonomer Gewerkschaften und privat geführter Kleinbetriebe, Joint Ventures mit westlichen Firmen, die Einführung einer Arbeiterselbstverwaltung und das Ende der staatlichen Lenkung der Preisbildung vor.

Nach der Konterrevolution gab Ota Šik Anfang der 90er Jahre in einem Interview an, niemals tatsächlich eine Reform des Sozialismus (den berühmten „Dritten Weg“, wie sein Reformprogramm 1968 auch genannt wurde), sondern vielmehr die Abschaffung des Sozialismus, die volle Herstellung der Marktwirtschaft, als Ziel verfolgt zu haben.

Christa Luft, DDR

Ab 1958 Mitglied der SED. Ab 1961 wissenschaftliche Assistentin an der Hochschule für Ökonomie (HfÖ). Von 1964 bis 1968 an der HfÖ Mitverantwortliche für den Aufbau der Lehrdisziplin *Leitung des sozialistischen Außenhandels*, dabei ein Studienaufenthalt beim Krupp-Konzern in Essen. 1968 wurde sie zur Hochschuldozentin „Leitung und Organisation des Außenhandels“ an der HfÖ berufen. 1971 erfolgte ihre Berufung zur Ordentlichen Professorin für sozialistische Außenwirtschaft an der HfÖ. Von 1978 bis 1981 war Luft stellvertretende Direktorin des *Internationalen Instituts für ökonomische Probleme des sozialistischen Weltsystems* beim Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau. 1987 wurde Christa Luft zum korrespondierenden Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR berufen. Am 28. Oktober 1988 wurde sie in das Amt der Rektorin der *Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst* eingeführt.

1990 Ministerin *für Wirtschaft* der Regierung Modrow. Sie ist gegenwärtig Mitglied der Partei Die Linke.

Christa Luft ist seit 1993 Mitglied der Gelehrtenegesellschaft Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, außerdem Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und des Offenen Wirtschaftsverbandes von klein- und mittelständischen Unternehmern, Freiberuflern und Selbständigen in Berlin und Brandenburg e. V., dessen erste Vorsitzende sie war. Von 2002 bis 2008 war Christa Luft Vorsitzende des Kuratoriums der Rosa-Luxemburg-Stiftung und von 2008 bis 2013 gewähltes Mitglied deren Vorstandes.

Aus einem Interview des Deutschlandfunks mit Christa Luft¹⁹:

C.L.: ... Dann hat man auch gehofft, dass irgendwie im Ausland was passiert, und das auf das, was im Inneren der DDR läuft, abfärbt.

Frage: War denn Prag `68, der Prager Frühling, hätte das nicht ein diesbezügliches Signal sein können?

CL: Das hätte sicher so ein Signal sein können, und da erinnere ich mich auch an Ota Sik. Mein Mann war Politökonom, der hat natürlich Ota Sik gelesen, und...

Frage: Dritter Weg.

¹⁹ Deutschlandfunk.de. Natürlich habe ich gesehen, was in der DDR alles schiffläuft.

C.L.: Wir haben das Buch zu Hause im Bücherschrank damals gehabt, und wir haben es gelesen, und wir haben uns gewundert, weshalb Ota Sik so geprügelt wird von unserer Obrigkeit. Wir fanden das eigentlich einen Weg, den man hätte beschreiten sollen. (...)

Ich bin dann 1988 Rektorin der Hochschule für Ökonomie geworden, und ich habe in meiner Antrittsrede etwas gesagt, wofür ich sicherlich, wenn die DDR noch eine Weile länger existiert hätte, noch mal irgendwann zur Brust genommen worden wäre.

Frage: Was haben Sie gesagt?

C.L.: Ich habe gesagt, das war meine volle Überzeugung: Ich möchte, dass dieses große Potenzial, was wir im Lehrkörper haben und unter den Studenten, richtig genutzt wird, dass wir nicht im Nachhinein immer bejubeln müssen, wie weise die Parteiführung wieder Beschlüsse gefasst hat, sondern ich möchte, dass wir im Vorfeld daran mitarbeiten können – ein Riesenbeifall in dem Saal, im Auditorium Maximum. (...)

Wir haben Forschungsarbeiten gemacht, auch zu Themen, die nicht gern gesehen waren. Zum Beispiel haben wir eine Studie gemacht, schon `87: Wir müssen die Mark der DDR konvertierbar machen, wir müssen diese Abschottung gegenüber dem Weltmarkt überwinden, wir dürfen nicht unsere eigenen Leistungskriterien anlegen, sondern wir müssen uns international messen. Dazu braucht man eine konvertierbare Währung, dazu braucht man Preise, die die Kosten widerspiegeln und nicht durch Subventionen verzerrt sind.

Frage: Haben Sie sich denn als einsame Ruferin in der Wüste empfunden?

C.L.: Ich sehe in diesem Auditorium Maximum Ende Oktober 1988 die erste Reihe, die war besetzt mit Ehrengästen. Also da rührten sich nicht so viele Hände, oder wenn, dann höflicher Beifall. Der Rest in dem Saal hat getobt. Und ich hatte auch gleich angekündigt: Ich möchte diesen Satz, den ich eben gesagt habe, den möchte ich jetzt untermauern, und ich werde ab morgen früh Kommissionen, kleine Gruppen bilden, die sich mit verschiedenen Themen befassen, Analysen vorlegen, Vorschläge machen: Was müsste man, was könnte man ändern und wie? Wir haben dann zu 14 solcher Themen Gruppen gebildet, die waren alle mit Begeisterung dabei. Und die sollten dienen als Vorbereitung. Unseren Beitrag sollten die darstellen zur Vorbereitung des, ich glaube, das war der zehnte Parteitag der SED im Mai 1990. Dazu sollten die Vorbereitungen dienen. (...)

Redaktion offen-siv: Und zur Konterrevolution sagt sie im gleichen Interview:

(...) Man hätte dieses Zusammenkommen der beiden deutschen Staaten meiner Meinung nach – das ist meine Meinung bis heute – anders organisieren müssen. Und deshalb war das ja auch leider nicht so sehr öffentlich und auch öffentlich nicht geduldet, aber doch, im Kollegenkreis haben wir über Konföderation gesprochen, über Vertragsgemeinschaften, über solche Dinge. Das wäre ein Weg gewesen. (...)

Redaktion offen-siv: Kurze und unvollständige Zusammenfassung der Ereignisse 1956 in Ungarn und Polen, 1968 in der Tschechoslowakei²⁰.

Ungarn:

Im Juli 1953 (Stalins Todestag war der 5. März 1953) wurde in Ungarn auf Vorschlag der Regierung Chruschtschow Imre Nagy neuer Regierungschef. Er löste den Kommunisten Matyas Rákosi ab. Im Regierungsprogramm verkündete Nagy den Übergang zu marktwirtschaftlichen Reformen. Statt die Schwerindustrie weiter auszubauen, förderte Nagy die Landwirtschaft und die Konsumgüterindustrie. Er verkündete das Ende der so genannten Kulakenlisten und die Bauern konnten aus den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wieder austreten, das Ende der Kollektivierung der Landwirtschaft wurde eingeläutet. Außerdem sollte es größere kulturelle Freiheiten geben.

Im April 1955 wurde Imre Nagy nach verlorenem innerparteilichem Machtkampf abgesetzt, einige Monate später aus der Partei ausgeschlossen und Matyas Rákosi wieder in das Amt eingesetzt. Im Februar 1956 tagte dann der XX. Parteitag der KPdSU mit Chruschtschows „Geheimrede“ und der Verdammung Stalins. In Ungarn kamen danach in der Partei Forderungen nach Überprüfung der Parteilinie und Bestrafung der „Schuldigen“ (sprich der

²⁰ Quellen für die hier und im theoriegeschichtlichen folgenden Teil dargestellten Fakten: Kurt Gossweiler: „Wie konnte das geschehen“, Beiträge zur Militärgeschichte, Militärgeschichtliches Forschungsamt, wikipedia, deutschlandfunk.de.

konsequenten Kommunisten) auf. Die - tief gespaltene - Partei ersetzte Rákosi durch Ernó Geró. Die Studenten hatten einen unabhängigen Studentenverband gegründet, der zum Zentrum der Konterrevolution wurde.

Geró sagte zum damaligen hohen KGB-Mitarbeiter Andropow (siehe offen-siv 1-2021), der sich in Ungarn aufhielt: *„Wenn Nagy die Möglichkeit erhält, seine Politik durchzuführen, (...) könnten in Ungarn in absehbarer Zeit Veränderungen vonstatten gehen, in deren Folge die Gesellschafts- und Staatsordnung in Ungarn einer sozialistischen noch weniger gleichen wird, als dies gegenwärtig in Jugoslawien der Fall ist.“*²¹ Am 23. Oktober 1956, der als der Tag gilt, an dem der ungarische Aufstand begann, wurde eine Demonstration der Studenten zur Solidarität mit dem polnischen Aufstand in Posen genehmigt. Zwei Tage vorher war Wladyslaw Gomulka zum polnischen KP-Chef gewählt worden. Tausende schlossen sich dem Demonstrationszug an, abends sammelten sich rund 200.000 Menschen in Budapest vor dem Parlamentsgebäude, skandierten konterrevolutionäre Parolen und forderten die Wiederernennung von Imre Nagy als Regierungschef. In derselben Nacht gab das ZK der ungarischen Partei dem Druck der Straße nach und berief Imre Nagy tatsächlich zum Ministerpräsidenten. Rákosi floh 1956 in die Sowjetunion.

Imre Nagy verkündete am 30. Oktober das Ende der „Einparteienherrschaft“, also das Ende der Diktatur des Proletariats und bildete eine Mehrparteienregierung. Am 1. November erklärte Nagy die „Neutralität“ Ungarns und den gleichzeitigen Austritt aus dem Warschauer Pakt.

Die Sowjetunion beendete mit dem Einmarsch ihrer Truppen die Konterrevolution. Imre Nagy bat zum „Schutz der Unabhängigkeit Ungarns“ die NATO um Hilfe. Er wurde am 22. November verhaftet und im Juni 1958 hingerichtet.

Polen:

Nach der Befreiung vom Faschismus bildete sich in Polen nach einigen Schwierigkeiten eine kommunistisch geführte Regierung. 1948 kam es in der

²¹ Quelle: Beiträge zur Militärgeschichte. Militärpolitisches Forschungsamt, Band 48: Das internationale Krisenjahr 1956, darin zitiert nach: Istoritscheski archiw (I.A.). I.A. (1993) 4

Partei zu Streitigkeiten über den politischen Kurs, bei denen Gomulka für eine nationalkommunistische Lösung plädierte, d.h. für eine Politik der sozialistischen Länder, die nicht oder nur wenig koordiniert wird und in der gemeinsame Verabredungen nur Empfehlungscharakter haben. Die klaren Kommunisten um Bierut, Minc und Berman konnten sich aber zunächst durchsetzen. Gomulka wurde wegen rechtsnationalistischer Abweichungen aus seinen Ämtern entlassen, 1951 aus der Partei ausgeschlossen und verhaftet. 1954 erfolgte seine Freilassung.

Im Gefolge des Posener Aufstandes 1956 kehrte Gomulka im Triumph mit relativ großer Unterstützung der revisionistischen Kräfte in der Partei und antisozialistische Kreise in der Bevölkerung an die Macht zurück und wurde gleichzeitig Parteichef²². Er bremste die Kollektivierung der Landwirtschaft, Bauern konnten aus den Genossenschaften austreten, er erlaubte in begrenztem Rahmen private Unternehmen. Die Landwirtschaft Polens blieb bis zur Konterrevolution bis auf wenige Ausnahmen eine kleinbäuerliche Landwirtschaft. Die Ereignisse des so genannten „Prager Frühlings“ brachten die konterrevolutionären Kräfte in Polen wieder auf die Straße. Im Zuge dieser Unruhen wurde Gomulka 1970 gestürzt.

Sein Nachfolger Gierek soll hohes Ansehen in weiten Teilen der Bevölkerung genossen haben. Ihm gelang es, viele der alten Kader rasch auszuwechseln. Seine neue Wirtschaftspolitik stand unter dem Schlagwort von der besseren Befriedigung der Konsumbedürfnisse der Bevölkerung. Mit Lohn- und Rentenerhöhungen sollte der allgemeine Lebensstandard angehoben werden. Die Regierung sollte eine größere Unabhängigkeit von der Partei erhalten.

Die Ansätze einer umfassenden Modernisierung der Wirtschaft lagen vor allem im Bereich der Schaffung neuer Strukturen, deren Verfahren und

²² Im Februar 1956 fuhr Bierut nach Moskau, um an den Beratungen des XX. Parteitag der KPdSU teilzunehmen. Nach der Lektüre von Nikita Chruschtschows Geheimrede „Über den Personenkult und seine Folgen“ mit der Kritik an Stalins Verbrechen erlitt er nach offizieller Darstellung einen Herzanfall und verstarb zweieinhalb Wochen später in Moskau. Schon bald nach seinem Tod verbreitete sich in Polen das Gerücht, er sei ermordet worden, weil die neue sowjetische Staats- und Parteiführung unter Chruschtschow seinen stalinistischen Kurs abgelehnt habe. Nach Auskunft seines Sohnes starb Bierut an Nierenversagen. (Quelle: wikipedia)

Produktionsstätten im Westen auf Kredit eingekauft wurden. Die Rückzahlung sollte durch den Verkauf der erzeugten neuen Produkte ins Ausland erfolgen. Die Zentrale Wirtschaftsplanungskommission war nun nicht mehr in der Lage, die unterschiedlichen Entwicklungen in verschiedenen Wirtschaftszweigen aufeinander abzustimmen.

CSSR:

Während der 1960er Jahre gab es starke Spannungen in der Partei über den weiteren Kurs, d.h. die revisionistischen und kleinbürgerlichen Kräfte wurden stärker.

Zum Jahresbeginn 1968 entluden sich die jahrelangen Spannungen zwischen dem marxistisch-leninistischen und dem konterrevolutionären Flügel der KPČ. Auf dem so genannten Januartreffen des Zentralkomitees der KPČ am 4. Januar 1968 wurde Antonín Novotný als Erster Sekretär der KPČ vom Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei der Slowakei, Alexander Dubček, abgelöst, was die Sowjetunion zunächst begrüßte. Am 22. März wurde Novotný auch zum Rücktritt als Präsident gezwungen und im Juni aus dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei ausgestoßen. Der Führungswechsel markierte – nach einigen Wochen Unklarheit über die neue Richtung – den Auftakt zu dem Reformkurs der tschechoslowakischen Regierungspartei.

Führender Architekt der Wirtschaftsreformen war Ota Šik, der ein Modell einer „humanen Wirtschaftsdemokratie“ entworfen hatte. Gesellschaftlich sollte der Zentralismus abgebaut werden, innerparteiliche Demokratie und eine Rückkehr zu einem parlamentarischen Modell mit bürgerlichen Parteien sollten aufgebaut werden. Da fordert eine Kommunistische Partei also, Parteiorganisationen des Klassenfeindes aufzubauen!

Am 21. August wurde der „Prager Frühling“ von Truppen der Sowjetunion, Polens, Ungarns und Bulgariens beendet.

3. Teil:

Redaktion offen-siv: Und nun kommen wir nach den historischen Fakten zu aktuellen Entwicklungen

Zum Schluss dieses Schwerpunktes wollen wir darauf hinweisen, dass „Theoretiker“ wie Ingo Wagner – und davon haben wir nicht nur in Deutschland reichlich viele, wir nennen sie auch gern Apologeten der „sozialistischen Marktwirtschaft“, denn im engeren Sinne sind sie keine Theoretiker, sondern Theorieverdrehler – dass also solche „Theoretiker“, gebärden sie sich auch noch so aktuell, nichts Neues von sich geben, sondern stattdessen in einer langen Tradition stehen, die mit Herrn Eugen Dühring begann, dann über Eduard Bernstein und Gustav Noske zu Bucharin und Trotzki führte, was zeigte, dass diese Rechtsabweichung auch im ersten sozialistischen Staat der Welt vorkam und dass diese Apologeten der „sozialistischen Marktwirtschaft“ nach dem Sieg im Zweiten Weltkrieg und dem nachfolgenden unglaublichen Aufschwung der kommunistischen Bewegung mit großer Energie an der Niederlage dieser Bewegung gearbeitet haben – bis zum Erfolg ihrer Bemühungen 1989/90/91.

In den inzwischen 30 Jahren seit der Konterrevolution haben diese Leute mit der gleichen Energie eine Reorganisation der kommunistischen Bewegung auf der Grundlage einer historischen Analyse der Geschichte des Sozialismus inklusive der Erforschung der Gründe für seine Niederlage in Europa sowie eine theoretische Debatte von Ökonomie bis Strategie erfolgreich verhindert.

Wundert Euch nicht über die nebulösen Formulierungen, die nun bei Ingo Wagner und Xi Jinping folgen: Sie sind Programm. Bei Jürgen Geppert und seiner ausführlichen Arbeit über China wird es wieder konkreter.

Ingo Wagner²³: Für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert – ja! Aber wie? (Auszüge)

(...) Bei der Ausarbeitung des marxistischen Sozialismusbildes im 21. Jahrhundert und für die Beantwortung der Frage, wie kommt man dorthin, ist grundsätzlich davon auszugehen, dass der Marxismus als offenes System eine Entwicklungswissenschaft ist. Das heißt: Er enthält erstens die

²³ Ingo Wagner war Mitglied des „Marxistischen Forums“ in der Partei „Die Linke“.

unerschütterlichen, nicht widerlegbaren theoretischen Wahrheiten, die ständig weiterentwickelt und den neuen historischen Gegebenheiten genauer „angepasst“ werden. Zweitens: Durch die marxistische Theorie wird eine ganze Reihe von Fragen entwickelt, die in gewissen Grenzen, unter bestimmten Bedingungen richtig sind. Drittens: Es gibt in den Schriften unserer Klassiker natürlich ebenfalls eine Fülle politisch-taktischer Fragen, die nur für bestimmte historische Anliegen und Aufgaben der vergangenen Zeit Bedeutung hatten. Und schließlich viertens: In unserer Zeit gibt es eine wachsende Zahl von Problemen, die die Klassiker nur sehr allgemein oder überhaupt nicht aufwerfen konnten.²⁴ (...)

In den Thesen (gemeint sind die `Thesen über den Sozialismus´ der KKE, angenommen auf dem Parteitag der KKE im Februar 2009; d.Red.) wird der illusionäre Eindruck vermittelt, dass der Weg für die innere Ursache für den Sieg der Konterrevolution in der UdSSR mit dem XX. Parteitag *begann(!)*²⁵. „Der 20. Parteitag der KPdSU (1956) steht für einen Wendepunkt, da auf diesem Parteitag eine Reihe von opportunistischen Positionen ... angenommen wurden. Der Kampf, der vor dem Parteitag begann, ging weiter, ...²⁶ mit dem Ergebnis, dass die Partei allmählich ihre revolutionären Eigenschaften zu verlieren begann. In der Dekade der 1980er Jahre, mit der Perestroika, entwickelte sich der Opportunismus voll zu einer verräterischen, konterrevolutionären Kraft.“ (These 11)

Folglich wird mit dieser Aussage, die den Geltungsanspruch von Wahrheit vermitteln soll, die Büchse der Pandora geöffnet. *Chruschtschow wird de facto zum Revisionismus-Golem aufgebaut und so als Symbolfigur zum Sündenbock für die eigentlich innere Hauptursache des Sieges der Konterrevolution gestempelt.*²⁷ **In Sicht des wissenschaftlichen Sozialismus**

²⁴ Marxistisches Forum, Heft 61: „Kontroverse um Sozialismuserfahrungen“, mit Beiträgen von Ingo Wagner und Ekkehard Lieberam, darin: Ingo Wagner: „Für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert – ja! Aber wie?“, erschienen im Jahr 2010, S. 2f.

²⁵ Hervorhebung wie im Original

²⁶ Auslassungen wie im Original

²⁷ Originalanmerkung: Ich folge im Prinzip den Überlegungen von Robert Steigerwald: „Über `Revisionismus´ und `Revisionismuskritik´ in junge Welt und anderswo“, in: junge Welt vom 10. und 11. Dezember 2007.

ist das Geschichtsmystifizierung.²⁸ Hier werden Mythen und Erfindungen an die Stelle von Geschichte gesetzt. (...)²⁹

Chruschtschow brach zwar mit dem Stalinsche Terror, konnte allerdings die Ersetzung der Leninschen durch eine Stalinsche Partei nicht rückgängig machen. Die Thesen (der KKE, d.Red.) verknüpfen äußerst komplizierte historische Sachverhalte, aus welchen Gründen auch immer, zu einem Gordischen Knoten, den sie mit einer Binde vor den Augen „durchhauen“: „Die opportunistische Wende die auf dem 20. Parteitag der KPdSU (1956) vollzogen wurde, führte zum anschließenden Verlust der revolutionären Merkmale der Partei...“ (These 22) Aber der „schrittweise Verlust der revolutionären Rolle der Partei“ setzte lange vor Stalins Tod ein. Die welthistorisch progressiven Veränderungen in der UdSSR konnten (aus bekannten Ursachen) zunächst nur durch extremen Einsatz der politischen Gewalt als einer berechtigten Erscheinungsform des Klassenkampfes erzwungen werden. Stalin hat damit aber synchron die Leninschen Normen des Parteilebens negiert und damit partiell und später umfassend den Terror als Leitungsmethode eingesetzt, der in der Zeit des Großen Terrors in den dreißiger Jahren in der massenhaften Vernichtung der Kader des Sowjetstaates und der kommunistischen Partei kulminierte. Diese verbrecherischen Handlungen fügten der Sache des Sozialismus existentiellen Schaden zu. Das bereits beschränkte Maß an sozialistischer Demokratie wurde völlig zerstört und die führende Rolle der Partei in der Sowjetgesellschaft weiter unterminiert. Die historischen Fernwirkungen der Umstellung der Leninschen in eine Stalinsche Partei sollten sich in ihren verheerenden negativen Ausmaßen erst Jahrzehnte später zeigen. Die verbrecherischen Massenrepressalien, die nicht nur die (bekannten) Differenzen in der KPdSU als „Fronten des Klassenkampfes innerhalb der Partei“ erfassten und die vorübergehend ebenfalls gegen die Majorität der Bevölkerung gerichtet waren, heute als „Verschärfung des Klassenkampfes“ in Leninscher Voraussicht und damit als „revolutionäre Gewaltanwendung“ zu kreieren, hat mit dem originären Lenin nichts zu tun; es sind Hirngespinnste, die in das Reich der politisch-strategischen Intrige gehören. All dies konnte nur bedeuten, dass die Leninsche Partei neuen Typs schon lange zu Grabe

²⁸ Schriftarten wie im Original

²⁹ Marxistisches Forum, a.a.O., S. 6

getragen und durch einen Stalinschen Parteityp ersetzt wurde. Diese innere **wesentlichste**³⁰ Ursache für das Scheitern des frühen Sozialismus steht in vielfältigen korrelativen Beziehungen zu dem Ursachenkomplex für die Niederlage des frühen europäischen Sozialismus, die an anderer Stelle auszuloten wäre. Zu nennen sind hier nur das ökonomische Zurückbleiben, das Verpassen des Eintritts in das Informationszeitalter sowie die ungenügende Entfaltung einer realen Demokratie in Partei, Staat und Massenorganisationen. Dem XX. Parteitag der KPdSU ist es nicht gelungen, eine solch wirkliche *Wende*³¹ zu den Prinzipien des Leninschen Parteityps einzuleiten, die nach Stalins Tod eine Fortsetzung der alten, negativen historischen Traditionen ausschloss, die sich in einem erheblichen Maß bereits in den letzten zwanzig Jahren der Amtszeit Stalins ausbildeten und später „zivilisiert“ als historische Kontinuität fortbildeten. Das hat weder mit einem „Stalinismus-Trauma“ zu tun noch damit, Chruschtschow in „absurder Personalisierung“ die Niederlage als Sündenbock zur Last zu legen. Wissenschaftler des Marxistischen Forums in Sachsen haben jüngst mit eigenen Beiträgen in die Debatte zu den Hauptursachen des Sozialismuszusammenbruchs eingegriffen und die „Legende von der revisionistischen Wende“ kritisch hinterfragt.³² Es wurde nachgewiesen, dass eine „Ehrenrettung Stalins und eine Schuldzuweisung für die Niederlage an den Superrevisionisten Chruschtschow“ dazu dient, „die Wiedergeburt sozialistisch-kommunistischer Identität ... offensichtlich auf eine Grundlage zu verlegen, die politisch falsch, theoretisch absurd und strategisch verheerend wäre“ (E. Lieberam). Geschichtsmystifikationen sind abzulehnen. (...)

Die historische Hauptlehre ist: *Das negative Erbe kann nicht zum Identitätsmerkmal einer kommunistischen Partei gemacht werden; denn es ist nicht imstande, den Grundriss einer sozialistischen Gesellschaft für das 21. Jahrhundert kreativ zu befruchten.*³³ Wer der kommunistischen

³⁰ Schriftart wie im Original

³¹ Schriftart wie im Original

³² Originalanmerkung: Mit Beiträgen von Ingo Wagner, Siegfried Kretschmar, Ekkehard Lieberam, Herbert Münchow, Werner Roß, Robert Steigerwald (von der DKP), Marxistisches Forum, Heft 56, Leipzig, Juni 2008

³³ Schriftarten wie im original

Gesellschaft heute einen solchen neostalinistischen Holzweg aufzwingen will, ist ohne sozialistische Zukunftserhellung. (...) ³⁴

In der ersten Stufe des Sozialismus, ..., sind radikale Forderungen nach sofortiger Abschaffung des gesellschaftlichen Stoffwechsels, den das Kapital geschaffen hat, ebenfalls abenteuerliche „linke“ Trugbilder ohne realen gesellschaftlichen Inhalt. Die Dialektik der Evolution des künftigen Sozialismus involviert, dass Warenproduktion und Wertgesetz ihren kapitalistischen Charakter verlieren und eine Zeitlang als sozialistische Gepräge eigener Art fungieren. *Dabei werden sie (gemeint sind Warenproduktion und Wertgesetz; d.Red.) auf dem Boden und im Rahmen der makro-ökonomischen Planung als Hauptsteuerungsinstrumente der wirtschaftlichen Entwicklung und der verschiedenen Formen der Demokratie³⁵ als sozialistisch-zivilisatorisches „Muttermal“ der alten Gesellschaft wirksam.* ^{36 37}

Redaktion offen-siv: Nach Ingo Wagner muss wieder einmal an Friedrich Engels erinnert werden

Neu ist an dem von Ingo Wagner³⁸ so kühn dargestellten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ nur der Titel. Der Inhalt ist so alt wie die sozialistische Theorie selbst. Siehe Friedrich Engels, der sich im Anti-Dühring scharf dagegen wendet, Sozialismus auf der Grundlage des Wertgesetzes aufbauen zu wollen:

„Der Wertbegriff ist der allgemeinste und daher umfassendste Ausdruck der ökonomischen Bedingungen der Warenproduktion. Im Wertbegriff ist daher der Keim enthalten, nicht nur des Geldes, sondern auch aller weiter

³⁴ Marxistisches Forum, a.a.O., S. 6

³⁵ Originalanmerkung: Die in These 38 formulierte Meinung, wonach die soziale Kontrolle der Verwaltung durch die Arbeiterklasse durch die Produktionseinheiten, am Arbeitsplatz als „Kern der Staatsmacht der Arbeiterklasse“ ausgeübt werden soll, steht m.E. weder mit der Entwicklung der sozialistischen Demokratie noch mit der Entwicklungsdialektik des sozialistischen Staates beim sozialistischen und kommunistischen Aufbau in Übereinstimmung. Hierauf wäre konkret in anderen Zusammenhängen zurückzukommen.

³⁶ Schriftart wie im Original

³⁷ Marxistisches Forum, a.a.O., S. 7

³⁸ Der Text von Ingo Wagner steht hier nur als Beispiel für viele andere.

entwickelten Formen der Warenproduktion und des Warenaustausches. Darin, daß der Wert der Ausdruck der in den Privatprodukten enthaltenen gesellschaftlichen Arbeit ist, liegt schon die Möglichkeit der Differenz zwischen dieser und der im selben Produkt enthaltenen Privatarbeit. Produziert also ein Privatproduzent nach alter Weise weiter, während die gesellschaftliche Produktionsweise fortschreitet, so wird ihm diese Differenz empfindlich fühlbar. Dasselbe geschieht, sobald die Gesamtheit der Privatanfertiger einer bestimmten Warengattung ein den gesellschaftlichen Bedarf überschießendes Quantum davon produziert. Darin, daß der Wert einer Ware nur in einer andern Ware ausgedrückt und nur im Austausch gegen sie realisiert werden kann, liegt die Möglichkeit, daß der Austausch überhaupt nicht zustande kommt oder doch nicht den richtigen Wert realisiert. Endlich, tritt die spezifische Ware Arbeitskraft auf den Markt, so bestimmt sich ihr Wert, wie der jeder andern Ware, nach der zu ihrer Produktion gesellschaftlich nötigen Arbeitszeit- In der Wertform der Produkte steckt daher bereits im Keim die ganze kapitalistische Produktionsform, der Gegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern, die industrielle Reservearmee, die Krisen. (...)

Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit. Die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt zu werden; die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanta, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß, der Zeit. (...) Die Gesellschaft schreibt also unter obigen Voraussetzungen den Produkten auch keine Werte zu. Sie wird die einfache Tatsache, daß die hundert Quadratmeter Tuch meinetwegen tausend Arbeitsstunden zu ihrer Produktion erfordert haben,

nicht in der schielenden und sinnlosen Weise ausdrücken, sie seien tausend Arbeitsstunden wert.

Allerdings wird auch dann die Gesellschaft wissen müssen, wieviel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf. Sie wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten »Werts«. (...)

Die kapitalistische Produktionsform abschaffen wollen durch Herstellung des »wahren Werts« heißt daher den Katholizismus abschaffen wollen durch die Herstellung des »wahren« Papstes« oder eine Gesellschaft, in der die Produzenten endlich einmal ihr Produkt beherrschen, herstellen durch konsequente Durchführung einer ökonomischen Kategorie, die der umfassendste Ausdruck der Knechtung der Produzenten durch ihr eignes Produkt ist. (...)³⁹

Unsere Klassiker lassen an Klarheit nichts vermissen. Das stört aber weder die heutigen noch die früheren Apologeten der „sozialistischen Marktwirtschaft. Nun Xi Jinping aus dem Jahr 2020.

***Xi Jinping: Neue Grenzen öffnen für die marxistische politische Ökonomie im heutigen China*⁴⁰ (Auszüge)**

Referat von Xi Jinping bei der 28. Sitzung des gemeinsamen Studiums des Politbüros des 18. ZK der Kommunistischen Partei Chinas

³⁹ Friedrich Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 288f.

⁴⁰ Original veröffentlicht in „Qiushi Journal, Chinese edition, Nr. 16, 2020“, von Qiushi autorisierte Übersetzung aus dem Englischen von Jens Kany und Lothar Letsche, Quelle: Beilage zur Ausgabe 6-2020 der Marxistischen Blätter: „Wege des Sozialismus“

(...) Seit der Dritten Plenartagung des Elften Zentralkomitees der KPCh im Jahr 1978 hat unsere Partei die Grundprinzipien der marxistischen politischen Ökonomie mit der Praxis der Reform und Öffnung verbunden und beständige Anstrengungen unternommen, um die marxistische politische Ökonomie zu bereichern und weiter zu entwickeln. ... Nachdem Reform und Öffnung in den mehr als drei Jahrzehnten, die seither vergangen sind, ständig weiter vorangeschritten sind, haben wir in der marxistischen politischen Ökonomie des heutigen China viele wichtige theoretische Leistungen hervorgebracht. Beispiele dafür sind die Theorie über das Wesen des Sozialismus, ..., die Theorie über die Entwicklung der sozialistischen Marktwirtschaft, wobei der Markt die entscheidende Rolle bei der Zuordnung der Ressourcen spielt und die Regierung ihrer Rolle besser gerecht wird, die Theorie über Chinas Eintritt in eine neue Normalität der wirtschaftlichen Entwicklung, die Theorie über das Wesen von Eigentums-, Vertrags- und Nutzungsrechten an vertraglich genutztem Ackerland, die Theorie über die effektive Nutzung heimischer und internationaler Märkte und Ressourcen, (...).

Solche theoretischen Leistungen waren keine Themen der Autoren der klassischen Werke des Marxismus, und vor der Reform und Öffnung besaßen wir weder Erfahrungen noch ein Verständnis für die Fragen, um die es geht. Sie stellen aber einen Fundus des Wissens über politische Ökonomie dar, der von den Bedingungen des heutigen China und Gegebenheiten der Zeit geprägt ist. Damit wurde nicht nur den Bemühungen Chinas um wirtschaftliche Entwicklung eine feste Orientierung gegeben, sondern es wurden auch neue Grenzen für marxistische politische Ökonomie eröffnet. (...) Einerseits muss gewährleistet sein, dass wir an ihren Grundprinzipien und Methoden festhalten, andererseits ist es noch wichtiger geworden, in die marxistische politische Ökonomie die Gegebenheiten der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes zu integrieren und uns dabei zu bemühen, ständig auch theoretisch Neues zu leisten. (...)

Seit der Reform und Öffnung hat unsere Partei sowohl über positive als auch über negative Erfahrungen nachgedacht und ein grundlegendes Wirtschaftssystem für das erste Stadium des Sozialismus geschaffen. Im Rahmen dieses Systems haben wir betont, wie wichtig es ist, das gesellschaftliche Eigentum weiterhin zur tragenden Säule zu machen und gleichzeitig die Entwicklung des Eigentums an anderen Formen zuzulassen,

wobei wir deutlich machten, das sowohl der öffentliche als auch der nichtöffentliche Sektor wichtige Bestandteile der sozialistischen Marktwirtschaft und wesentliche Grundlagen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unserer Nation sind. (...)

Angesichts der fortschreitenden Globalisierung wäre es nicht möglich, unsere eigene Entwicklung voranzutreiben, indem wir uns abschotten. Stattdessen müssen wir es verstehen, die Landschaft im In- und Ausland im Auge zu behalten und die nationalen und internationalen Märkte und Ressourcen gut zu nutzen. Die Richtung der Entwicklung ist eine tiefgreifende Integration unserer Wirtschaft in die Weltwirtschaft, und in Übereinstimmung damit müssen wir eine offenere Wirtschaft entwickeln, und uns aktiv an der globalen Wirtschaftslenkung beteiligen. (...)

Unser Festhalten an den Grundprinzipien und der Methodik der marxistischen politischen Ökonomie bedeutet nicht, dass wir vernünftige Bestandteile der Wirtschaftstheorien aus anderen Ländern verwerfen. In dem Wissen der westlichen Wirtschaft über Themen wie Finanzen, Preise, Währungen, Märkte, Wettbewerb, Handel, Wechselkurse, Industrien, Unternehmen, Wachstum und Management widerspiegelt sich eine Seite der allgemeinen Gesetze, die für vergesellschaftlichte Produktion und die Marktwirtschaft gelten, und insofern kann darauf Bezug genommen werden. (...)

Um weiterhin lebendig zu sein, muss die marxistische politische Ökonomie sich mit der Zeit weiterentwickeln. Die Praxis ist die Quelle der Theorie. (...)

Auf diese Weise werden für die marxistische politische Ökonomie im heutigen China ständig neue Grenzen geöffnet, und entsprechende Erkenntnisse aus China werden zur Innovation und Weiterentwicklung dieser Disziplin ihren Beitrag leisten.

Jürgen Geppert: Politische Analyse Chinas⁴¹

1. Das Verhältnis von Basis und Überbau

1.1. Rolle und Funktion des chinesischen Staates (Politisches System)

⁴¹ Es handelt sich bei diesem Text um eine Erweiterung der Arbeit des Genossen Geppert aus dem Heft „Ökonomische Analyse Chinas“.

Das Verhältnis von Basis und Überbau spiegelt den gesetzmäßigen Zusammenhang und die Wechselwirkung zwischen den ökonomischen Verhältnissen und allen anderen Verhältnissen einer ökonomischen Gesellschaftsformation wieder, die in jeder Gesellschaft die entsprechende Entwicklungsstufe der gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen den Menschen und den materiellen und ideologischen Verhältnisse widerspiegelt.

Die wichtigsten materiellen Verhältnisse sind die Produktionsverhältnisse, die die Grundlage, also die reale Basis einer Gesellschaft bilden. Über diese Basis stellen die juristischen und ideologischen Verhältnisse den Überbau dar. Dieser entspricht einer bestimmten gesellschaftlichen Bewusstseinsform. Diese Verhältnisse (Staat, politische Parteien, gesellschaftliche und kulturelle Einrichtungen, Bildungswesen usw.) sind also immer auf den Entwicklungsstand der Basis zurückzuführen. Friedrich Engels schrieb dazu, dass „die jedesmalige ökonomische Struktur der Gesellschaft die reale Grundlage bildet, aus der der gesamte Überbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen sowie der religiösen, philosophischen und sonstigen Vorstellungsweise eines jeden geschichtlichen Zeitabschnittes in letzter Instanz zu erklären ist“. (MEW, 19, S. 208)

Nun wird aber von interessierter Seite versucht darzustellen, dass der Überbau eine relative Selbständigkeit entwickle. Diese Selbständigkeit bezieht sich jedoch auf die Entwicklung des Überbaus, besonders in der Einflussnahme auf die weitere Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft, die Funktionsweise der sozialistischen Demokratie und die Gestaltung des sozialistischen Staates.

Von besonderer Bedeutung ist die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus und die Verbreitung der sozialistischen Ideologie, worauf besonderen Wert gelegt werden muss. In seinem Inhalt wird der Überbau durch die Basis bestimmt. So wie sich die Produktionsverhältnisse entwickeln, so wird sich auch der Überbau entwickeln. Eine Umkehrung, in der die juristischen und politischen Verhältnisse die Entwicklung der Basis grundlegend bestimmen, ist ausgeschlossen. In der Auseinandersetzung zwischen Basis und Überbau widerspiegeln sich nur die tatsächlichen politischen Verhältnisse. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse können sich niemals im Schoße der alten Gesellschaft entwickeln, da ihre Grundlage das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln ist. Wie sind die

Produktionsverhältnisse heute in China? Die Entwicklung privater Betriebe wird gefördert.

Das Pressebüro des chinesischen Staatsrats hat eine Pressekonferenz gegeben, wobei vier private Unternehmer mit in- und ausländischen Journalisten über „Reform, Öffnung und Entwicklung der Privatwirtschaft“ erörtert haben. Mehrere der Unternehmer sind der Ansicht, dass in den letzten 40 Jahren private Unternehmen einen Beitrag für die Gesellschaft geliefert hätten, indem sie zur Eigentumsschöpfung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen haben. Die Seidenstraßen-Initiative eröffne jenen privaten Betrieben nun neue Möglichkeiten im Ausland.

Die New Hope Group wurde 1982 gegründet. Ihre 38-jährige Geschichte ist fast identisch mit dem Reform- und Öffnungsprozess der Volksrepublik. Heutzutage beschäftigt sich die New Hope Group hauptsächlich mit der modernen Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie. Ihre jährlichen Absatzeinnahmen machen mehr als 100 Milliarden Yuan RMB aus. Der Vorstandsvorsitzende der New Hope Group, Liu Yonghao, meinte, private Firmen hätten nicht nur Reichtum, Steuereinnahmen und neue kommerzielle Modelle für die Gesellschaft geschaffen, sondern auch stark zur gesellschaftlichen Entwicklung beigetragen: „Seit der Reform und Öffnung vor 40 Jahren sind zahlreiche private Betriebe erstarkt. Im laufenden Jahr sind landesweit mehr als zehn Millionen private Firmen tätig. Sie haben ihre Beiträge für das Land, die Gesellschaft, die Bevölkerung und auch für sich selbst geleistet. Zurzeit arbeiten in China 70 bis 80 Prozent, in manchen Gebieten sogar 90 Prozent, der Angestellten in privaten Unternehmen. So haben private Betriebe für das Land einen enormen Beitrag geleistet.“

Private Firmen verschiedener Branchen fungieren einerseits als Stabilisator der Gesellschaft, und andererseits liefern sie der Innovation der chinesischen Wirtschaft neue Impulse. Die Firma Xiaomi wurde vor ca. zehn Jahren gegründet. Sie hat bereits in mehr als 100 Unternehmen investiert und betreibt die weltweit größte IOT-Konsumplattform. Lei Jun, Vorstandschef und CEO von Xiaomi, hat darauf hingewiesen, dass bei wissenschaftlich-technologischen Innovationen private Betriebe Kräfte seien, die es nicht zu ignorieren gilt: „In den letzten 40 Jahren, aufgrund der heftigen Konkurrenz im High-Tech-Sektor, sind zahlreiche private High-Tech-Betriebe entstanden. Einige davon sogar auf Weltklassenniveau, wie z.B. Tencent und Alibaba.“

Während der mobilen Internet-Ära in den letzten zehn Jahren wurden Unternehmen wie Xiaomi, Meituan, Toutiao und Didi gegründet. Meiner Meinung nach haben private Firmen bei der Erhöhung der chinesischen Wettbewerbsfähigkeit im High-Tech-Aspekt und mit ihren wissenschaftlich-technologischen Forschungserfolgen eine äußerst wichtige Rolle gespielt."«
Vgl.http://german.mofcom.gov.cn/article/zt_19da/news/201811/20181102809656.shtml

Um die Gesetzmäßigkeit von Basis und Überbau zu widerlegen und für China einen besonderen, neuen Weg dazustellen, wird nun von den Revisionisten auf die Veröffentlichungen von Egon Krenz über China verwiesen. Der Revisionist Egon Krenz, der politisch mit verantwortlich ist für die Absetzung Erich Honeckers Ende 1989 und damit auch mitverantwortlich ist für das Chaos, was danach in der Partei ausbrach, polemisiert heute über den Untergang des Sozialismus in Europa und hofft auf einen Sozialismus chinesischer Prägung.

Unterstützt wird dieses revisionistische Darstellen eines Weges zum Sozialismus auch vom Vorsitzenden der Deutschen Kommunistischen Partei, dem Genossen Patrick Köbele: "In einer Welt, in der der kapitalistische Markt dominiert, versucht die VR China, Kapitalismus im Inneren zu nutzen, um ihre Ziele zu verwirklichen und als Voraussetzung dafür die Produktivität der Volkswirtschaft drastisch zu erhöhen. Zum Kurs der Produktivitätserhöhung, der Armutsbekämpfung, der Verbesserung der Daseinsvorsorge für die Menschen, des Umweltschutzes gibt es, glaube ich, keine Alternative. Ebenso bin ich mir relativ sicher, dass dies ohne die Reform- und Öffnungspolitik nicht gegangen wäre. Aber: Natürlich lässt das Kapitalismus ins Land, natürlich stimmt es, dass Kapitalismus Kapitalismus produziert, und es hat sich eine Kapitalistenklasse gebildet, die natürlich auch ihr Bewusstsein produziert und reproduziert. Dem steht aus meiner Sicht die führende Rolle der kommunistischen Partei gegenüber. Das ist die derzeitige Form, in der die Arbeiterklasse die Macht ausübt. Für die jetzige Periode ist das ein gangbarer Weg. Für die Zukunft wird die Arbeiterklasse andere Ansprüche an diese Rolle stellen und es wird anderer Mittel bedürfen, die Kapitalistenklasse davon abzubringen, Herrschaftsansprüche zu stellen. Und natürlich wird es langfristiger Überlegungen bedürfen, die heute vorhandene Klassensituation und deren Folgen zu überwinden. An Symptomen wird

bereits gearbeitet, aus meiner Sicht hat die überall sehr präsenste Kampagne gegen Korruption damit zu tun." Ein Auszug, vgl. Patrik Köbele, in: Unsere Zeit, Zeitung der DKP, Ausgabe vom 6. Juli 2018. Vgl. <https://www.unserezeit.de/de/5027/hintergrund/8850/Der-Umgang-mit-Widersprüchen.htm>

Die folgenden Zahlen beweisen aber das Gegenteil. Die führende Klasse in der Kommunistischen Partei Chinas ist nicht mehr die Arbeiterklasse, und in der Zukunft, wie es sich der Genosse Köbele so denkt, wird es keine führende Rolle der Arbeiterklasse mehr geben. Die Umkehr der Gesellschaft zum Kapitalismus ist abgeschlossen und wird weiter von der KPCh unterstützt: »Auf der jährlichen Arbeitssitzung für Wirtschaft wurden mehr Unterstützung und Garantien für die Privatwirtschaft beschlossen, auch in den Folgejahren. Der Ökonom Yan Se von der Peking-Universität erklärte der Nachrichtenagentur Xinhua, die Arbeitssitzung habe besseren Personen- und Eigentumsschutz für private Unternehmer sowie Erleichterungen für Finanzierung und Steuersenkungen für die Privatwirtschaft angekündigt. Dies solle die Zuversicht privater Unternehmer verstärken.« (CIIC, 23.12.2018) Vgl. http://german.china.org.cn/txt/2018-12/23/content_74305004.htm

1.2. Staatsaufbau

Laut ihrer Verfassung ist die Volksrepublik China ein „sozialistischer Staat unter der demokratischen Diktatur des Volkes“. Die Verfassungsänderungen 1993, 1999, 2004 und 2012 betonen unverändert die führende Rolle der KPCh, schreiben aber auch das Prinzip der sozialistischen Marktwirtschaft, den „Schutz des Privateigentums“, die *Herrschaft durch das Recht* sowie die „Transparenz“ und „stärkere Einbeziehung der Bürger in den Gesetzgebungsprozess“ fest.

Das höchste Staatsorgan ist der Nationale Volkskongress, das Parlament der Volksrepublik China. Die Abgeordneten wählen den Staatspräsidenten, den Staatsrat, den Obersten Volksgerichtshof, die Zentrale Militärkommission und die Oberste Staatsanwaltschaft. Der Nationale Volkskongress hat ungefähr 3.000 Abgeordnete und tritt im Regelfall nur einmal im Jahr zusammen. Für die restliche Zeit steht der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses an seiner Stelle. Die Strukturen der Partei sind identisch mit denen des Staates: der Nationale Volkskongress entspricht dem

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas und der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses dem Politbüro der KPCh.

Der Ständige Ausschuss des Politbüros der KPCh zählt fünf bis sieben Mitglieder und ist *de facto* das Parlament der Volksrepublik China mit vielfältigen Funktionen. Er formuliert die Gesetze und kontrolliert die Arbeit von Staatsrat, zentraler Militärkommission, Oberstem Volksgericht und Oberster Volksstaatsanwaltschaft. Das zentrale Verwaltungsorgan ist der Staatsrat. Dieser vollzieht die Staatsmacht. Der Ministerpräsident steht dem Staatsrat vor und leitet dessen Arbeit. Er ist als Vertreter des Staatsrats im Nationalen Volkskongress Rechenschaft pflichtig. Die Staatssekretäre und Minister unterstützen den Ministerpräsidenten und sind allein ihm gegenüber verantwortlich.

Das höchste zivile Amt der Volksrepublik China ist das des Staatspräsidenten. Er erlässt die vom Nationalen Volkskongress verabschiedeten Gesetze, die erst und nur dadurch in Kraft treten. Außerdem ernennt und entlässt er den Ministerpräsidenten und dessen Stellvertreter, die Staatskommissare sowie die Minister. Gegebenenfalls erklärt er den Kriegszustand und erteilt Erlasse zur Mobilmachung. Auch ratifiziert allein er Verträge und Abkommen mit anderen Staaten. Der Staatspräsident wird vom Nationalen Volkskongress gewählt oder gegebenenfalls wieder abgewählt. Jeder chinesische Staatsbürger, der das 45. Lebensjahr vollendet hat, kann zum Staatspräsidenten gewählt werden.

Staatspräsident ist seit 2013 Xi Jinping, der zugleich als Generalsekretär der KPCh fungiert. Im Oktober 2017 wurde er auf dem 13. Nationalkongress für eine zweite Amtsperiode wiedergewählt. Die Beschränkung seiner Amtszeiten wurde 2018 aufgehoben, sodass er auf Lebenszeit regieren kann. Als Ministerpräsident leitet Li Keqiang den Staatsrat. Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses ist Zhang Dejiang.

Die Volksrepublik China entwickelte sich kurzzeitig mit Beginn der Wirtschaftsreformen zu einer offeneren Gesellschaft mit zunehmender Autonomie der Provinzen. Im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Veränderungen zog sich der Staat aus einigen Bereichen zurück. Auf administrativer Ebene erfolgten begrenzte Prozesse der Dezentralisierung, so dass China nach Meinung von Hans Mathieu aus der Friedrich-Ebert-Stiftung

sogar *de facto* ein föderaler Staat geworden sei, obwohl die Gestaltung des demokratischen Zentralismus unter Führung der KPCh aufrechterhalten wird.

Die Provinzen und Autonomen Regionen besitzen eigene Regierungen. Der Aufbau, die Arbeitsweise und die Kompetenzen der Provinzregierungen entsprechen in der Grundstruktur der zentralstaatlichen Ebene und basieren auf der chinesischen Verfassung sowie dem Gesetz über die subnationalen Volkskongresse. Die Abgeordneten der Volkskongresse der Kreise, der Städte ohne Bezirke, der Stadtbezirke, Gemeinden, Nationalitätengemeinden und Dörfer werden vom Volk direkt gewählt. Bei den Direktwahlen der Gemeindevertreter und Bürgermeister kandidieren auch parteilose Personen. Auf allen übergeordneten Ebenen werden die Abgeordneten und Funktionsträger vom jeweiligen Parlament beziehungsweise Volkskongress gewählt.

Die chinesische Nationalregierung garantiert den unteren Ebenen verfassungsgemäß eine sehr weitgehende Autonomie – und diese nutzen sie: Die Provinzen und Autonomen Regionen betreiben seit 2013 ihre eigene Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik, was sich landesweit in einer teilweise höchst unterschiedlichen Gesetzgebung widerspiegelt.

1.3. Funktionen des Staates

Der Markt als solcher ist Bestandteil verschiedener Produktionsweisen, abhängig von den Produktionsverhältnissen. Unter kapitalistischen Verhältnissen unterliegt der Markt der Verwertung des Kapitals auf der Grundlage der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse.

Im Sozialismus basiert der Markt auf der Grundlage der sozialistischen Planwirtschaft, die ihren Ursprung im gesellschaftlichen Eigentum der Produktionsmittel findet. Dadurch können die Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen bereits in den staatlichen Wirtschaftsplänen bestimmt werden und sind nicht von Angebot und Nachfrage auf dem Markt abhängig.

In der bürgerlichen Darstellung ist der Markt bzw. die Marktwirtschaft ein zentraler Begriff der ökonomischen Theorie. Bestimmend ist wie für das jeweilige Wirtschaftssystem die Verteilung der Entscheidungs- und Handlungsrechte durch das Rechtsinstitut des privaten Eigentums an

Produktionsmitteln. Planung und Koordination der Wirtschaftsprozesse erfolgen dezentral, d.h. die einzelnen Verwendungspläne der Haushalte und Unternehmen (Einkommen - und Gewinnverwendung) und der Entstehungspläne (Gewinnbildung und Einkommensentstehung) werden durch Marktpreise koordiniert. In der Theorie treffen die einzelnen Marktteilnehmer ihre Entscheidungen über Produktion und Konsum frei und in Konkurrenz zueinander – im Bestreben, ihren eigenen Nutzen zu maximieren. Wir sprechen da von Maximalprofit.

Bürgerliche Ökonomen bezeichnen mit dem Begriff „Sozialistische Marktwirtschaft“ oder „Sozialistische Marktwirtschaft mit chinesischen Merkmalen“ das Wirtschaftssystem der Volksrepublik China nach den Reformen Deng Xiaopings, denen sich z.B. auch die Sozialistische Republik Vietnam angeschlossen hat. Dort finden, wie in China, „marktwirtschaftlichen Reformen“ unter dem Namen „Erneuerung“ statt.

Die Hinwendung zu dieser „Sozialistischen Marktwirtschaft“ begann im Jahr 1978, als Deng Xiaoping sein Programm des „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“ einführte. Sie startete mit der Dekollektivierung der Landwirtschaft und der Duldung von Privatwirtschaft und ausländischen Direktinvestitionen und führte ab 1979 und später weiter zu weitreichenden Reformen von der Privatisierung des Staatssektors über die Liberalisierung von Handel und Konsumgüterpreisen. Ab dem Jahr 2004 waren die Hälfte der übriggebliebenen staatseigenen Unternehmen bereits in Aktiengesellschaften umgewandelt. Hier behält der Staat zwar formell das Eigentum und die Kontrolle über die Unternehmen, hat aber wenig direkten Einfluss auf deren internes Management. Eindeutig ist erkennbar, dass hier die Elemente des kapitalistischen Marktes und Elemente des kapitalistischen Eigentums in die Wirtschaft der Volksrepublik China eingebaut wurden, so dass man von einer Planwirtschaft kaum noch sprechen kann. Die Vertreter der Marktwirtschaft sind darüber erfreut. Sie sehen in dieser Entwicklung eine Ergänzung des ökonomischen Systems der sozialistischen Planwirtschaft. Sie begründen die Richtigkeit dieser Entwicklung mit den hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes in den letzten Jahrzehnten. Innerhalb dieses Modells bilden Privatunternehmen einen wichtigen Teil des Wirtschaftssystems. Bei richtiger Betrachtung müssen wir feststellen, dass es dem Kapitalismus gelungen ist, neue Märkte in China zu erschließen und die sozialistische

Planwirtschaft zurückzudrängen. Denn das hier umjubelte große wirtschaftliche Wachstum ist dem privaten Sektor zuzuschreiben, der zweimal so schnell wächst wie die offiziellen Wachstumszahlen insgesamt angeben, und der kontinuierlich größer wird. Die wirkliche Größe des Privatsektors ist schwierig zu bemessen, weil dieser Sektor oftmals von den offiziellen Quellen bei der Berechnung des BIPs zu klein geschätzt wird. Die Statistik tendiert dazu, kleine Unternehmer zu ignorieren oder private Unternehmen nicht als solche in die Bewertung mit aufzunehmen.

Private Unternehmen werden oftmals von ihren Eigentümern als kollektive Unternehmen deklariert, und die Größe von Privatunternehmen kleiner dargestellt, als sie eigentlich sind. Der Privatsektor generierte etwa 70% des BIP im Jahr 2005 (stetiges Wachstum). Heute: Das Bruttoinlandsprodukt bezeichnet den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die im betreffenden Jahr innerhalb der Landesgrenzen hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen. Es gilt als wichtiger Indikator für die Wirtschaftskraft eines Landes. Im Jahr 2018 betrug das Bruttoinlandsprodukt in China geschätzt rund 14,1 Billionen US-Dollar. Außerdem verwalten Privatunternehmer auch solche Vermögen oder Wirtschaftssubjekte, die nominell der Regierung gehören. Der Staat behält dabei noch die Kontrolle über strategische Industrien, wie z.B. die Rüstungsindustrie, Energieerzeugung, die Öl- und Petrochemie, Telekommunikation, Kohleabbau, Luft- und Schifffahrt. Der Staat hat auch noch die indirekte Kontrolle bei der Anleitung der nichtstaatlichen Wirtschaft und über das Finanzsystem, das finanzielle Mittel nach staatlichen Interessen verleiht.

Zentralisierte Planung wurde für den Großteil der Wirtschaft durch einen freien Marktmechanismus und reine *Indikativplanung* für die großen Staatsindustrien ersetzt. Im Unterschied zur sozialistischen Planwirtschaft, also dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln, ist die Umstrukturierung der Staatsunternehmen auf eine kommerziellen Basis (Aktiengesellschaften) abgeschlossen. Nur noch sehr großen Staatsunternehmen werden weiterhin direkt von der Zentralregierung verwaltet. Diese Staatsunternehmen besitzen eine hohe Autonomie, Sie wählen selbst ihre eigenen Geschäftsführer und behalten ihren selbst erwirtschafteten Profit. Zu ihrem Vorteil unterscheiden sie sich von den

Privatunternehmen darin, dass sie notfalls vom Staat gerettet werden, wenn sie in wirtschaftliche Probleme geraten.

Dieses Wirtschaftssystems wird aus chinesischer Perspektive verteidigt und von Revisionisten aller Art gepriesen. Diese argumentieren, dass eine sozialistische Planwirtschaft nur möglich sei, nachdem zunächst eine umfassende Warenwirtschaft mit marktwirtschaftlichen Elementen etabliert wurde. Erst nach deren vollständiger Entwicklung solle sie sich schließlich in eine Planwirtschaft verwandeln. Getreu der revisionistischen Politik und Fragestellung: Wie kann man so tun, als wolle man den Kapitalismus überwinden, ohne es jemals zu tun?

Die Bezeichnung „Sozialistische Marktwirtschaft“ ist reinweg falsch. Die bürgerliche und revisionistische Propaganda bezeichnet jene, die Kritik üben und die in diesem System eine Wiederherstellung der kapitalistischen Besitz- und Produktionsverhältnisse sehen, als orthodoxe Marxisten, Betonköpfe, Stalinisten. Das chinesische System entmachte aber die Arbeiterklasse und führt zu einer starken Ungleichheit zwischen Arm und Reich und damit zu einer Formierung einer immer größer werdenden kapitalistischen Klasse. Und die bisherige Entwicklung in China gibt uns Recht.

Auch große Teile der chinesischen Bevölkerung kritisieren die Wirtschaftsreformen Deng Xiaopings. Chinesische Revisionisten, die dieses System befürworten, argumentieren dahingehend, dass der Historische Materialismus an die chinesischen Besonderheiten und die Gegenwart angepasst wurde. Die Sozialistische Marktwirtschaft wird dabei als *Anfangsstadium des Sozialismus* bezeichnet. Der Rechtswissenschaftler und Buchautor Oskar Weggel bezeichnet diesen ideologischen Sprung als „Grauzonenideologie“ und stellt fest: „Hatte Marx den Revolutionsplan dreistufig angelegt (Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus), so galt für China von jetzt an ein fünfstufiges Schema: Halbfeudalismus/Kapitalismus – Neue Demokratie – Sozialistische Warenwirtschaft – Vollsozialismus – Kommunismus. In der Phase des Warensozialismus, die zur Zeit im Gange sei, gelte es, pragmatisch zu handeln und sich all jener Mittel zu bedienen, die das Gemeinwesen sozioökonomisch voranbrächten.“

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte notwendige von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein,

Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktionskräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis.“ (Marx, MEW 13, S.8)

Daraus ist zu schlussfolgern: Kapitalistische Produktionsverhältnisse führen letztlich immer zu einem kapitalistischen Staat. Weiter: Der Begriff „Sozialistische Marktwirtschaft“ ist zutiefst revisionistisch und widerspricht jeder marxistischen Logik. (Literatur: Klaus Fritsche (Hrsg.): Verlorene Träume. Sozialistische Entwicklungsstrategien in der Dritten Welt. Schmetterling Verlag, Stuttgart 1989; Rüdiger Machetzki (Hrsg.): Sozialistische und planwirtschaftliche Systeme Asiens im Umbruch. China - Südostasien aktuell: Band 9. VISTAS Verlag, Berlin 1989; Anneliese Braun: Fritz Behrens' Konzept einer „sozialistischen Warenproduktion“, seine Kritik am Staatssozialismus und ihre Relevanz für die Gegenwart, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft II/2009; Theodor Bergmann: Strukturprobleme der kommunistischen Bewegung. Irrwege - Kritik - Erneuerung, VSA-Verlag, Hamburg 2012.)

Wie wirkt sich diese Entwicklung nun auf den gesellschaftlichen Überbau aus? Die wichtigsten Elemente des gesellschaftlichen Überbaus sind insbesondere: - der Staat, - die marxistische, leninistische Partei, - die Gesellschaft.

1.4. Chinas Klassengesellschaft

Nach offiziellen Medienmitteilungen aus Beijing wurden in den zurückliegenden Jahrzehnten 700 Millionen Menschen aus der Armut befreit. Offiziell gehören 250 Millionen Menschen zur sog. "Mittelklasse". Demnach befinden sich noch 660 Millionen Menschen in relativer Armut. Sie müssen aber nicht mehr am Hunger sterben. Vorgeblich befinden sich noch 40 Millionen Chinesen unterhalb der Armutsschwelle, bei täglich weniger als 2 USD pro Kopf (nach Umrechnung). Setzt man die Armutsschwelle höher an, deutlich über das geringe Niveau Afrikas, so befinden sich in China weiterhin rund 200 Millionen Menschen in Armut. Aber auch der chinesische

"Mittelstand", ebenso wie die Millionen Wanderarbeiter (z. Z. ca. 285 Millionen) verfügen in ihrer Mehrheit immer noch nicht über eine staatliche Sozialversicherung für den Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall oder Alterssicherung (Rente).

Zugleich gehört heute China unter den kapitalistischen Staaten zu den Ländern mit der höchsten Anzahl von Milliardären. Die Vermögensbilanz wird allenfalls bei den Milliardären noch von den Vereinigten Staaten nach oben überschritten. 2020 ist China trotz des Handelskonflikts mit 182 neuen Gesichtern auf der Liste vertreten - dreimal so viel wie die USA mit 59 neuen Gesichtern.

Was den Wohnort der Milliardäre betrifft, so sind die "Big Two" China und die USA mit 799 bzw. 626 Milliardären, was mehr als die Hälfte der Milliardäre auf dem Planeten ausmacht. Werfen wir einen Blick auf die 10 Länder, in denen die meisten Milliardäre leben:

| | |
|--|-----|
| Nr. 10: Frankreich, Anzahl der Milliardäre: | 51 |
| Nr. 9: Thailand, Anzahl der Milliardäre: | 57 |
| Nr. 8: Brasilien, Anzahl der Milliardäre: | 69 |
| Nr. 7: Schweiz, Anzahl der Milliardäre: | 88 |
| Nr. 6: Russland, Anzahl der Milliardäre: | 91 |
| Nr. 5: Vereinigtes Königreich, Anzahl der Milliardäre: | 119 |
| Nr. 4: Deutschland, Anzahl der Milliardäre: | 122 |
| Nr. 3: Indien, Anzahl der Milliardäre: | 137 |
| Nr. 2: USA, Anzahl der Milliardäre: | 626 |
| Nr. 1: China, Anzahl der Milliardäre: | 799 |

Quelle: China Internet Information Center (CIIC), Beijing.

Am deutlichsten ist der gewaltige Sprung der Transformation in den Kapitalismus. Die Privatwirtschaft in der VR China beschäftigt heute rund 360 Millionen Menschen (von etwa 780 Mio., davon rund 180 Mio. in der chinesischen Landwirtschaft). Nach offiziellen Zahlen liegt der Anteil der Privatwirtschaft an der gesamten jährlichen Wertschöpfung Chinas bei 60 Prozent (eher bereits bei mehr als 70 Prozent) und hat bereits das nordamerikanische und westeuropäische Niveau der Privatwirtschaft erreicht. Weiterhin existieren bereits rund 68 Millionen private Kleinunternehmen und rund 27 Millionen größere Privatunternehmen in China, darunter auch

private Unternehmen mit zehntausenden Beschäftigten, die deutlich in ihrer Produktivität und Wertschöpfung den verbliebenen Staatsunternehmen überlegen sind.

Auch wenn die Partei und Staatsführung das heutige chinesische Gesellschaftssystem als "Sozialismus chinesischer Prägung" weltweit deklariert, es handelt sich um eine kapitalistische Gesellschaftsformation in China. Die Angehörigen der chinesischen Bourgeoisie, zugleich Mitglieder der KPCh, stellen den Fassadenschmuck und verbal 'sozialistischen' Anspruch ihrer Partei und Staatsführung nicht in Frage, gehört doch dieser ideologische Schwindel mit zur Voraussetzung ihrer sozialen und materiellen Existenz als Kapitalisten chinesischer Prägung. (Vgl. Neues Deutschland, 02.09.2018: Superreiche in Asien. Luxustaschen, mit Juwelen vollgestopft. In den Kleptokratien Asiens kommen viele illegal zu wahnsinnigem Reichtum - und stellen ihn ganz offen zur Schau. Von Michael Lenz; <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1098835.superreiche-in-asien-luxustaschen-mit-juwelen-vollgestopft.html>)

2. Rolle und Funktion der Kommunistischen Partei Chinas

2.1. Die sozialistische Ideologie

Aufgabe der Kommunistischen Partei - Machtinstrument der Arbeiterklasse

Der nächste Zweck der Kommunisten ist: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung. Die alles entscheidende Frage ist jedoch die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, denn nur dadurch kann die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen endgültig beseitigt werden. (**Quelle:** *Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx/Engels: Werke, Dietz Verlag Berlin, 1977, Bd.4,)*

Es ist zu prüfen, ob die derzeitige Politik und Struktur der KPCh einer solchen gewaltigen Aufgabe gewachsen ist. Innerhalb der Partei vollziehen sich strukturelle Veränderungen. Dienen sie dem Ziel der Schaffung einer kommunistischen Gesellschaft?

2.2. Zur führenden Rolle der Kommunistischen Part Chinas (KPCh)

Die führende Rolle der Kommunistischen Part Chinas (KPCh) beruht auf der Verfassung der Volksrepublik China und ist somit unantastbar. Die Partei ist nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut. Neben der KPCh gibt es noch weitere acht politische Parteien in der Volksrepublik China, welche in einem System der Mehrparteien-Zusammenarbeit verfassungsgemäß „die Führung der KPCh im gemeinsamen Kampf für den Aufbau eines sozialistischen Staates unterstützen.“ Dieses System entspricht dem Parteiensystem in der DDR.

Beginnend ab 1978 entwickelte sich die KPCh von der Partei der Arbeiterklasse zu einer wirtschaftsliberalen Partei. Seit 2002 können Vertreter aller Gesellschaftsschichten Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas werden, einschließlich Unternehmer. Während früher Fraktionen der verschiedenen ideologischen Schulen um Einfluss rangen, kämpfen spätestens seit 2006 Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Bauernorganisationen, Gebietskörperschaften oder Parteiintellektuelle um die politische Ausrichtung der Partei. Der kontroverse Diskurs ist dabei erwünscht und wird öffentlich ausgetragen. Im Wesentlichen sind drei Strömungen feststellbar: Die *Neuen Linken* kritisieren die sozialen Folgen der Liberalisierungspolitik und fordern mehr Einfluss des Staates. Die *Neoliberalen* setzten sich dafür ein, dass sich der Staat noch viel stärker aus der Wirtschaft zurückzieht, während die *Demokratischen Liberalen* bürgerlich politische Reformen verlangen.

Dennoch spielt die KPCh unverändert die entscheidende Rolle und wird dies in absehbarer Zeit weiterhin tun. In den vergangenen 30 Jahren stellte sich die Partei an die Spitze der „Reformpolitik“. Das heißt, die gegenwärtige Unersetzbarkeit der Kommunistischen Partei Chinas wird trotz aller Kritik an den chinesischen Verhältnissen selbst von verschiedenen westlichen Beobachtern überwiegend anerkannt. Vielmehr bestehe Konsens darüber, dass zur KPCh derzeit keine organisatorische Alternative und Konkurrenz möglich - und auch nicht notwendig - ist.

Mit der wirtschaftlichen Öffnung Chinas leistete die Regierung ein Wohlstandsversprechen. Tatsächlich zeigte die Wirtschaftsliberalisierung ihre Wirkung; die Lebensumstände und der Wohlstand vieler Chinesen verbesserten sich. Andere wurden aber auch arbeitslos. Die Schere zwischen arm und reich geht ständig weiter auseinander, und es bildete sich eine Mittelschicht. Vor allem die „Gewerbe- und Reisefreiheit“ wurde intensiv genutzt. Zudem weist der Ökonom Jörg Schäufele darauf hin, dass ein radikaler Systemwechsel in China, so wie er in den anderen ehemals sozialistischen Ländern erfolgte, die Weltwirtschaft nachhaltig stören würde. Demnach habe sich die langsame und kontrollierte Hinwendung zur Marktwirtschaft in China als ein wirtschaftspolitisch sinnvoller Weg erwiesen. An dem derzeitigen politischen System würde die weitere (kapitalistische) wirtschaftliche Entwicklung Chinas nach Ansicht Schäufeles nicht scheitern.

3. Die strukturelle Entwicklung der Partei

Im Weiteren ist zu beachten, dass sich die Anzahl der Mitglieder in der Kommunistischen Partei Chinas in den vergangenen 30 Jahren auf knapp 90 Millionen verdoppelt hat. Allein zwischen 2005 und 2016 stieg die Mitgliederzahl um 26 Prozent. Zugleich veränderte sich die Mitgliederstruktur signifikant. Die wachsende Heterogenität und soziale Spreizung der Parteimitgliedschaft spiegelt die fortschreitende Pluralisierung der chinesischen Gesellschaft in Hinsicht auf Lebensstile, Bildungs- und Vermögensstand wider. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Mitglieder der anderen acht Parteien in China⁴² in den letzten Jahren erhöht. In allen

⁴² Die übrigen Parteien sind:

Revolutionäres Komitee der Kuomintang, im Januar 1948 in Hongkong gegründet, mit allen Zweigstellen hat die Partei nahezu 101.865 Mitglieder.

Chinesische Demokratische Liga, gegründet 1941 in der Stadt Chongqing, Ende 2012 hatte die Partei mehr als 224.000 Mitglieder.

Chinesische Gesellschaft für den Demokratischen Nationalen Aufbau, im Dezember 1945 von Industriellen Geschäftsleuten in Chongqing gegründet, mehr als 140.000 Mitglieder.

Chinesische Gesellschaft für die Förderung der Demokratie, im Dezember 1945 in Shanghai gegründet, zusammen mit allen lokalen Organisation hat sie mehr als 128.000 Mitglieder.

Provinzen, Autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städten sowie anderen großen und mittelgroßen Städten gibt es Regional- und Grundorganisationen dieser Parteien.

3.1. Veränderungen in der Mitgliederstruktur der KPCh und deren historische und politische Gründe

3.1.1. Strukturwandel der KPCh nach jahrzehntelanger Expansion der Mitgliederbasis

Wie hat sich die Mitgliedschaft der KPCh in den vergangenen Jahrzehnten konkret entwickelt? Die Auswertung der Mitgliederstatistiken, die von der Zentralen Organisationsabteilung der KPCh jährlich veröffentlicht werden, erlaubt Aussagen über wichtige Verschiebungen.

VERDOPPELUNG DER MITGLIEDERZAHL BINNEN DREI JAHRZEHTEN

Die Zahl der KPCh-Mitglieder hat sich von 1985 bis 2016 auf knapp 90 Millionen verdoppelt. Derzeit haben 6,5 Prozent der Gesamtbevölkerung ein Parteibuch (2005: 5,4 Prozent). Allein zwischen 2005 bis 2016 stieg die Zahl der Mitglieder um 26 Prozent. Die KPCh ist die mit Abstand mitgliederstärkste Kommunistische Partei aller Zeiten und gegenwärtig nach der Indischen Volkspartei BJP (diese gibt an, mehr als 30 Millionen Mitglieder zu haben) die zweitgrößte Partei der Welt. Durchschnittlich 20 Millionen Menschen pro Jahr bewerben sich um eine Mitgliedschaft in der KPCh. Nur etwa jeder elfte Bewerber wird derzeit akzeptiert.

AUSGEPRÄGTE AKADEMISIERUNG UND REDUZIERUNG DER TRADITIONELLEN KERNKLIENTEL

Chinesische Demokratische Partei der Bauern und Arbeiter, im August 1930 gegründet, 1947 in die jetzige Demokratische Partei der Bauern und Arbeiter umbenannt, mit allen Zweigstellen hat sie mehr als 125.600 Mitglieder.

Zhi-Gong-Partei Chinas, die Partei für öffentliche Angelegenheiten wurde offiziell im Oktober 1925 in San Francisco gegründet, ungefähr 20.000 Mitglieder.

Gesellschaft des 3. Septembers, im Mai 1946 gegründet, Ende 2012 bestand die Gesellschaft aus mehr als 132.000 Mitgliedern.

Demokratische Selbstbestimmung Taiwans, im November 1947 in Hongkong gegründet, sie besteht aus über 2.100 Mitgliedern.

Der massive Zuwachs hat auch die Struktur der Mitgliedschaft stark verändert. Traditionell war die KPCh wie jede Kommunistische Partei eine Vereinigung der Arbeiter und Bauern. In China ist der Anteil dieser Kernklientel jedoch zuletzt kontinuierlich gesunken, allein zwischen 2005 und 2016 von 43,2 auf 37 Prozent. Gleichzeitig stieg der Anteil von Parteimitgliedern mit Hochschulabschluss seit 2005 um beachtliche 16,9 auf 45,9 Prozent. Im Vergleich zum Jahr 2000 (21,1 Prozent) hat sich der Anteil der Hochschulabsolventen bis 2016 sogar verdoppelt. 2012 überschritt der Anteil der Hochschulabsolventen (40 Prozent) erstmals den Anteil der Arbeiter und Bauern (38,3 Prozent). Hierzu ist anzumerken, dass auch in der Bevölkerung der Anteil der Bauern im Zuge der Urbanisierung und Industrialisierung stetig zurückgeht.

DIE PARTEI ALTERT SCHNELLER ALS JUNGE MITGLIEDER ZUSTRÖMEN

Die Altersstruktur der KPCh-Mitglieder verändert sich ebenfalls: Während der Anteil der unter 35-Jährigen zwischen 2005 und 2016 von 23 auf 25,4 Prozent leicht anstieg, nahm im selben Zeitraum auch der Anteil der über 60-jährigen leicht zu: von 23 auf 26,9 Prozent. Ersteres ist mit der Strategie der KPCh zu erklären, die auf eine Verjüngung setzt, letzteres mit der demografischen Entwicklung. Entscheidend ist: Die mittlere Altersgruppe zwischen 35 und 60, die lange als Kerngruppe der Partei galt, ist zwar immer noch die größte, ihr Anteil sank jedoch zwischen 2005 und 2016 von 54 auf 47,7 Prozent, anders ausgedrückt von 42,6 Mio. auf 38,2 Mio. Mitglieder. Aufgrund des innerparteilichen demografischen Wandels wird der Anteil von Parteimitgliedern über 60 auch weiter schneller steigen als der der jungen Mitglieder unter 35.

ZUSTROM AUS „NEUEN SOZIALEN SCHICHTEN“

Die Durchdringung der neuen sozialen Schichten – darunter Privatunternehmer, Selbständige im (wissensintensiven) Dienstleistungssektor, angestellte Professionals - kommt seit 2005 zögerlich voran. Der Zustrom dieser heterogenen Gruppe ist gering und steigt kaum. 2005 lag er bei 11.000 (von 2,4 Millionen neuen Parteimitgliedern), 2016 bei 14.000 (von 1,91 Millionen Neumitgliedern)

LANGSAM STEIGENDER FRAUENANTEIL

Seit 2005 ist der Frauenanteil in der KPCh von 19,2 auf 25,7 Prozent im Jahr 2016 leicht gestiegen.

3.1.2. Risiken des Strukturwandels für die KPCh

Strukturell ist die Partei gespalten. In der parteiinternen Diskussion wird von einer Gruppe die zunächst bewusst angestrebte Vielfalt oder auch Uneinheitlichkeit der Basis durchgängig als positive Pluralisierung der Partei angesehen (vergl. Mit der Politik DIE LINKE). Eine andere Gruppe sieht darin eine Bedrohung der führenden Rolle der marxistischen Ideologie. Auch die Gefahr eines sozialen Auseinanderdriftens der Partei wird diskutiert.

ZUSTROM JUNGER HOCHSCHULABSOLVENTEN FORDERT MONOPOLSTELLUNG DES MARXISMUS HERAUS

Die Gewinnung junger Bildungseliten - Studierender und Akademiker - verfolgt die KPCh bereits seit 1981, um die Parteibasis zu verjüngen und zu professionalisieren. Ältere und weniger ausgebildete Parteimitglieder, oft Revolutionsveteranen, sollten abgelöst werden, um Platz für jene zu schaffen, die mit den komplizierten Wirtschaftsreformen zurechtkommen. Allerdings werden in parteiinternen Diskussionen Zweifel an dieser Politik nach dem jahrzehntelangen, massiven Zustrom junger Akademiker immer lauter. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Schwierigkeiten bei der ideologischen Erziehung der jungen Parteimitglieder. Die marxistische Ideologie als Grundwissen der Partei hat für einen Teil der Mitglieder an Bedeutung verloren. Vor allem die jungen, gut ausgebildeten Akademiker fühlen sich zu den revisionistischen Ideen der freien Marktwirtschaft und der bürgerlichen Demokratie und bürgerlichen Rechtsstaatlichkeit hingezogen.

RÜCKGANG DER KERNMITGLIEDER SCHWÄCHT DIE IDENTITÄT DER PARTEI

Der kontinuierliche Rückgang der Zahl der Arbeiter und Bauern in der Partei hat verschiedene Gründe: Im Zuge der Privatisierung von Staatsbetrieben verloren Millionen Menschen nicht nur ihre Arbeitsplätze (die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei ca. 4%, dabei sind Bauern und Wanderarbeiter nicht erfasst), sondern häufig auch die Anbindung an eine Parteiorganisation. Der neu entstandene Privatsektor beschäftigt vor allem Bauern und Wanderarbeiter, die mobil, aber zugleich nirgends mehr richtig zu Hause sind.

Chinesische Parteitheoretiker fürchten seit längerem, dass dadurch die Identität der Partei geschwächt wird: Bislang verstand sich die KPCh als „Vorhut der arbeitenden Klasse“ (Parteistatut) und die Volksrepublik China als „ein sozialistischer Staat, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht“ (Verfassung).

Das fortschreitende Verschwinden der traditionellen Arbeiterklasse ist immer schwieriger mit dem Selbstverständnis der KPCh vereinbar. Tatsächlich lässt sich seit einigen Jahren eine Spaltung der Parteibasis beobachten. Im Kern geht es um ihr Verhältnis zu Mao. Die „KP-Nostalgiker“, meist Verlierer der Wirtschaftsreformen, wünschen sich ein Comeback der Mao-Ära, während die „KP-Pluralisten“ den Verzicht auf die Führungsrolle der KP einfordern. Die Parteiführung versucht, beide Lager zurückzudrängen, weil sie sich bewusst ist, dass diese die Partei schwächen können. So wurden Internetauftritte zeitweise zensiert und öffentliche Veranstaltungen eingeschränkt. Dies führte dazu, dass gemäßigte Anhänger des Pro-Mao-Lagers ihre Hoffnung in die Parteiführung verloren.

Die „KP-Nostalgiker“ spalteten sich 2012 in zwei Untergruppen. Während die eine Seite zu einer neuen politischen Kraft werden will, möchte die andere Untergruppe weiterhin an der „Säuberung der Partei“, „Bekämpfung des amerikanischen Imperialismus“ und dem „sozialistischen Weg“ festhalten. Die Parteiführung steht vor dem Dilemma, dass sie keine Unterstützung anbieten kann – weder den „KP-Nostalgikern“ (denn das würde bedeuten, dass der von Deng Xiaoping eingeleitete Reform-Kurs falsch wäre), noch den „KP-Pluralisten“. Solange die beiden Lager sich nicht gegen die Parteiführung mit ihren 650.000 Führungskadern als Rückgrat des politischen Systems zusammenschließen, stellt die Spaltung keine Existenzgefahr für die Parteiführung dar. Sie schwächt lediglich die Loyalität der Basis gegenüber der Parteiführung. Langfristig allerdings bedroht dies die Stabilität der Partei.

Auf ideologischem Gebiet versuchte die KPCh deshalb gegenzusteuern, indem sie die klassische marxistische Klassentheorie durch die „Theorie der drei Repräsentationen“ ersetzte und sich seit 2002 für alle „fortgeschrittenen Kräfte“ der Gesellschaft öffnete - auch für den einstigen Klassenfeind, die Privatunternehmer.

Die Tatsache, dass gerade diese umworbenen Gruppen jedoch nicht im gewünschten Maße die Nähe der Partei suchen, hat die Parteiführung zum Umdenken veranlasst. In seiner Rede zum 95-jährigen Bestehen der Partei sagte Xi 2016, er wolle die KPCh zu ihrem Ursprung einer marxistisch-leninistischen Partei zurückführen. Es gelte, an den Gründungsgeist der KPCh anzuknüpfen.

ZUNEHMENDE SOZIALE SPREIZUNG NÄHRT DAS GEFÜHL DER SOZIALEN UNGLEICHHEIT

Eine Sorge, die in parteiinternen Debatten immer wieder zum Ausdruck gebracht wird, ist die wachsende Kluft zwischen alten und neuen Parteimitgliedern, die auf Gegensätze im Ausbildungsniveau (gut qualifiziert, Hochschulabschluss vs. niedrig qualifiziert/Mittelschulniveau), in der Erwerbstätigkeit (wissens- und technikintensive vs. arbeitsintensive Branchen) und dem Ort der Beschäftigung (Stadt vs. Land) zurückgehen. Die mitunter großen Einkommensdifferenzen zu den akademisch und beruflich besser ausgebildeten Neumitgliedern erzeugen zudem bei den alteingesessenen, oft weniger gut ausgebildeten Parteimitgliedern ein Gefühl der Ungleichheit. Auch die ungleiche Vermögensverteilung erzeugt eine Kluft zwischen den Parteimitgliedern.

Im Laufe der Reformära haben manche KP-Mitglieder wie Wang Jianlin (Gründer der Wanda Gruppe), Ren Zhenfei (Gründer von Huawei) und Ren Zhiqiang (Immobilien-Tycoon) ein Vermögen von mehreren Hundert Millionen, zum Teil sogar Milliarden CNY angesammelt, während mehr als neun Millionen Beschäftigte von Staatsunternehmen im Zuge der Privatisierungen ihre Jobs verloren.

Diese extreme Ungleichheit sowie die damit verbundene Neuverteilung der politischen Ressourcen innerhalb der Partei bringen aus Sicht chinesischer Parteienforscher mindestens zwei Gefahren mit sich: Erstens wird das Rennen um Macht und Ressourcen zwischen führenden Gruppen härter. Zweitens fühlt sich die Parteibasis marginalisiert. Um das Problem zu veranschaulichen, haben die beiden chinesischen Politikwissenschaftler Zhu Yuwei und Xiang Zeng die Parteimitglieder in fünf Schichten eingeteilt:

1. Führungsschicht: Führende Kader in den Parteiorganisationen und staatlichen Organisationen aller Ebenen. Sie haben das Sagen.

2. Wirtschaftselite: Entscheidungsträger der staatseigenen Unternehmen und Besitzer von Privatunternehmen, die den Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen und gute Beziehungen zur Führungsschicht haben. Sie genießen großen Einfluss.
3. Bildungseliten: Führende Intellektuelle, Professoren, Meinungsführer etc. Sie haben Einfluss auf Politik und Partei unter der Voraussetzung, dass die beiden oben genannten Schichten sie akzeptieren.
4. Sogenannte „Zuschauer“: Angestellte, Facharbeiter und Lehrer. Ihr Einfluss beschränkt sich auf die Wahlbeteiligung/Zustimmung zur Parteilinie.
5. Unterschicht: Verarmte Bauern, ehemalige Mitarbeiter von Staatsbetrieben, Wanderarbeiter und andere, die kein Mitspracherecht haben und kein Gehör finden in der Partei.

Vergleichen wir die Mitgliederstatistik von 2016 mit diesem Schichtenmodell, so machen die fünfte Schicht 66,2 Prozent und die vierte Schicht 25,2 Prozent aus. Das heißt, mehr als 90 Prozent der Parteimitglieder haben keinen signifikanten politischen Einfluss. Zhu Yuwei und Xiang Zeng zufolge begünstigt die zunehmende Zentralisierung der politischen Macht und wirtschaftlichen Ressourcen in der ersten und zweiten Schicht die Cliquenbildung innerhalb der Partei. Ziel dieser Cliquen sei es, persönliche Privilegien auszubauen und abzusichern. Dies verschärfe das Ringen um Macht und Ressourcen. Tatsächlich lassen sich in der Ära Xi konkrete Beispiele von Patronage-Netzwerken und innerparteilicher Cliquenbildung finden: So wurde gegen das ehemalige Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros Zhou Yongkang, Patron der staatseigenen Ölindustrie, im Zuge von Xis Anti-Korruptionskampagne ein Verfahren eingeleitet. Ein weiteres Beispiel für die parteiinterne Cliquenbildung ist der ehemalige Leiter der ZK-Kanzlei, Ling Jihua. Dieser soll eine „regelrechte landsmannschaftliche Vereinigung von Führungskräften aus zentralen und regionalen Partei- und Unternehmenskreisen begründet haben, die sich regelmäßig trafen, um über die Vergabe politischer Ämter und lukrative wirtschaftliche Aktivitäten zu verhandeln“.

Aus Sicht der beiden Parteienforscher fühlen sich die untersten beiden Schichten an den Rand gedrängt. Ihr Vertrauen in die oberste Parteiführung sei erschüttert und ihre Loyalität zur Partei geschwächt. Dies zeige sich auch

in der zunehmenden Passivität vieler Parteimitglieder und in ihrer Weigerung, sich für die Partei einzusetzen. Um diesem Problem entgegenzuwirken, griff Xi Jinping nach seinem Amtsantritt auf Methoden aus der Mao-Ära zurück. Dazu gehört die sogenannte „Massenlinie“. Parteimitglieder wurden aufgefordert, nicht nur als stilles Vorbild gegenüber den „Massen“ zu wirken, sondern die Positionen der Partei offensiv in allen gesellschaftlichen Kontexten gegenüber Dritten zu vertreten und die Interessen der „Massen“ zu sammeln, zu bündeln und zu artikulieren.

3.2. Mit neuer Strategie gegen die Risiken des Strukturwandels

DIE NEUE STRATEGIE ZUR MITGLIEDERGEWINNUNG SEIT 2012

2016 stellten rund 20 Millionen Menschen den Antrag auf Mitgliedschaft in der KPCh. Im selben Jahr wurden 1,91 Millionen neue Parteibücher ausgegeben. Interessant ist, dass die Anzahl der neu zugelassenen Parteimitglieder zwischen 2005 und 2012 jährlich angestiegen ist, seit 2013 jedoch wieder sinkt.

Grund hierfür ist die Neuausrichtung der Politik der Mitgliedergewinnung seit Xi Jinpings Amtsantritt. Die stetig wachsende Zahl von Neumitgliedern, die 2011 die stolze Marke von drei Millionen pro Jahr erreichte, wurde innerhalb der Parteiführung bereits vor Xis Amtsantritt 2012 als mögliche Gefahr thematisiert. Damals war Xi im Politbüro für die Parteaufbauarbeit zuständig und Präsident der Zentralen Parteischule. Die Gewinnung neuer Parteimitglieder zu verlangsamen, stand vermutlich von Beginn an auf seiner Agenda, die ganz auf die Sanierung der Partei ausgerichtet ist. Um die Funktion der KPCh als elitäre und disziplinierte Führungsorganisation in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu stärken, drosselte die Parteizentrale den Zustrom neuer Mitglieder.

In einem Anfang 2013 veröffentlichten Parteidokument legte die Zentrale Organisationsabteilung zum ersten Mal eine jährliche Wachstumsrate von 1,5 Prozent bis 2022 fest. 2016 wurde dieser Wert mit 0,8 Prozent unterschritten, der Mitgliederzuwachs wird also derzeit sogar stärker begrenzt als gefordert: Es wurden 1,3 Millionen weniger Mitglieder aufgenommen als noch 2012 (3,23 Millionen). Im Februar 2013 veröffentlicht die Kanzlei des ZK der KPC ein Dokument, das seitdem als Grundlage der Mitgliedergewinnung dient. Die „Stellungnahme zur Stärkung von Gewinnung und Verwaltung der

Parteimitglieder in der neuen Situation“ ist die Neufassung eines Dokuments von 2004, in dem bereits die Kontrolle des Parteiwachstums thematisiert wird, ohne jedoch konkrete Vorgaben zu machen.

Auch mit Blick auf die Gewinnung von „Vertretern neuer sozialer Schichten“ unterscheiden sich die beiden Dokumente. 2004 widmete die Partei dem Aspekt noch einen eigenen Abschnitt. 2013 ist hiervon keine Rede mehr. Offenbar hat die Organisationsabteilung „den proaktiven Kurs“ zum Anwerben neuer sozialer Schichten zu diesem Zeitpunkt bereits wieder aufgegeben. Noch ein zweites Dokument belegt den Kurswechsel: Im Juni 2014 werden die „Arbeitsbestimmungen der KPCh für die Aufnahme von Mitgliedern“ überarbeitet. Seitdem steht neben dem politischen Kriterium der „Avantgarde“ auch das der „Reinheit“ im Mittelpunkt. Bewerber müssen an den Marxismus und den Sozialismus chinesischer Prägung glauben und das „Sozialistische Wertesystem freiwillig praktizieren“. Diese neue Strategie ist auch Folge einer veränderten Erwartungshaltung an Parteimitglieder: Seit jeher hat die Parteiführung betont, dass diese eine gesellschaftliche Vorbildfunktion zu übernehmen haben. Unter Xi Jinping aber sollen sie nicht nur als stilles Vorbild wirken, sondern die Positionen der Partei offensiv in allen gesellschaftlichen Kontexten gegenüber Dritten vertreten.

3.3. Die KPCh im Umgang mit den „neuen sozialen Schichten“

Die KPCh hat den Anspruch, auch in den neu entstandenen sozialen Schichten vertreten zu sein. Auf dem 16. Parteitag 2002 öffnete sich die Partei für Privatunternehmer und begann mit dem rasanten Aufbau von Parteiorganisationen im sogenannten „nichtstaatlichen Sektor“. Anhand der begrenzt verfügbaren Zahlen lässt sich feststellen, dass die KPCh ihren Einfluss in diesen Bereichen massiv ausgebaut hat. Allein zwischen 2006 und 2016 konnte sie die Zahl der Parteiorganisationen im Privatsektor und auch in ausländischen Unternehmen auf 1,8 Millionen um das Neunfache steigern. Wenn man allerdings diese Zahlen mit dem Zuwachs der neu eingetretenen Mitglieder aus den „neuen sozialen Schichten“ vergleicht, zeigt sich eine extrem ungleiche Entwicklung. Obwohl die Partei relativ früh damit begonnen hat, im nichtstaatlichen Bereich Organisationseinheiten aufzubauen, gelingt ihr nur eine schwache Durchdringung derselben. Dies ist dadurch zu begründen, dass die neugegründeten Parteiorganisationen überwiegend aus alten Parteimitgliedern bestehen, die bereits vor ihrem Wechsel in den

Privatsektor in der Partei waren. Es gibt weitere Gründe dafür, warum die Gewinnung von Parteimitgliedern in den sogenannten neuen sozialen Schichten so schleppend verläuft. Laut parteiinternen

Umfragen in der Provinz Guangdong verfügen die Vertreter der neuen sozialen Schichten generell über ein überdurchschnittliches Einkommen, haben ein hohes Bildungsniveau, damit auch ein größeres Bewusstsein für ihre individuellen Rechte und legen mehr Wert auf „soziale Gerechtigkeit“. Sie sind beruflich mobil und weniger gebunden an einen festen Ort. Sie haben ein ausgeprägtes Interesse an Politik und fühlen sich ihrem Heimatland sehr verbunden, aber nicht unbedingt der KPCh. Ihre Bereitschaft, politisch mitzuwirken, ist groß, jedoch zieht es sie eher in den Volkskongress oder die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (die auch für Nicht-KP-Mitglieder zugänglich sind) als in die Partei. So besteht die Gefahr der Entwicklung einer bürgerlichen Opposition.

Viele langjährige Parteimitglieder sind zudem skeptisch gegenüber der Aufnahme neuer Eliten, weil sie die großen sozialen Unterschiede für schädlich für die KPCh halten. Die Eliten aus dem Privatsektor ihrerseits vertrauen der KPCh offenbar nicht: In einer Umfrage unter Basis-Organisationen der Partei in Shanghai bezeichneten mehr als zwei Drittel ihre Beziehungen zu Unternehmern als „angespannt“. Ihre Kontaktversuche mit Unternehmern stießen häufig auf Ablehnung oder Zurückweisung.

Das Dilemma ist der Parteiführung bewusst, wie der angepasste Kurs belegt. In dem erwähnten Dokument aus dem Jahr 2013 werden „neue soziale Schichten“ nicht mehr thematisiert. Stattdessen soll nun die Zentrale Abteilung für Einheitsfront-Arbeit der KPCh diese neuen Schichten verstärkt einbinden. Sie richtete im Juli 2016 ein Büro für „neue sozialen Schichten“ ein, das für die Beziehungspflege zwischen KP und Privatunternehmern zuständig ist. Die Partei erhoffte sich davon, die relativ uneinheitliche Gruppe besser kontrollieren und in bestehende Strukturen einbinden zu können. Auch wenn die Partei bislang nicht offiziell angekündigt hat, die Gewinnung der neuen Schichten aufzugeben, ist die Akzentverschiebung schon sichtbar: Die Partei schenkt dem Thema nicht mehr so große Aufmerksamkeit wie in der bis 2012 andauernden Regierungszeit von Partei- und Staatschef Hu Jintao und Regierungschef Wen Jiabao.

3.4. Mehr Frauen in der Partei – doch die Aufstiegschancen fehlen

Nur ein Viertel der Parteimitglieder waren 2016 Frauen. Und das, obwohl die KPCh bereits seit 1995 eine Erhöhung des Frauenanteils im Blick hat. Damals fand in Beijing die UN-Weltfrauenkonferenz statt, und China legte die Gleichberechtigung von Mann und Frau als staatliche Politik fest. Dieser Schritt wurde 2001 mit einem Dokument der Zentralen Organisationsabteilung konkretisiert. Darin wurde einerseits vorgeschrieben, dass der Frauenanteil unter neuen Parteimitgliedern um ein bis zwei Prozent pro Jahr steigen soll. Gleichzeitig enthielt das Dokument die Zielvorgabe, dass mindestens eine Frau in jedes Führungsgremium von Parteikomitees, Volkskongressen und der Politischen Konsultativkonferenz entsandt werden sowie je eine Frau in der Regierung auf Kreis-, Stadt- und Provinzebene vertreten sein muss. In der Zentralregierung muss nur die Hälfte der Führungsgremien diese Vorgabe erfüllen.

Schaut man sich die aktuelle Verteilung von Spitzenämtern an, wird folgendes deutlich: Die Aufstiegschancen für Frauen in Partei und Staat sind nach wie vor sehr schlecht. Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen liegt dort bestenfalls bei neun oder zehn zu eins, so zum Beispiel in den Parteikomitees der Provinzen, wo auf 290 Männer 29 Frauen kommen. Im Politbüro sitzen zwei Frauen - Liu Yandong und Sun Chunlan - neben 23 Männern. In den Ständigen Ausschuss des Politbüros hat es noch nie eine Frau geschafft. Auch unter den 31 Parteisekretären der Provinzen sucht man vergeblich nach Frauen. Kaum anders sieht es in Regierungspositionen aus: Auf der Leitungsebene der Provinzregierungen stehen 14 Frauen 187 Männern gegenüber. In den Kreis der Provinzgouverneure haben sich zwei Frauen vorgearbeitet: Xian Hui in Ningxia und Bu Xiaolin in der Inneren Mongolei (seit 2016). Im Ministerrang gibt es 16 Frauen (unter 161 Männern); im zehnköpfigen inneren Kabinett des Staatsrats sitzt eine Frau. Der Frauenanteil im ZK des 18. Parteitags war im Vergleich zu dem des 17. Parteitags sogar von zehn auf 8,8 Prozent gesunken. Seit 2012 fordert der Allchinesische Frauenverband die Einführung einer Quote, statt eine konkrete Zahl für die Entsendung von Frauen in die Führungsgremien von Partei und Staat vorzugeben. Denn die Anforderung von mindestens einer Frau wurde in der Praxis meist als Obergrenze behandelt. Außerdem fehlt es an Sanktionsmöglichkeiten, wenn nicht mal diese Mindestvorgabe eingehalten

wird. Bislang stieß der Frauenverband jedoch auf taube Ohren. Beim 19. Parteitag im Herbst 2017 dürfte sich daran nur wenig geändert haben, wie Cheng Li, Analyst beim US- Forschungsinstitut Brookings, kurz vor dem Parteitag prognostizierte. Begründung: In der KPCh gebe es zu wenige qualifizierte Frauen, die für Führungsgremien infrage kämen.

3.5. Was bedeuten die Veränderungen für die Parteiführung?

Die in dieser Studie dokumentierten Veränderungen in der Mitgliederstruktur der KPCh führten aus der Sicht der gegenwärtigen Parteiführung zu vielfältigen organisatorischen Verfallserscheinungen. Seit 2012 versucht die Parteispitze deshalb, die Mitgliedschaft nach den eigenen Vorgaben gezielt zu formen, den Mitgliederzuwachs zu drosseln und dadurch eine verbesserte Qualität und striktere Disziplin innerhalb der Parteiorganisation zu erreichen. Maßnahmen zur Disziplinierung der Parteiorganisation unter Xi Jinping – von aktiver Korruptionsbekämpfung über rituelle Selbstkritik bis hin zu öffentlichen Loyalitätsbekundungen – konnten die Stabilität der Partei zumindest einstweilen und vordergründig wieder herstellen.

Die Disziplinierungsmaßnahmen werden die Pluralisierung der Parteibasis sowie die größer werdende Kluft zwischen Parteibasis und Parteispitze dauerhaft voraussichtlich nicht verdecken können. Xi Jinping und seine Vertrauten setzen auf die einseitige Stärkung der Parteihierarchie, nicht auf Mitspracherechte seitens der Parteimitglieder. Diese Spannung kann etwa im Kontext innenpolitischer und wirtschaftlicher Krisen zu offenen innerparteilichen Konflikten beitragen. (Quelle: MERICS | Mercator Institute for China Studies, China Monitor, 19. Juli 2017)

| <u>Nun das ganze in Zahlen:</u> | 2017 | 2019 |
|--|-----------|-----------|
| Gesamtzahl der Mitglieder: | 89,6 Mio. | 91,9 Mio. |
| Weibliche Parteimitglieder: | 23,9 Mio. | 25,6 Mio |
| Nationale Minderheiten: | 6,5 Mio. | 7,4 Mio. |
| Mitglieder mit Fach- und Hochschulbildung: | 43,3 Mio. | 48,3 Mio. |
| Arbeiter: | 6,7 Mio. | 6,4 Mio. |
| Bauern, Hirten und Fischer: | 25,5 Mio. | 25,6 Mio. |
| Techniker und Angestellte: | 13,6 Mio. | 14,4 Mio. |
| Unternehmer und gemeinn. Organisationen: | 9,5 Mio. | 10,1 Mio. |
| Beamte: | 7,5 Mio. | 7,7 Mio. |

| | | |
|------------------------|-----------|----------|
| Schüler und Studenten: | 1,8 Mio. | 2,0 Mio. |
| Rentner: | 17,5 Mio. | 18,7 Mio |

Quelle: Organisationsabteilung des ZK der KPCh

Schlussfolgerungen:

Die Zahl der Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) hat sich in den vergangenen 30 Jahren auf knapp 90 Millionen verdoppelt. (Dies ist die aktuellste Angabe, für 2016.) Allein zwischen 2005 bis 2016 stieg die Mitgliederzahl um 26 Prozent.

Zugleich hat sich auch die Mitgliederstruktur verändert. Diese widerspiegelt immer mehr die wachsende Uneinigkeit und soziale Spreizung innerhalb der Partei und die fortschreitende Pluralisierung der chinesischen Gesellschaft, besonders in Hinsicht auf Lebensstile, Bildungs- und Vermögensstand.

Um die Funktion KPCh als führende und disziplinierte Führungsorganisation in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu bekräftigen, hat die Parteiführung unter der Führung von 2012 gewählten Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas und Vorsitzender der Zentralen Militärkommission, und seit 2013 Staatspräsident der Volksrepublik China, Xi Jinping seit 2013 den Zustrom neuer Mitglieder deutlich gedrosselt.

Die KPCh hat im Privatsektor und auch in ausländischen Unternehmen binnen nur eines Jahrzehnts 1,8 Millionen Parteiorganisationen aufgebaut. Die Durchdringung der „neuen sozialen Schichten“ und der sich wider bildenden Klasse der Kapitalisten, wie etwa Privatunternehmer, Selbstständige im Dienstleistungssektor, angestellte Fachkräfte – kommt voran, zu langsam meinen westliche Ökonomen. Diese Entwicklung zeigt sich im innerparteilichen Leben. Während die Parteispitze vehement organisatorische Einheit und politische Geschlossenheit einfordert, wird die Parteibasis mit Blick auf soziale Zusammensetzung, politische Interessen und ideologische Präferenzen zusehends uneinheitlicher. Diese Kluft wird bislang dadurch verdeckt, dass die Parteiführung ihre Entscheidungshoheit konsequent durchsetzt und eine Mitwirkung der Parteibasis an der nationalen innerparteilichen Willensbildung nicht zulässt. (Quellen: Organisationsabteilung des ZK der KPCh und Veröffentlichungen.)

4. Die Gesellschaft

4.1. Einkommen und Verteilung

Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 54 US-Dollar gehörte der Staat 1949 bei seiner Gründung zu den ärmsten Ländern der Erde. Über 80 Prozent der Bevölkerung waren besitzlose Bauern, Tagelöhner und Wanderarbeiter.

Die Entwicklung bis 1980 wird von den entsprechenden Gremien ausgeblendet.

Hervorgehoben wird die Entwicklung mit Beginn der Wirtschaftsreformen. Es verbesserten sich seit dem die Lebensumstände und der Wohlstand ab den 1980er Jahren vieler Chinesen enorm. Laut Angaben der Weltbank wandelte sich die Volksrepublik China innerhalb von 30 Jahren von einem Entwicklungsland, in welchem Armut und Hunger für viele Menschen zum Alltag gehörten, zu einem Land mit einem Einkommensniveau im oberen Mittelfeld. Der vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen ermittelte Index der menschlichen Entwicklung (*Human Development Index*), der Indikatoren wie Lebenserwartung, Bildung und Gesundheit einbezieht, stieg 2015 auf 0,738 (Deutschland 0,926), womit China Platz 90 belegt.

Die Einkommensverteilung ist in China sehr ungleich. Je nach Berechnungsmethode liegt der Gini-Koeffizient für die Einkommensungleichheit zwischen 42,2 % und 61 %, wobei die Weltbank Werte oberhalb von 40 % als bedenklich betrachtet. Im Jahre 1980 lag die Ungleichverteilung des Einkommens noch bei 32 %. China ist darüber hinaus das Land mit dem zweitgrößten nationalen Gesamtvermögen: das Privatvermögen der Einwohner in der Volksrepublik belief sich demnach 2017 auf knapp 27.000 US-Dollar pro Erwachsenem. Auch das Vermögen ist äußerst ungleich verteilt; der Gini-Koeffizient für die Ungleichverteilung des Vermögens lag bei 78 % und damit etwas niedriger als in Deutschland, jedoch deutlich höher als bei den Nachbarstaaten Japan und Südkorea oder in anderen Staaten mit ähnlichem Vermögensbestand.

Gemäß dem World Wealth Report stieg die Anzahl der US-Dollar-Millionär in China 2016 auf 719.400. In dieser Statistik sind 314 Milliarden enthalten. Damit gehört die Volksrepublik China hinter den USA, Japan, Großbritannien und Deutschland zu den fünf Ländern mit den meisten Millionären auf der Welt. Viele von ihnen stammen aus Hongkong sowie Macao und waren bereits vor der Rückgabe dieser beiden ehemals sogenannten Vertragshäfen

an China Millionäre. Ein großer Teil der chinaweit neuen Millionäre entspringt der New Economy. Gemessen an der Bevölkerungsdichte lebten 2016 in Hongkong so viele Dollar-Millionäre wie nirgends sonst auf der Welt.

Seit rund vier Jahren leben mehr Milliardäre in China als in den USA, wie CNN mit Verweis auf eine Studie der Beratungsfirma Capgemini schrieb. Statistiken zeigten, dass die superreiche Bevölkerung weltweit um 12,9 Prozent auf 255.810 Menschen stieg und ihr kombinierter Wohlstand um 16,3 Prozent auf 31,5 Billionen Dollar wuchs. Laut der jüngsten Ausgabe des Berichts von *Wealth-X* zu Superreichen hat Hongkong im Jahr 2017 einen Anstieg der extrem wohlhabenden Personen um 31,5 Prozent auf knapp über 10.000 Punkte erlebt. Damit liegt die Stadt noch vor Tokio, Los Angeles, Paris und London, die den dritten bis sechsten Platz belegten. 26 der 30 in den vergangenen fünf Jahren am schnellsten prosperierenden Städte liegen auf dem Festland Chinas.

Der „Billionaires Insight Report“, der von USB gemeinsam mit PricewaterhouseCoopers veröffentlicht wurde, zeigt: Erstmals haben die Milliardäre in Asien ihre Gegenstücke in den USA zahlenmäßig abgehängt. Alle zwei Tage gibt es in Asien einen neuen Milliardär, und die Hitliste der Milliardäre wird von China angeführt. Milliardäre bilden die Speerspitze beim Aufstieg Asiens als wirtschaftlicher Wachstumstreiber. Im Land gibt es mittlerweile über 799 Milliardäre. Diese entstanden hauptsächlich durch Konglomerate und in den Bereichen Immobilien und Industrie.

Die Analyse zeigt, dass der zusammengezählte Reichtum der Milliardäre in Asien jenen der Milliardäre in den USA in wenigen Jahren übertreffen wird, wenn sich die gegenwärtigen Wachstumsverläufe fortsetzen. Asiens wirtschaftliches Momentum und die neuen, technologie-getriebenen Geschäftsmodelle könnten das gegenwärtige Wachstum der Milliardäre fortsetzen. Und die Flut der Multimillionäre und Milliardäre in China und Asien zeigt keine Welle, sich wieder zurückzuziehen. (Vgl. CIIC Beijing, Vgl. Spiegel-Online, 26.10.2018: Milliardärsreport 2018 Alt, männlich, superreich. Weltweit gibt es laut einer neuen Studie mehr Superreiche. Das Vermögen der über 2000 Milliardäre wuchs demnach im vergangenen Jahr so stark wie nie zuvor. In China ist die Entwicklung besonders rasant. Von Stefan Kaiser, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/milliardaere-das-vermoegen-der-superreichen-waechst-und-waechst-a-1235215.html>.)

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die chinesische Regierung auf Grundlage des von ihr seit 1987 propagierten „Sozialismus chinesischer Prägung“ keine Gleichheit der Einkommens- und Vermögensverhältnisse mehr anstrebt, sondern eine allgemeine Wohlstandssteigerung nach dem Leistungsprinzip westlichen Vorbilds verfolgt. Auf diesem Wege wurden nach Ermittlungen der UNO und der Weltbank seit Beginn der Reformen in China etwa 700 Millionen Menschen von der Armut befreit.

Ende 2016 lebten noch 3,14 Prozent der ländlichen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, wovon etwa 43,4 Millionen der rund 1,4 Milliarden Einwohner Chinas betroffen sind. Laut einer Regierungserklärung sollte es in China bis 2020 keine Armut mehr geben. Das Ziel wurde nicht erreicht. Ab 2004 ergriff die chinesische Regierung massive Maßnahmen, um die Armut auf dem Lande gezielt zu bekämpfen. Der Etat für die Landwirtschaft sowie die Tariflöhne für Bauern wurden erhöht, der Aufbau neuer sozialistischer Dörfer angeordnet und Subventionen für Unternehmer bei der Schaffung von Arbeitsplätzen durch Ansiedlung von Industrie und Gewerbe in ländlichen Gebieten gewährt. Seit 2012 wird versucht, das Wirtschaftswachstum auf die Basis der Inlandsnachfrage zu stellen, um einerseits weitere Arbeitsplätze zu schaffen, andererseits um von Exporten und Investitionen unabhängiger zu werden.

4.2. Die Lebenshaltungskosten

Die Lebenshaltungskosten für eine durchschnittliche chinesische Familie lagen 2017 umgerechnet zwischen 80 und 800 Euro im Monat, je nachdem, wo und wie die Familie lebte und welche Art Lebensmittel sie konsumierte. Auf dem Land sind Lebensunterhalt und Verbraucherpreise erheblich niedriger als in Städten. Allgemein kosten Lebensmittel in China wesentlich weniger als beispielsweise in Deutschland. Nur teilweise sind ausländische Produkte teuer. Das gilt jedoch nicht für alle westlichen Marken oder Produkte. McDonalds gab 2017 bekannt, seine 2.500 Filialen im bevölkerungsreichsten Land der Welt bis 2022 auf 4.500 zu erweitern. Es scheint sich also zu lohnen.

4.3. Die Lohnentwicklung

Genau so wenig wie die Kosten für den Lebensunterhalt können die Stundenlöhne in China pauschalisiert angegeben werden. Einen Mindestlohn

gibt es in China seit Ende der 1990er Jahre. Dieser wird grundsätzlich nicht zentral von der Regierung, sondern auf der Ebene von Städten und Provinzen festgelegt. Bei den Tarifverhandlungen gewinnen Gewerkschaften nach westlichem Vorbild zunehmend an Bedeutung. Chinaweit beträgt die Arbeitszeit acht Stunden am Tag und 40 Stunden in der Woche. Monatliche Überstunden sind auf 36 begrenzt und müssen zusätzlich entlohnt werden. Allgemein liegen die Löhne in Küstenregionen höher als auf dem Land. Mit umgerechnet 173 Euro pro Monat hatte die Provinz Qinghai 2017 den niedrigsten Mindestlohn, aber auch die niedrigsten Lebenshaltungskosten zu verzeichnen. Der höchste Mindestlohn wurde 2017 in Shanghai mit monatlich 280 Euro gezahlt, wobei der durchschnittliche Reallohn in der Riesenmetropole bereits 2015 bei umgerechnet monatlich 6.850 Euro lag. Allerdings sind nicht nur die Löhne in Shanghai vergleichsweise hoch, sondern auch die Lebenshaltungskosten. Nur wenige Städte in China haben ähnlich hohe Mieten wie Shanghai.

Laut Angaben des Staatlichen Statistikamtes der Volksrepublik China (NBS) betrug 2014 das Pro-Kopf-Einkommen in ländlichen Gebieten monatlich 8.896 Yuan, in den Städten 26.955 Yuan, was ein durchschnittliches Einkommen aller chinesischen Bürger von 18.311 Yuan (etwa 2.767 US-Dollar) ergab. Seitdem wuchs das verfügbare Einkommen in China schneller als das Bruttoinlandprodukt. Das Pro-Kopf-Einkommen lag im Oktober 2017 bei 19.342 Yuan (etwa 2.930 US-Dollar). In ländlichen Gebieten stieg zwischen 2014 und 2017 das Einkommen um 0,9 Prozent mehr als in urbanen Gebieten und lag für Landbewohner im Durchschnitt bei 9.778 Yuan und für Stadtbewohner bei 27.430 Yuan. Etwa 179,69 Millionen ländliche Arbeiter arbeiteten 2017 außerhalb ihrer Heimatorte. Das entspricht 1,8 Prozent oder 3,2 Millionen Menschen mehr als 2016. Ihr durchschnittliches monatliches Einkommen beträgt 3.459 Yuan (Stand Oktober 2017).

Lohnerhöhungen sind, westlichen Beobachtern zufolge, für den sozialen Frieden sowie für die Steigerung des Binnenkonsums in China essentiell. So sei eine wichtige Legitimationsquelle der KPCh seit Beginn der Reformen das Wachstum des individuellen Einkommens. Allgemein konnte festgestellt werden, dass das Lohngefälle zwischen China und verschiedenen anderen Industriestaaten zunehmend flacher wird. Zum Vergleich: 1999 waren die deutschen Löhne noch 36,5 Mal so hoch wie in China, 2017 nur noch dreimal

höher. Im Durchschnitt haben sich die realen Stundenlöhne in China zwischen 2006 und 2017 verdreifacht und liegen damit höher als in den meisten Schwellenländern sowie einigen EU-Ländern.

Dementsprechend schrumpft der Anteil der chinesischen Bevölkerung mit niedrigem Einkommen kontinuierlich. Gleichzeitig wächst in China eine qualifizierte und gebildete Mittelschicht heran, die größer als die Einwohnerzahl der USA ist. So wird unter Mittelschicht in den Wirtschaftswissenschaften diejenige Gruppe verstanden, die sich in Bezug auf ihr Einkommen oder ihren Besitz weder als reich noch als einkommensschwach oder besitzlos einstufen lässt. McKinsey & Company definiert diese „Middle-Class-Households“ mit einem Gesamteinkommen zwischen 10.000 und 30.000 US-Dollar jährlich und prognostizierte in einem Report von 2013, das zu dieser Mittelschicht bis 2022 mehr als 76 Prozent der chinesischen Bevölkerung zählen wird.

2012 gehörten bereits über 300 Millionen Chinesen zu dieser Gruppe. Bis 2015 erhöhte sich der Anteil derer mit einem jährlichen Gesamteinkommen zwischen 10.000 und 30.000 US-Dollar auf 53 Prozent, respektive in Zahlen auf rund 720 Millionen Chinesen. Davon besaßen 2015, zusätzlich zu ihrem monatlichen Einkommen, 109 Millionen Chinesen ein Sparvermögen zwischen 50.000 und 500.000 Dollar. Dies übertrifft nicht nur die Einwohnerzahl Deutschlands, Österreichs und der Schweiz zusammen: Chinas Mittelschicht ist damit die größte der Welt, sowohl hinsichtlich des Einkommens als auch des Vermögens.

Westlichen Analysten und Wirtschaftsberatern zufolge wird die McKinsey-Prognose spätestens 2022 eintreten, unabhängig davon, wie hoch das chinesische Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren ausfällt. Diese Mittelschicht würde über eine Milliarde Menschen in China umfassen, deren Kaufkraft es einerseits mit der Kaufkraft der Bevölkerung der USA und andererseits mit der Kaufkraft der kompletten Europäischen Union aufnehmen kann.

4.4. Das Rechtssystem

Nach der chinesischen Verfassung und dem Organisationsgesetz für Volksgerichte sind Volksgerichte die Organe der Rechtsprechung des Staates. Es existieren auf den verschiedenen Ebenen lokale Volksgerichte, Sondervolksgerichte und Obere Volksgerichte. Die höchste rechtliche Instanz ist der Oberste Volksgerichtshof in Peking, der die Rechtsprechung der Volksgerichte aller Arten und Ebenen beaufsichtigt. Die lokalen Volksgerichte sind nach der administrativen Gliederung und die Sondergerichte nach den Rechtsbedürfnissen eingerichtet. Alle Richter werden von den Volkskongressen der jeweiligen Ebene gewählt beziehungsweise abgesetzt. Ihre Amtszeit entspricht der Legislaturperiode der Volkskongresse der jeweiligen Provinz. Sie werden durch öffentliche Prüfung und strenge Kontrolle aus den Kandidaten, die die Qualifikation für Richter besitzen, nach ihrem politischen Verhalten und ihren fachlichen Fähigkeiten ausgewählt.

Die chinesische Führung hat in den vergangenen Jahren in mehreren Bereichen bürgerliche „rechtsstaatliche“ Strukturen geschaffen. Westlicher Politiker berichten mit Stolz, dass „bei der Modernisierung des Rechtssystems der chinesische Gesetzgeber bereitwillig auf weltweite Erfahrungen zurückgreift. Große Unterstützung leistet unter anderem die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). In vielen Bereichen sind deutsche Vorlagen oder Empfehlungen inzwischen in Gesetze eingeflossen.“

Das chinesische Zivilrecht besteht zwischenzeitlich aus verschiedenen Gesetzen, die zusammengenommen den Regelungsbereich des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) umfassen.

Bei der Gesetzgebung arbeiten die deutschen Experten insbesondere mit dem Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses, dem Handelsministerium, der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission, dem chinesischen Patentamt und dem Hauptamt für Industrie und Handel zusammen. Im Bereich der Rechtspflege kooperieren die GIZ-Mitarbeiter eng mit dem Obersten Volksgericht, der Nationalen Richterakademie und der chinesischen Rechtsanwaltskammer. Maßgeblich an deutschem und europäischem Wirtschafts- und Zivilrecht orientiert sich des Weiteren, das chinesische Sachenrechtsgesetz, Arbeitsvertragsgesetz, Deliktsrechtsgesetz, Verbraucherschutzgesetz und Arbeitssicherheitsgesetz. Die deutsch-

chinesische Zusammenarbeit im Rechtsbereich hat sich im Laufe der Zeit zu einem der wichtigsten Dialogformate zwischen Deutschland und China entwickelt. Die Volksrepublik China führt mit keinem anderen Staat ein in Art und Umfang vergleichbares Forum.

4.5. Bildung

Das chinesische Bildungswesen hat seine Wurzeln im konfuzianischen Bildungsideal und ist heute nach der International Standard Classification of Education der UNESCO standardisiert. Seine Ausgestaltung liegt in der Verantwortung der Provinzen und Autonomen Regionen („Kulturhoheit“) und wird durch das Ministerium für Bildung in Peking koordiniert, wo gleichfalls gemeinsame Bildungsstandards festgesetzt werden. Ähnlich wie in der Wirtschaftsverwaltung fand in der Bildungsverwaltung der Volksrepublik China eine starke Deregulierung statt: Kompetenzen wurden an untere Ebenen abgegeben, und diese können die Bildungsnormen in finanzieller, personeller und inhaltlicher Hinsicht grundsätzlich autonom umsetzen.

2001 hat die Volksrepublik China einen Alphabetisierungsgrad von 98 Prozent der Bevölkerung erreicht. Seit 2009 belegt China in den Top Ten der Ergebnis-Tabellen der PISA-Studien regelmäßig Spitzenplätze. Das Schulsystem umfasst Vorschulen, Grundschulen und Sekundarschulen, die insgesamt mindestens neun und höchstens zwölf Jahre lang besucht werden, sowie Universitäten. Neben den öffentlichen Schulen ist ein umfangreiches Netz von Privatschulen entstanden. Somit bestehen keine gleichen Bildungschancen für alle mehr. Schulgebühren für die Dauer der Schulpflicht werden landesweit nicht erhoben. Konfuzianische Lehrinhalte sind in verschiedenen Regionen Teil des Bildungskonzeptes.

Die Grundschulzeit dauert grundsätzlich sechs Jahre. Zu den Fächern gehören: Chinesisch, Mathematik, Sport, Naturwissenschaften, Musik und Kunst; ab der 3. Klasse wird Englisch erteilt. Es wird ein schülerzentrierter und handlungsorientierter Unterricht angestrebt. Die Sekundarbildung findet an allgemeinbildenden oder technischen Mittelschulen statt und ist aufgeteilt in drei Jahre Unterstufe und drei Jahre Oberstufe. Hier werden Chinesisch, Mathematik, eine Pflichtfremdsprache (meist Englisch), Physik, Chemie, Biologie, Technik, IT, Sport, Kunst, Musik, Ethik, Wirtschaftskunde, Geschichte und Erdkunde gelehrt. Das Gao Kao bezeichnet die

Abschlussprüfung im chinesischen Sekundarsystem, das ein Studium an Universitäten ermöglicht. Diese Prüfung ist die Abschlussprüfung der zwölfjährigen Schulbildung und vergleichbar mit dem Abitur in Deutschland.

1995 verabschiedete das chinesische Ministerium für Bildung das Projekt 211, bei welchem etwa einhundert Hochschulen speziell gefördert wurden, um im 21. Jahrhundert das Niveau westlicher Spitzenuniversitäten zu erreichen. Zu den weltweit als Eliteuniversitäten anerkannten Hochschulen des Landes zählen zwischenzeitlich unter anderem die Universität Peking, Tsinghua-Universität, Chinesische Volksuniversität, Fudan-Universität, Jiatotong-Universität Shanghai, Zhejiang-Universität, Chinesische Universität für Wissenschaft und Technik, Universität Nanjing, Jiatong-Universität Xi'an, Sun-Yat-sen-Universität (Guangdong)

Nach der offiziellen Statistik des chinesischen Bildungsministeriums gab es 2015 in China 2.560 staatlich anerkannte Hochschulen (Universitäten und Colleges), 292 Institutionen für die Erwachsenenhochschulbildung und 813 weitere tertiäre Bildungseinrichtungen. Nur 75 Universitäten unterstehen direkt dem Bildungsministerium. Grundsätzlich ist das Hochschulstudium gebührenpflichtig, wobei es mehrere Möglichkeiten von Stipendien, Darlehen oder – insbesondere für die Landbevölkerung – des Erlasses von Studiengebühren gibt.

Die Bildungsausgaben in der Volksrepublik China sind seit 2005 deutlich gestiegen. 2012 wurden bereits 4,11 Prozent des Bruttoinlandproduktes in den Bildungsbereich investiert. Damit lag China in etwa gleichauf mit Deutschland; beide Länder allerdings deutlich unter dem Jahresdurchschnitt der OECD von 5,3 Prozent. 2015 betrugen die Bildungsausgaben nach offiziellen Angaben bereits 4,26 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die Wucht, mit der China auf den Hochschulmarkt drängt, ergibt sich zunächst durch seine schiere Größe. 2014 waren bereits 42 Millionen Chinesen an Universitäten eingeschrieben. Zum Vergleich: In Deutschland studieren knapp drei Millionen Menschen, europaweit sind es 20 Millionen. Die Volksrepublik ist in absoluten Zahlen damit die größte Hochschulnation der Welt. Vor allem in den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern wurde die Forschung und Internationalisierung vorangetrieben: Die meisten anerkannten Patente kamen 2015 aus China (825.136), gefolgt von den USA

(571.612) und Japan (328.436). In dieser Folge verlagern ausländische Unternehmen neben der Produktion zunehmend ihre Forschung und Entwicklung ebenfalls nach China.

2015 studierten 712.157 Chinesen im Ausland, überwiegend in den USA, Großbritannien oder Australien. Galt Deutschland für chinesische Auslandsstudierende aufgrund eines allgemein positiven Deutschlandbildes in China vor wenigen Jahren als bevorzugtes und besonders sicheres Zielland, so hat sich diese Wahrnehmung nach Angaben des Deutschen Akademischen Austauschdienstes im Zuge der deutschen Flüchtlingspolitik, terroristischer Anschläge und dem Sexualmord an einer chinesischen Studentin in Dessau (2016) gewandelt. Hingegen steigt die Anzahl deutscher Studierender in China rasant. 2017 haben sich 8.193 Deutsche an chinesischen Hochschulen eingeschrieben, was einen Anstieg von 31 Prozent zum Vorjahr darstellt.

Bildungspolitisch fördert die Regierung der Volksrepublik China zudem die Entwicklung des privaten Bildungssektors. Privatschulen gibt es auf allen Ebenen des Bildungssystems. Zahlenmäßig ist der private Sektor in den letzten Jahren angestiegen, spielt aber im Vergleich zum staatlichen eine untergeordnete Rolle. Um den Besuch privater Schulen zu fördern, sind alle staatlichen Leistungen wie Stipendien, Studiendarlehen und andere Zuwendungen für Schüler privater Schulen genauso erhältlich wie für Schüler öffentlicher Schulen. Ende 2016 existierten in China 171.000 Privatschulen, etwa 8.000 mehr als im Jahr zuvor. 48,25 Millionen Schüler besuchten diese Schulen, ein Anstieg von 2,54 Millionen.

4.6. Das Versicherungssystem

Das chinesische Sozialversicherungssystem umfasst insgesamt fünf Versicherungszweige, die Krankenversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsunfallversicherung und Mutterschaftsversicherung. Das Sozialversicherungssystem ist nach westlichem Vorbild organisiert. Da aber die Verfassung der Volksrepublik China den einzelnen Verwaltungseinheiten unter anderem in steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Belangen eine große Autonomie gewährt, sind die Leistungen sowie die zu entrichtenden Beiträge in den verschiedenen Städten und Provinzen höchst unterschiedlich geregelt. Für alle Regionen

gelten jedoch Vorschriften der Zentralregierung, die landesweit nicht unterschritten werden dürfen.

2012 öffnete China seinen Versicherungsmarkt für ausländische Unternehmen. Seitdem hat sich China für Assekuranzen zum weltweit größten Wachstumsmarkt entwickelt. Der Hauptgrund dafür besteht in der noch immer geringen, jedoch rasant steigenden Durchdringung des Landes mit Versicherungsprodukten, insbesondere privater Krankenversicherungen. Vertreten sind mittlerweile alle großen Versicherungsunternehmen. An die Spitze der ausländischen Gesellschaften will sich die deutsche Allianz setzen und nach eigenen Angaben „die chinesischen Versicherungen angreifen“. Im März 2017 veröffentlichte die Allianz eine echnung, nach der im Jahr 2016 von rund 150 Milliarden Euro zusätzlich eingenommener Prämien rund 70 Milliarden Euro auf einen einzigen Markt entfielen: China. Dies verleitete die Konzernleitung zu der nicht nur in Versicherungskreisen viel beachteten Aussage: „Ohne China ist alles nichts.“

4.7. Das Gesundheitswesen

Bei Gründung der Volksrepublik lag die Lebenserwartung bei durchschnittlich 40 Jahren. Dazu trugen mangelhafte Ernährung, kaum vorhandene medizinische Versorgung und damit verbunden die hohe Verbreitung von übertragbaren Krankheiten bei. Die durchschnittliche Lebenserwartung der chinesischen Bevölkerung stieg bis 2016 auf 76,5 Jahre und liegt damit auf dem Niveau der Industrienationen. Das gleiche gilt für Übergewicht, Atemwegserkrankungen, Krebs, Schlaganfall, Herzinfarkt, Rauchen, ungesundes Essen – auch der westliche Lebensstil ist in China mit seinen negativen Begleiterscheinungen angekommen.

Das rasante Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahrzehnten ermöglicht es China, erhebliche Finanzmittel in den Auf - und Ausbau seines Gesundheitssystems zu investieren. Dabei sind die Herausforderungen, wie die demographische Überalterung, der Ausbau der ländlichen Gesundheitsvorsorge, die Weiterentwicklung der staatlichen Versicherungssysteme sowie die Zunahme von Zivilisationskrankheiten, zwar die gleichen, die andere Industriestaaten ebenfalls zu bewältigen haben, jedoch sind die Dimensionen im bevölkerungsreichsten Land der Erde gewaltig.

2017 existierten landesweit rund 28.000 Krankenhäuser, etwa 4.000 Kliniken für traditionelle chinesische Medizin, 37.015 Krankenstationen, 33.965 örtliche Gesundheitsstationen und 195.176 Ambulanzen. Insgesamt verfügte die Volksrepublik China 2017 über ein medizinisches Netzwerk mit 980.000 ärztlichen Institutionen, 11 Millionen Angestellten und 7 Millionen Betten, das sowohl städtische wie ländliche Regionen erreicht.

Auf dieser Basis hat sich China zu einem der wichtigsten Absatzmärkte für Medikamente und Medizintechnik entwickelt. Fast alle großen westlichen Pharmakonzerne und Hersteller von medizinischen Geräten sind vor Ort mit eigenen Werken präsent. Die Zahl der Medikamente westlicher Herkunft, die von den staatlichen Krankenversicherungen erstattet werden, stieg zwischen 2009 und 2017 von 133 auf 1297. Das entspricht der Hälfte der Arzneimittel, welche bei chinesischen Krankenkassen erstattungsfähig sind

Um private Investoren aus dem In- und Ausland für den Medizin- und Gesundheitsbereich zu gewinnen, wurden bürokratische und politische Hürden verringert. 2017 befanden sich bereits rund 60 Prozent der chinesischen Krankenhäuser in privater Hand. In den Kliniken selber zwingt die schiere Masse an Patienten die Krankenhäuser dazu, Prozesse maximal effizient zu organisieren. Über 10.000 Patienten werden täglich durch die Ambulanzen der Mega-Krankenhäuser in China geschleust. In Zhengzhou eröffnete 2016 das weltweit größte Krankenhaus seine Pforten. Der neu gebaute Komplex hat eine Fläche von 740.000 Quadratmetern, verfügt über 10.000 Betten und versorgt jährlich rund fünf Millionen Patienten. Zum Vergleich: Der komplette Helios-Konzern versorgt pro Jahr 3,9 Millionen ambulante Patienten in seinen über 200 Einrichtungen in Deutschland.

Als sehr weit fortgeschritten gilt die IT-Infrastruktur in chinesischen Krankenhäusern. Bei der Einführung eines landesweiten DRG-Systems greift das chinesische Gesundheitsministerium auf deutsche Erfahrungen zurück. Geplant ist außerdem die Einführung von Fallpauschalen und Sonderentgelten nach deutschem Vorbild. Trotz der gewaltigen Investitionen ist die medizinische Versorgung für die 1,4 Milliarden-Bevölkerung gegenwärtig noch unzureichend, soll jedoch bis 2020 im ganzen Land westliches Niveau erreicht haben. Zahlen liegen dazu nicht vor. 2014 kamen in China im Durchschnitt zwei Ärzte auf 1000 Einwohner (in Deutschland sind es vier).

Des Weiteren fördert die Zentralregierung in Peking seit 2016 verstärkt die traditionelle chinesische Medizin (TCM). Das chinesische Gesundheitsministerium betont dabei einerseits, dass die TCM vollständig in China entwickelt wurde und sich in über zweitausend Jahren bewährt habe; andererseits wird durch den Ausbau der Versorgung mit traditioneller Medizin offensiv eine Reduzierung der Gesundheitsausgaben angestrebt.

4.8. Außenpolitik

Schwerpunkte der chinesischen Außenpolitik sind die Absicherung der inneren Entwicklungsprozesse, ein stabiles regionales Umfeld, sichere Rohstoff- und Handelswege, sowie die Beziehungen zu wichtigen Partnern, den USA, Russland, der EU sowie Chinas unmittelbaren Nachbarn. Dabei stellt das Projekt *Neue Seidenstraße* („One Belt, One Road“) einen der wichtigsten außenwirtschaftspolitischen Pläne der Volksrepublik China dar. Gleichzeitig möchte China die Wirtschaftsbeziehungen zu seinen Nachbarn weiter ausbauen.

Als bevölkerungsreichstes Land der Erde, ständiges Mitglied des Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, Nuklearmacht und dynamische Volkswirtschaft strebt China verstärkt nach Mitwirkung in allen bedeutenden weltpolitischen Fragen und verfolgt dabei selbstbewusst seine nationalen Interessen. Die Volksrepublik China ist Mitglied der G 20 und der BRICS-Staaten und wirkt bei der Gestaltung des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems aktiv mit. China hat die Gründung der New Development Bank und der Asiatischen Infrastrukturinvestitionsbank vorangetrieben, die 2015 gegründet wurde. Deutschland gehört zu den Gründungsmitgliedern.

Ausländische Investoren erhalten weitere Zusicherungen. Chinas Regierung hat Ende Oktober weitere Maßnahmen zur Stärkung der Rechte ausländischer Unternehmen im Land beschlossen.

Auf einer Sitzung des Politbüros unter Vorsitz von Xi Jinping wurde betont, dass die Reform und Öffnung weiter vorangetrieben werden müsse, um eine effektive Antwort auf die Veränderungen des außenwirtschaftlichen Umfelds zu finden und eine stabile Leistung der chinesischen Volkswirtschaft aufrechtzuerhalten. China werde sich auch weiterhin proaktiv für ausländische Investitionen stark machen und die legitimen Interessen von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung schützen. Im Vordergrund stünden die

Bemühungen um die Stabilisierung des Arbeitsmarktes, des Finanzsektors, des Außenhandels und der Investitionen. Die ausländischen Direktinvestitionen stiegen in den ersten neun Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,9 Prozent in Renminbi und um 6,4 Prozent in US-Dollar.

Die langfristige „gesunde“ Entwicklung des Kapitalmarkts soll gefördert werden, wobei vor allem die Vitalität des Marktes gestärkt und das System verbessert werden sollen, hieß es. Es sei auch wichtig, den Lebensunterhalt der Bevölkerung im Winter, insbesondere die Wärmeversorgung der Bevölkerung, sicherzustellen und dafür zu sorgen, dass die Gehälter der Wanderarbeiter pünktlich und vollständig bezahlt werden.

4.8.1. China - USA

Von besonderer Bedeutung der chinesischen Außenpolitik ist seit Anfang der 1970er Jahre das Verhältnis zu den USA. China ist grundsätzlich aus übergeordneten Interessen und der engen finanz- und wirtschaftspolitischen Verzahnung der beiden Staaten an einem funktionstüchtigen bilateralen Verhältnis interessiert. Jedoch wird dieses Verhältnis durch die Drohungen der US-Regierung gegenüber China und aktuell dem Wirtschaftskrieges gegen China stark belastet, ebenso mit den US-Waffenlieferungen nach Taiwan und der Unterhaltung von Militärstützpunkten im südchinesischen Meer.

4.8.2. China - Taiwan

Deutschland unterstützt zur Lösung der „Taiwanfrage“ eine friedliche Wiedervereinigung mit dem kapitalistischen Taiwan. Das ist nach Beurteilung des deutschen Auswärtigen Amtes eines der Hauptziele chinesischer Politik. Ein historisches Ereignis stellte 2015 das Ma-Xi Treffen dar, bei welchem sich die Präsidenten der Republik China, Ma Ying-jeou, und der Volksrepublik China, Xi Jinping, erstmals in der Geschichte der beiden Staaten die Hand reichten. Bei der Zusammenkunft fielen Sätze wie: „Wir sind eine Familie“, „Keine Macht könne China und Taiwan voneinander trennen“, „Beiderseitige Beziehungen müssen auf Weisheit und Geduld gründen“.

4.8.3. China - Südkorea

Seit 2013 erfolgte eine Annäherung zwischen China und Südkorea. Infolge des Stationierens von US-THAAD-Raketen-Systemen in Südkorea 2017 sind diese die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und Südkorea belastet.

4.8.4. China – DVRK

Gleichfalls ungünstig entwickelt sich das Verhältnis zwischen China und der DVRK. Seit 2016 stimmt China verschärften UN-Sanktionen gegenüber der DVRK zu und begrenzte beispielsweise Anfang 2017 sehr stark nordkoreanische Kohleexporte nach China, eine der wichtigsten Devisenquelle für die DVRK. Im September 2017 ordnete die chinesische Regierung ferner die Schließung von nordkoreanischem Unternehmen an. Diese und Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischen Partnern mussten demzufolge den Betrieb einstellen. Ein vollständiges Wirtschaftsembargo lehnt China jedoch ab, um eine Destabilisierung beziehungsweise einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Nordkoreas zu verhindern. Dabei geht die chinesische Führung davon aus, dass China im Falle einer Eskalation die Hauptlast bei der Aufnahme von Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen tragen muss. Den Schlüssel zur Lösung der sensiblen Situation auf der Koreanischen Halbinsel sieht China in einer dringend notwendigen Verbesserung des Verhältnisses zwischen den USA und der DVRK.

4.8.5. China - Russland

Die chinesisch-russischen Beziehungen sind seit Jahrhunderten schwierig, können jedoch gegenwärtig als kooperativ bezeichnet werden. Da China von den USA nicht mehr als Gegengewicht zu Russland betrachtet wird, sondern als wirtschaftlicher Rivale, haben beide Länder ihre Beziehungen verstärkt, um zusammen den Hegemoniebestrebungen der Vereinigten Staaten zu widerstehen. China und Russland ratifizierten 2008 einen Vertrag, in welchem insbesondere die Grenze zur Äußeren Mandschurei anerkannt und festgeschrieben wurde, die seit den sogenannten *ungleichen Verträgen* (Die sogenannten Ungleichen Verträge wurden zwischen Mitte des 19. Jahrhunderts und dem Ersten Weltkrieg zwischen den „westlichen“

Fremdmächten Großbritannien, Frankreich, USA, Russland und Japan einerseits sowie China, Korea, Persien und Siam andererseits geschlossen. Sie sahen vielfältige Souveränitätsbeschränkungen auf den Gebieten der Politik, der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit vor.) bis zum Ende der Sowjetunion einen Dauerkonflikt darstellte. Außenpolitisch kooperieren die beiden Staaten oft eng im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder in wirtschafts- und energiepolitischen Angelegenheiten der BRICS-Staaten. China ist aufgrund seines großen Energiebedarfs an Öl-, Gas- und Stromlieferungen aus Russland interessiert. Zudem ist Russland Chinas wichtigster Partner im Rüstungsbereich.

4.8.6. China - Japan

Hingegen entwickelt sich das Verhältnis Chinas zu Japan seit 2012 wegen der offenen Territorialkonflikte im Chinesischen Meer nebst der antijapanischen Demonstrationen in chinesischen Städten zwiespältig. Eine anhaltende Konfliktquelle ist die zunehmende Präsenz chinesischer und japanischer Schiffe in den umstrittenen Gewässern. Die historisch belasteten chinesisch-japanischen Beziehungen bleiben gekennzeichnet von gegenseitigem Misstrauen, wenngleich grundsätzlich Übereinstimmung besteht über die Bedeutung guter bilateraler Verhältnisse.

4.8.7. China - Indien

In den letzten Jahren konnte eine pragmatische Normalisierung der Beziehungen zwischen China und Indien verzeichnet werden, auch bezüglich des Tibet-Status. Im Hintergrund steht eine sehr dynamische Entwicklung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Kontroversen bestehen über den Versuch Indiens, in die Nuclear Suppliers Group aufgenommen zu werden.

4.8.8. China Pakistan

Pakistan betrachtet China als traditionellen Freund und sich selbst als einen der engsten Verbündeten Chinas. Peking ist vor allem in der pakistanischen Energiewirtschaft und beim Ausbau der Infrastruktur engagiert. Der China-Pakistan Economic Corridor ist wichtiger Teil des One-Belt-One-Road-Projektes.

4.8.9. China – Deutschland

Die Beziehungen zwischen Deutschland und China sind derzeit so intensiv wie nie zuvor. Das gilt insbesondere für die wirtschaftliche Kooperation zwischen den beiden Ländern. Deutschland ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner Chinas in Europa. Umgekehrt ist China wirtschaftliches Partnerland Nummer eins für Deutschland in Asien. Das bilaterale Handelsvolumen lag 2016 bei knapp 170 Mrd. Euro. Dabei entfielen 76 Mrd. Euro auf deutsche Exporte nach China und knapp 94 Mrd. Euro auf chinesische Exporte nach Deutschland. Damit ist China – noch vor Frankreich und den USA – Deutschlands wichtigster Handelspartner. Die meisten importierten Waren in Deutschland kommen aus dem „Reich der Mitte“.

Der Bestand deutscher Direktinvestitionen in China betrug im Jahr 2015 69,5 Mrd. Euro. Der Bestand der chinesischen Direktinvestitionen hat sich seit 2004 versechsfacht und lag Ende 2015 bei 2,2 Mrd. Euro.

Im Exportsektor war der chinesische Markt vor allem in den Bereichen Maschinenbau, Kfz_und KFZ-Teile, Elektrotechnik sowie Chemie für deutsche Unternehmen von zentraler Bedeutung, bei Investitionen dominierten neben den Sektoren Maschinen- und Anlagenbau vor allem die Chemie- und Automobilbranche. In allen wichtigen Wirtschafts- und Industriebereichen bestehen enge Beziehungen zwischen Deutschland und China. Auch die Kooperation in Wissenschaft und Bildung und hier vor allem bei der Ausbildung von Fachkräften gehört zu den Schwerpunkten der Zusammenarbeit.

Die wirtschaftspolitische Kooperation zwischen Deutschland und China orientiert sich eng an den wirtschaftspolitischen Zielen der chinesischen Regierung, formuliert im 13. Fünfjahresplan (2016-2020).

Der Plan bekräftigt das Ziel einer Verdoppelung der Einkommen und der Wirtschaftsleistung bis 2020 gegenüber 2010 und sieht ein jährliches Wirtschaftswachstum von 6,5% „oder mehr“ vor. Die Wirtschaft soll mit Forschung und Innovation neue Triebkräfte entwickeln. Der Dienstleistungssektor soll wachsen und Überkapazitäten in der Industrie abgebaut werden. Die Regierung verspricht weiter hohe Investitionen in die Infrastruktur und mehr Anstrengungen im Umweltschutz.

Im Fokus einer 2015 beschlossenen „Made in China 2025“-Strategie stehen zehn Industrien, unter anderem die Luft- und Raumfahrt,

Hochgeschwindigkeitszüge, Elektromobilität und der Ausbau der Stromnetze. Hier will China seine Produktionsanlagen modernisieren und ausländische Technologieimporte durch eigene Innovationen ersetzen. In allen Sektoren ist die deutsche Wirtschaft stark vertreten. Damit stellt die Strategie für die deutsche Wirtschaft eine starke Herausforderung dar, bietet durch ihre Fokussierung auf Automatisierung und Digitalisierung der Industrie aber auch neue Chancen.

Die Wirtschaftsabteilungen der Botschaft und Generalkonsulate verstehen sich als „Dienstleistungsunternehmen“. Hauptaufgabe ist die Förderung von Handel und Investitionen zwischen Deutschland und China. Wichtigste „Kunden“ sind die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft. Für beide analysiert die Abteilung die Entwicklung des chinesischen Wirtschafts- und Reformprozesses, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Chancen und Risiken des Marktes. Die Wirtschaftsabteilung kommuniziert in wirtschaftspolitischen Fragen mit der chinesischen Regierung. Sie ist erster Ansprechpartner für die chinesische Regierung in Fragen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und für die Organisation und Betreuung offizieller Delegationen. Die Wirtschaftsabteilung der Botschaft Peking bearbeitet circa 800 bis 1000 Einzelanfragen aus der Wirtschaft und betreut rund 40 deutsche Delegationen in China pro Jahr. Rund 60 Messen werden pro Jahr mit finanzieller Beteiligung der deutschen Regierung durchgeführt und unterstützt.

5. Korruption in China

Korruption ist in China bereits seit Jahrhunderten ein Problem. Zum Sieg der Kommunistischen Partei im Jahre 1949 hatte die Korruption in Chiang Kai-Sheks Verwaltung wesentlich beigetragen. Von der Gründung der Volksrepublik bis in die frühen 1980er Jahre spielte Korruption eine geringe Rolle und wurde vor allem mit politischen Kampagnen bekämpft.

Die im Gefolge der Wirtschaftsreformen aufkommende Korruption veranlasste die Partei jedoch schnell, Disziplinarkommissionen und Überwachungsorgane einzusetzen. Heute ist Korruption ein Ausdruck der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse und ein Kernpunkt der Unzufriedenheit der Bürger. Sie wird als größtes soziales Übel gesehen. Immer ausgreifendere Korruptionsfälle untergraben das Ansehen der Partei,

weil sie teils auch höchste Parteimitglieder betreffen. Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International e.V. lag die VR China 2016 unter 176 Ländern zusammen mit Indien, Weißrussland, und Brasilien auf dem 79. Platz, sie gehört zu den ostasiatischen Staaten mit dem stärksten Korruptionsproblem. Die Zahl der aufgedeckten Fälle und die Summen, die dabei gezahlt wurden, steigen schneller als das Wirtschaftswachstum.

Zu den Delikten, um die es bei den meisten Korruptionsfällen geht, gehören das illegale Aneignen von öffentlichem Eigentum (Land, Bodenschätze oder Staatsbetriebe), die Unterschlagung staatlicher Gelder und der Ämter- und Stimmenkauf. Dort, wo der Staat keine feste Kontrolle über zahlreiche Ressourcen besitzt, wo zwischen öffentlichem und privatem Eigentum keine scharfe Trennung existiert, wo Transparenz und Funktion des Rechtssystems mangelhaft sind sowie die omnipräsenten Guanxi-Beziehungen bieten der Korruption einen idealen Nährboden.

Obwohl die Korruption in China ausländische Investitionen kaum behindert hat und insgesamt nicht so zerstörerisch wirkt wie in Afrika oder Russland, sind die Kosten hoch: Öffentliche Ressourcen werden verschwendet, das Misstrauen der Bürger gegenüber Staat und Partei wächst, die Ungleichheit von Einkommens- und Vermögensverteilung wächst ebenfalls, Regierungspolitik wird umgangen, die führende Rolle der Partei und damit die Stabilität des Systems wird geschwächt. Die Bevölkerung ist skeptisch über die Erfolgsmeldungen der Antikorruptionskampagnen. Wenngleich zahlreiche Verfahren wegen Korruption eröffnet wurden und auch hohe Politiker (Zkou Yongkang, Bo Xilai, oder der im Jahr 2000 wegen Korruption hingerichtete Cheng Kejie) verurteilt wurden, so sind gegen Parteifunktionäre ohne Zustimmung höherer Parteiorgane keine Strafverfahren möglich. Somit ist das Risiko für korrupte Funktionäre niedrig.

Redaktion offen-siv: Fazit

Wir haben jetzt einige Schlaglichter auf die innere Aufweichung des Sozialismus dargestellt.

Es erscheint uns unwahrscheinlich, dass es bei diesen Auseinandersetzungen um Diskussionen unter Genossen/innen geht. In Ungarn warf man sich

gegenseitig jedenfalls gern ins Gefängnis bzw. musste fliehen. In China gab es zum Zeitpunkt der grundsätzlichen Weichenstellung zwischen planwirtschaftlicher und marktwirtschaftlicher Entwicklung gegen die Vertreter der Planwirtschaft (die so genannte „Viererbande“) Todesurteile, die später in lebenslange Haft umgewandelt wurden.

Inhaltlich ist die Sache eindeutig: es geht um Kämpfe zwischen Kommunismus und Kapitalismus, um Voranschreiten auf dem revolutionären Weg oder um die Kehrtwende zur Konterrevolution.

Deshalb muss ein Reflexion organisiert werden, wie denn zu verhindern wäre, dass die „Theorie von der sozialistischen Marktwirtschaft“ die Mehrheit in einer oder mehreren kommunistischen Parteien erringt. Wie ist zu gewährleisten, dass die Partei dem Treiben der Rechtsabweichler nicht so lange zuschaut, bis die Konterrevolution einen Machtfaktor, eine Fraktion in der Partei stellt, sondern dass man diese möglichst früh, so lange der Feind noch schwach, aus der Partei entfernt? Wenn man sich das Patt der innerparteilichen Kräfte, wie es einige Jahre in der ungarischen und der polnischen Partei existiert hat, ansieht, wird deutlich, dass frühes Handeln (wie in der Sowjetunion in den Stalin-Jahren) absolut notwendig ist.

Man halte sich vor Augen: Opportunismus und Revisionismus haben die Parteien der alten, revolutionären Sozialdemokratie Ende des 19. /Anfang des 20. Jahrhunderts in antisozialistische Parteien verwandelt, die nicht unwesentlich daran beteiligt waren, dass der Erste Weltkrieg möglich wurde, und Opportunismus und Revisionismus haben nach dem II. Weltkrieg viele der nach dem Verrat durch die Sozialdemokratie gegründeten kommunistischen Parteien in gleicher Weise zerstört bzw. in reformistische Formationen umgewandelt.

Nur drei Beispiele einstmals großer, stolzer und einflussreicher kommunistischer Parteien Westeuropas: Die Kommunistische Partei Spaniens versank im Sumpf des Eurokommunismus, stimmte der konstitutionellen Monarchie und einem Mehrparteiensystem zu. Nach etlichen Spaltungen verloren die Kommunisten in Spanien in außerordentlicher Weise an Bedeutung. Die Kommunistische Partei Frankreichs hielt zunächst am Marxismus-Leninismus fest, bevor sie in den 70er Jahren zum Eurokommunismus umschwenkte, ihre „Mutation“ vornahm, sich vom so

genannten „Sowjetkommunismus“ distanzierte, was 2013 darin gipfelte, die Embleme Hammer und Sichel abzulegen. Es gab Abspaltungen und Probleme. Bei der Parlamentswahl 2017 bekam die Partei noch 2,49 % der Stimmen. Die Kommunistische Partei Italiens galt in den 70er Jahren des 20. Jahrhundert noch vor der KPF und der KPE als wichtigste Vertreterin des Eurokommunismus. Man verstieg sich zu der Behauptung, dass die NATO ein Garant des italienischen Weges zum Sozialismus sein könne. 1991 wandelte sich die KPI um in die „Partito Democratico de la Sinistra - demokratische Linkspartei - (Gregor Gysi ließ sich dort beraten), es gab die kommunistische Abspaltung der „Rifondazione“, die aber später selbst vom Revisionismus zerstört wurde.

Das sind einige Beispiele für konterrevolutionäre Erfolge, die die Bourgeoisie im direkten Angriff, sei er von „wehrhaften Demokratien“ oder vom Terror des Faschismus ausgegangen, nicht erreicht hat. Das sollten wir nie vergessen.

Und ebenso wenig sollten wir vergessen, dass das eben Gesagte genauso für sozialistische Staaten gilt: Im direkten Angriff war die Sowjetunion nicht zu bezwingen. Mittels der inneren Aufweichung ist das gelungen. Kurt Gossweiler nannte es eine Jahrhundertkatastrophe.

Die DDR und die UdSSR Anfang der 1960er Jahre

Niederschrift eines Gesprächs des Genossen N. S. Chruschtschow mit dem Genossen W. Ulbricht, 1. August 1961

Aktenvermerk: Geheime Verschlussache, 2. Ausfertigung, E-65/61, Sekretariat des Ministers für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik, Heinz Hoffmann⁴³, Stempel: „Archiv“

⁴³ Heinz Hoffmann war 1960 auf Willi Stoph ins Amt des Ministers für Nationale Verteidigung gefolgt. 1985 übergab er das Amt an Heinz Keßler. Dieser amtierte von da an bis zum 18. November 1989. Die Konterrevolution entfernte ihn aus dem Amt, sein Nachfolger wurde Theodor Hoffmann, der im April 1990 von keinem

Die schriftliche Kopie dieses Gespräches bekamen wir aus dem Nachlass Kurt Gossweilers. Auf „Chronik der Mauer.de“ steht das Gespräch aktuell im Netz. Zuerst veröffentlicht wurde es von Welt-online im Jahr 2009, ist dort heute aber nicht mehr zugänglich. Bei Welt-online wurde und bei „Chronik der Mauer“ wird als Quelle angegeben: Prasidentenarchiv der Russischen Föderation / Staatsarchiv für Zeitgeschichte, Moskau. Die Fassungen des Dokumentes aus dem Archiv des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR und aus dem Prasidentenarchiv der Russischen Föderation sind identisch.

Wir drucken das Gespräch hier, weil wir es für sehr aufschlussreich halten. Es geht weit über das hinaus, was der Name der Webseite „Chronik der Mauer“ vermuten lässt.

Es geht eben nicht nur um Vorgespräche zur Grenzsicherung der DDR, sondern auch und umfangreich um ökonomische Probleme, z.B. den Außenhandel mit kapitalistischen Ländern, Fragen der Landwirtschaft (vor allem Kollektivierung), um die Vertragstreue unter den Ländern des RGW, überhaupt um den Zustand des RGW, um die Diversionsarbeit des „Westens“, - und die informellen Dinge sind genauso interessant: der politischer Horizont Chruschtschows, der Umgang Chruschtschows mit Ulbricht, die Art, wie Chruschtschow über führende Persönlichkeiten anderer Parteien spricht, überhaupt sein personalisierter Blick auf gesellschaftlicher Vorgänge, der Mangel an Konsens zwischen Chruschtschow und Ulbricht und die kaum vorhandene Beschlussfreudigkeit während dieses Gespräches. Es wäre äußerst interessant zu wissen, mit welchen Gedanken Walter Ulbricht nach diesem Gespräch zurück nach Berlin gereist ist.

Wir haben historische Vorkommnisse, auf die im Gespräch Bezug genommen wird, in Anmerkungen kurz erläutert und ebenso Kurzbiographien der im Gespräch erwähnten Personen eingefügt – ebenfalls in Anmerkungen.

Redaktion offen-siv

Geringeren als Rainer Eppelmann beerbt wurde, dann mit dem neuen Titel: Minister für Abrüstung und Verteidigung.

N. S. Chruschtschow: Ich habe Ihre Rede gelesen⁴⁴ und habe keine Einwände. Die Rede gefällt mir, darin sind die richtigen Fragen gestellt.

Vielleicht noch eine kleine Anmerkung, weniger eine Anmerkung als eine Meinung zu einer einzelnen Formulierung. Man kann es so oder auch anders sagen. In Ihrer Rede werden gute Argumente angeführt, bessere als unser Außenministerium sie liefert. Ich werde Ihr Material für meine Rede nutzen, diese und jene Anleihe nehmen. Ihre Rede enthält gute Fakten. Ich habe das Außenministerium gebeten, mir solche Fakten zu liefern, aber das ist bisher nicht geschehen. Danke, dass Sie es getan haben.

Meine Anmerkung betrifft Seite 14. Dort wird die Frage gestellt, was zu tun sei, und es heißt: „Wir nehmen an, dass die Sowjetregierung den Westmächten den Vorschlag unterbreiten wird, Verhandlungen

⁴⁴ Mit ziemlich großer Sicherheit handelt sich bei der angesprochenen Rede Ulbrichts um einen Entwurf einer Rede für das Treffen von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien, das vom 10. November bis 1. Dezember 1960 in Moskau stattgefunden hat.

Zur historischen Einordnung dieses Treffens der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien 1960: 1955 wurde Tito als Person und der Titoismus als Ideologie von Chruschtschow rehabilitiert, gleichzeitig propagierte die sowjetische Führung das Prinzip des „Nationalkommunismus“, was ganz platt ausgedrückt sagt: Es sind keine gemeinsamen Entscheidungen notwendig, stattdessen kann jedes sozialistische Land tun, was es für richtig hält. Kurt Gossweiler war der Auffassung, dass das so propagiert wurde, damit die Sonderwege Polens und Jugoslawiens gedeckt waren. 1956 fand der XX. Parteitag der KPdSU statt und mit ihm die Stalin-Verdammung, gleichzeitig erhob die Konterrevolution in Ungarn ihr Haupt und auch in Polen gab es Unruhen. 1958 begann die Sowjetunion auf Chruschtschows Vorschlag, die Maschinen- und Traktorenstationen aufzulösen und die landwirtschaftlichen Maschinen an die Kollektivwirtschaften zu verkaufen. Bei einem Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien 1957 bezeichneten diese den Revisionismus als Hauptgefahr. Diese Formulierung wiederholte das Treffen vom 10. November bis 1. Dezember 1960. Trotzdem wurde eine Spaltung der kommunistischen Weltbewegung bei diesem Treffen nur nach langem Streit gerade noch vermieden. Ein Jahr zuvor hatte sich die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung bereits angedeutet: Die Sowjetunion nahm ihr Versprechen zurück, China beim Bau von Atombomben zu helfen. Und 1963 kam es dann zur so genannten „großen Polemik“ zwischen der VR China und der SU und zum Vollzug der Spaltung.

aufzunehmen.“ Aber wir haben einen solchen Vorschlag bereits vor zwei Jahren, nach 1958⁴⁵, unterbreitet. Deshalb soll es nicht heißen „unterbreiten wird“. Vielleicht unterbreiten wir ja noch etwas, doch faktisch haben wir es bereits getan, als wir unseren Entwurf eines Friedensvertrages veröffentlichten.

Ansonsten ist an der Rede alles in Ordnung.

W. Ulbricht: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den Abschnitt zu den wirtschaftlichen Fragen lenken. Eigentlich wollte ich diesen Teil schärfer formulieren, das heißt, unsere Abhängigkeit von Westdeutschland und die Tatsache erläutern, dass es ohne die Unterstützung der sozialistischen Länder nicht gehen wird. Das betrifft natürlich nicht nur die wirtschaftliche Lage. Es wäre gut, wenn die Länder der Volksdemokratien politische Erklärungen zu dieser Frage abgeben, es ist aber auch notwendig, dass sie sich wirtschaftlich an der Sache beteiligen.

N. S. Chruschtschow: Ich unterstütze Sie. Natürlich muss man alle diese Fragen konkreter erörtern und eine entsprechende Kommission bilden. Aber einiges habe ich in dieser Hinsicht schon unternommen.

Als Sie diese Frage ansprachen, habe ich Genossen Novotný⁴⁶ angerufen. Als Sie ihm bei Ihrem Aufenthalt in der Tschechoslowakei Ihren Standpunkt darlegte, hat Genosse Novotný nicht ganz richtig reagiert. Natürlich hat jede

⁴⁵ Es geht um den Entwurf eines Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion, den USA, Großbritannien, Frankreich, der BRD und der DDR. Dieser ist Anfang 1959 von der Sowjetunion vorgeschlagen und selbstverständlich von den „Westmächten“ abgelehnt worden.

⁴⁶ Antonín Novotný war Ende der 1930er Jahre Parteisekretär in der Provinz, von 1941 bis 1945 im Konzentrationslager Mauthausen inhaftiert. Ab 1946 Mitglied des ZK der KSČ, ab 1953 als Nachfolger von Klement Gottwald Erster Sekretär der KSČ. 1957 wurde er zusätzlich Staatspräsident. Im Zuge der allgemeinen Liberalisierung ab 1964 nahm die Kritik an Novotný immer stärker zu. Zu Beginn des Prager Frühlings wurde er am 5. Januar 1968 zum Rücktritt als Parteichef und am 22. März auch zum Rücktritt als Präsident gezwungen. In der ersten Funktion folgte ihm Alexander Dubček nach, in der zweiten Ludvík Svoboda, beide Protagonisten des so genannten „Prager Frühlings“. Im Juni 1968 wurde er aus dem ZK der Kommunistischen Partei ausgeschlossen.

Republik ihre eigenen Bedürfnisse, und ich mache ihm keinen Vorwurf, doch er war damals nicht darauf eingestellt, Opfer zu bringen. Ich habe ihm gesagt: Ob Genosse Ulbricht nun Recht hat oder nicht, wir werden ihn anhören, ohne Hilfe kann er jedenfalls nicht auskommen. Deshalb dürfen wir uns nicht darauf einstellen, Genossen Ulbricht abblitzen zu lassen, sondern wir müssen ihm helfen. Genosse Novotný hat mir mitgeteilt, dass sie auf diese Frage vorbereitet und mit dem Vorschlag anreisen werden⁴⁷, Ihnen zu helfen.

Das trifft auch auf Polen zu. Unser Genosse Wieslaw (Wladyslaw Gomulka⁴⁸, d.Ü) ist ein guter Genosse, wenn es ums Nehmen geht. Er hat zu mir gesagt: Die Deutschen leben besser als wir. Ich stimme ihm zu und sage dennoch: Es muss geholfen werden. Wir werden natürlich über ihn (Ulbricht, d.Ü) – nicht ins Gesicht, sondern hintenrum, wie es sich unter „guten Freunden“ gehört, aber wir werden ihm Hilfe geben.

Ich möchte sie fragen – vielleicht bin ich nur nicht informiert: Es heißt, Sie hätten Schwierigkeiten bei Gemüse. Sie hätten nicht genug Heu, und Polen müsste Ihnen helfen.

W. Ulbricht: Ja

N. S. Chruschtschow: Das ist nicht gut. Da stellt sich die Frage, ob das nicht auf die übereilte Kollektivierung zurückzuführen ist⁴⁹. Genau damit erklären

⁴⁷ Die angesprochene Anreise ist bezogen auf das Treffen der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau.

⁴⁸ Wladislaw Gomulka war ab 1926 Mitglied der Kommunistischen Partei Polens. Nach mehreren Verhaftungen wurde er nach dem II. Weltkrieg Generalsekretär der polnischen Partei und stellvertretender Ministerpräsident. Es kam zu Streitigkeiten in der Partei, in denen Gomulka nationalkommunistische Auffassungen vertrat. Er wurde 1948 gestürzt, 1951 verhaftet und aus der Partei entfernt, 1956, nach politischen Unruhen, wurde er erneut Parteichef. Er machte die begonnene Kollektivierung der Landwirtschaft rückgängig und ließ Privatunternehmen in der sozialistischen Wirtschaft zu. 1970 wurde er erneut gestürzt.

⁴⁹ Nach dem 17. Juni 1953 hatte die neue Führung der Sowjetunion unter Chruschtschow nach Stalins Tod von der DDR-Führung die Rücknahme des Ziels des Aufbaus des Sozialismus verlangt, die Kollektivierungsbestrebungen in der Landwirtschaft sollten gestoppt und rückgängig gemacht und die im Zuge der Landreform konfiszierten Landmaschinen wieder an die Mittel- und Großbauern zurückgegeben, also die Maschinen- und Traktorenstationen privatisiert werden.

die Polen das intern. Die haben natürlich gut reden, weil sie selber nichts auf diesem Gebiet tun, aber von ihnen sagen sie, dass Sie nicht Recht haben. Ich verstehe, dass es bei der Kollektivierung in den ersten Jahren zu einem gewissen Produktionsrückgang kommen kann. Aber jetzt ist es zu spät, darüber zu reden, denn Sie haben es bereits durchgeführt.

Dass die Deutschen kein Gemüse haben! Das ist sehr schlecht. Denn was Milch betrifft - wenn man Eure Musterbetriebe nimmt, die von Genossen Strube und Pezzoni – Ihr könntet doch alles mit Milch zuschütten. Das heißt, man muss die Sache in die Hand nehmen. Mir persönlich ist nicht klar, woran es liegt. Die Erklärungen, die man mir dafür gibt, kann ich oft nicht glauben. Da ist viel Subjektives dran.

Zu einer anderen Frage. Bei Euch sind viele Ingenieure abgehauen. Denken Sie doch mal nach, sollten wir Euch vielleicht Ingenieure von uns schicken? Die laufen nicht weg. Doch das müssen Sie selber wissen. Vielleicht macht es ja politische Schwierigkeiten aus nationaler Sicht. Entscheiden Sie das bei sich. Aber es muss etwas getan werden.

Ich habe unseren Botschafter gebeten, Ihnen meine Gedanken darzulegen, dass man die derzeitigen Spannungen mit dem Westen nutzen und einen eisernen Ring um Berlin legen sollte. Das ist leicht zu erklären: Man droht uns mit Krieg, und wir wollen nicht, dass man uns Spione schickt. Dann würden Sie (gemeint ist Ulbricht, d.Red.) im Interesse des Warschauer Vertrages handeln und nicht nur in Ihrem eigenen Interesse. Ich bin der Meinung, den Ring sollten unsere Truppen legen, aber kontrollieren sollten Ihre Truppen. Erstens muss das vor Abschluss des Friedensvertrages geschehen. Es wäre ein Druckmittel und würde zeigen, dass wir das Problem ernst nehmen. Wenn man uns Krieg aufzwingt, dann wird es Krieg geben. Zweitens hilft das Ihnen, denn es reduziert die Fluchtbewegungen.

Wir müssen auch zu einem gemeinsamen Beschluss über demonstrative Maßnahmen zur militärischen Verstärkung kommen. Ich habe einen Bericht unseres Generalstabes entgegengenommen, und wir werden alles tun, was nötig ist. An der Grenze zur BRD werden sich unsere Panzer hinter den

Bekanntlich gab die DDR die Anstrengungen zum Aufbau des Sozialismus jedoch nicht auf.

Stellungen Eurer Soldaten eingraben. Das tun wir so „geheim“, dass es der Westen mitbekommt. Das ist nicht schlecht. Vielleicht verlegen wir einige Divisionen in die DDR. Dem Berater Kennedys habe ich gesagt: Gegen jede Ihrer Divisionen bieten wir zwei auf, und wenn Sie die Mobilmachung erklären, dann tun wir das ebenfalls. Unsere Genossen vom Militär meinten, vielleicht müsste bei den Deutschen auch etwas geschehen. Möglicherweise wäre es gut, eine Aufstockung Eurer Divisionen vorzunehmen. Aber ich habe gesagt, dass man Genossen Ulbricht fragen muss, wie die Deutschen darauf reagieren. Das könnte unter Umständen negative Reaktionen auslösen, und als Demonstration hat diese Maßnahme keine entscheidende Wirkung.

Das sind die Gedanken, die ich Ihnen darlegen wollte.

W. Ulbricht: Ich beginne mit der Erläuterung unserer wirtschaftliche Lage. Zwei Monate lang gab es bei uns keine Kartoffeln zu kaufen. Das ist sehr schlecht. Es liegt daran, dass wir im vergangenen Jahr eine schlechte Ernte hatten und in diesem Jahr das Wetter feucht war, so dass die Kartoffeln in den Mieten verfault sind. Mit der Vergesellschaftlichung hat das überhaupt nichts zu tun.

Außerdem wächst bei uns der Butterverbrauch, und es gibt nicht genügend Butter. In der Hälfte der Bezirke der DDR wurde der Plan der Milchablieferung nicht erfüllt. Wir mussten anweisen, dass Butter auf Kartoffelkarten abgegeben wird, denn Kartoffelkarten haben wir noch.

All das hat in der Bevölkerung gegnerische Stimmungen erzeugt. Das zeigt sich zum Beispiel bei den Vorfällen in Hennigsdorf⁵⁰. Dabei ist festzustellen, dass der Butterverbrauch nicht zurückgegangen, sondern auf dem bisherigen Niveau geblieben ist. Wir haben nur die Rationierung eingeführt. Außerdem haben wir verboten, aus Milch Sahne herzustellen, was manchem ebenfalls nicht gefällt.

Zu der besagten Jahreszeit sind bei uns an Gemüse in der Regel nur Sauerkraut und saure Gurken auf dem Markt. Aber in diesem Jahr hatten wir nicht einmal Kartoffeln.

⁵⁰ Siehe dazu Seite 97

Sie suchen nach einer Rechtfertigung für uns, wenn Sie sagen, dass bei der Kollektivierung ein Rückgang möglich ist. Unter unseren Bedingungen trifft die These vom Rückgang jedoch nicht zu. Wir hatten während und nach der Vergenossenschaftlichung einen Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion zu verzeichnen.

N. S. Chruschtschow: Ich rede so, weil ich zu viele westdeutsche Berichte gelesen habe. Das ist Adenauers Stimme.

W. Ulbricht: Einiges von dem, was Sie sagen, stimmt, insgesamt ist die Frage jedoch komplizierter. Wie sieht es bei uns aus? Ein Teil der neuen landwirtschaftlichen Genossenschaften geht nur langsam zur gemeinsamen Arbeit über, doch sie erfüllen den Plan im Rahmen der Einzelbauernwirtschaften. Einige Großbauern sagen uns: Wir tragen uns in der Genossenschaft ein, aber darin arbeiten wollen wir nicht. Diese Bauern halten privat um die acht Kühe. So wird im Rahmen des Dorfes der Plan erfüllt.

N. S. Chruschtschow: Das sind die deutschen Kolchosen!

W. Ulbricht: Worum geht es? Die Parteiorganisationen haben den Genossenschaften vom Typ I⁵¹ nicht ausreichend Unterstützung gegeben. Das liegt daran, dass die Parteiarbeiter nicht genug von der Landwirtschaft verstehen, um die Mittelbauern zu überzeugen. Was können sie den Bauern schon raten? Jetzt machen wir das anders. Wir delegieren Mitarbeiter aus starken Genossenschaften in schwache. Das hilft.

Aber in der Frage stecken auch politische Momente. Jedesmal wenn internationale Verhandlungen bevorstehen, stellt der Bauer die Frage: Was kommt dabei heraus? Vielleicht eine mittlere Linie zwischen Ulbricht und Adenauer? In diesem Zusammenhang sind einige Bauern aus den Genossenschaften ausgetreten. Als wir sie gefragt haben, was los ist, haben sie geantwortet: Wir arbeiten weiter, aber nicht in der Genossenschaft. Wir warten bis zum Herbst. Das ist eine Absicherung seitens der Bauern.

⁵¹ LPG Typ I war die am wenigsten kollektiviert Landwirtschafstgenossenschaft. Nur das Ackerland wurde in die LPG eingebracht. Typ II hingegen bedeutete, dass auch die Maschinen eingebracht wurden und Typ III schließlich umfasste den gesamten Bestand eines Hofes, also Vieh, Maschinen und Gebäude.

N. S. Chruschtschow: Gerissene Bauern habt ihr. Ich dachte, so sind die nur bei uns.

W. Ulbricht: Außerdem regen sich unter den Bauern nazistische Elemente, die früheren "Bauernführer". So hat zum Beispiel auf einer Versammlung im Kreis Plauen, wo unsere Vertreter anwesend waren, ein Großbauer erklärt, er sei dafür, das Sudetenland zurückzuholen. Unsere Genossen haben ihm gesagt, dass das Krieg bedeutet. Darauf hat er geantwortet: Dann kämpfe ich eben zusammen mit Seeböhm dafür - das ist ein revanchistisch eingestellter Minister aus Westdeutschland. So wird dort geredet.

Aber ausgerechnet dieser Bauer ist in die Genossenschaft eingetreten. Er muss natürlich als Kriegshetzer vor Gericht gestellt und umgesiedelt werden. Jede Diskussion hat schließlich Ihre Grenzen. Ich habe den Justizminister beauftragt, sich um die Sache zu kümmern. Allerdings haben wir kein Sibirien. Da müssen solche Leute eben ins Arbeitslager geschickt werden. Zur Versorgungsfrage. Im Winter war bei uns das Futter knapp, da wir im vergangenen Jahr eine Missernte hatten. Ein Teil des Viehs ist verendet. Aber das war nicht die Schuld der Bauern. In diesem Jahr wird eine ähnliche Situation erwartet. Da wir nasses und kaltes Wetter haben, steht der Mais nur 50 Zentimeter hoch, und die Kartoffeln sind verfault. Wir haben also zur Fütterung weder Mais noch Kartoffeln. Wenn uns die sozialistischen Länder nicht mit Futter aushelfen, werden wir das Produktionsniveau bei Milch nicht halten können.

Das heißt, bei uns kommt zur Verschärfung des politischen Kampfes, der sich in Ausfällen gegen die Genossenschaften äußert, (womit wir fertig werden), der Futtermangel hinzu.

N. S. Chruschtschow: Ich denke, hier sind eindeutig die Gegner am Werk.

W. Ulbricht: Das ist die Kirche.

N. S. Chruschtschow: Nehmen wir das Verfaulen der Kartoffeln in den Mieten. Die Deutschen sind doch Meister in der Lagerung von Kartoffeln. Also ist das keine Frage des Wetters, sondern schlechter Arbeit oder Sabotage.

W. Ulbricht: Saboteure gibt es natürlich. Man muss aber bedenken, dass den Kartoffeln bei uns Kunstdünger beigegeben wird, was sie weniger resistent gegen Fäulnis macht.

N. S. Chruschtschow: Aus meiner Moskauer Erfahrung möchte ich mich für den Mais einsetzen. Als ich 1950 aus der Ukraine nach Moskau kam, war das Wetter hier sehr kalt und regnerisch. Ich habe damals meinen Personenschutz aus der Ukraine mitgebracht, und die Genossen erzählten mir, dass der Sohn eines Mitarbeiters seine Mutter sogar gefragt hat, ob es in Moskau überhaupt einen Sommer gibt. Selbst in jenem Jahr ist der Mais bei mir fünf Meter hoch gewachsen. Das liegt alles an der Pflege.

W. Ulbricht: Aber bei uns wächst er nicht.

N. S. Chruschtschow: Da kann ich Ihnen nicht zustimmen. Beim Mais bin ich Fachmann⁵², Sie dagegen akzeptiere ich nicht als solchen.

Ich habe noch eine weitere Frage. Ich lese Originalberichte westlicher Geheimdienste, wo eingeschätzt wird, dass in der DDR die Bedingungen für einen Aufstand herangereift sind. Sie orientieren über ihre Kanäle, die Dinge nicht bis zu einem Aufstand zu treiben, weil das nichts Gutes bringt. Sie sagen: Wir können nicht helfen, und die Russen walzen alles mit Panzern nieder. Daher rufen sie auf abzuwarten, bis die Voraussetzungen vorhanden sind. Ist das wirklich so? Ich weiß das nicht genau, sondern stütze mich nur auf westliche Berichte.

W. Ulbricht: Uns liegen Informationen vor, dass die Bonner Regierung durch Abwerbung und Organisierung von Widerstand Schritt für Schritt die Bedingungen für einen Aufstand vorbereitet, der im Herbst 1961 stattfinden

⁵² „Chruschtschow will sein Vorbild, die Vereinigten Staaten von Amerika, auch beim Maisanbau kopieren. Das kalte russische Klima ist dafür nicht geeignet, aber diese Tatsache ignoriert er. Um die Sache noch schlimmer zu machen, ordnete Chruschtschow an, dass man das ruhende Brachland doch auch für den Anbau des Mais verwenden könnte. Dadurch kam es schnell zu Dürre und einbrechenden Ernteerträgen.“ (Aus dem Referat von Gregor Hollender bei der Veranstaltung der KPD: „Der Zukunft wegen“ zu Ehren der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, unterstützt von der GRH, dem RFB, dem Deutschen Freidenker-Verband, dem Kommunistischen Aktionsbündnis Dresden und der Zeitschrift offen-siv.)

soll. Wir sehen, mit welchen Methoden der Gegner arbeitet: Die Kirche organisiert den Austritt der Bauern aus den Genossenschaften, allerdings ohne großen Erfolg. Es kommt auch zu Sabotageakten. Ist das alles real? Ein Aufstand ist nicht real. Aber möglich sind Aktionen, die uns international großen Schaden zufügen können.

So haben zum Beispiel in einem Betrieb in Hennigsdorf bei Potsdam, der früher zur AEG gehörte, feindlich gesinnte Ingenieure eine Unterschriftensammlung organisiert. Sie haben die Forderung gestellt, keinen Friedensvertrag zu unterzeichnen, weil das die Spaltung Deutschlands verfestigen würde. Sie haben nicht direkt gesagt, dass sie für Adenauer sind, sondern vorgeschlagen, freie Wahlen durchzuführen und so eine Regierung zu bilden, die Deutschland führen soll. In dieser Richtung wird der Kampf in einer Reihe von Betrieben geführt. Als wir bei diesen Leuten Haussuchungen vorgenommen haben, wurde festgestellt, dass einer ein amerikanischer Agent ist und vier ehemalige Faschisten sind. Die Sache geht also gar nicht auf das Ostbüro der SPD zurück, sondern auf das Wirken amerikanischer Agenten.

In diesem Bezirk hat sich die Zahl der Sabotageakte in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erhöht, hat es böswillige Schlachtungen gegeben. Die Kreisleitung der Partei hat in diesem Betrieb nicht gearbeitet, so dass gegnerische Elemente, hauptsächlich Übersiedler aus Westdeutschland, sich dort entfalten konnten. Unter den Übersiedlern sind viele Agenten. Wenn es ihnen gelungen wäre, in Hennigsdorf eine Demonstration zu organisieren, dann hätten die Bauern sie unterstützt. Es gibt noch viele weitere Kreise, wo der Gegner solche Aktionen durchführt. Mit dieser Frage befassen wir uns jetzt; es wird nichts Schlimmes passieren.

N. S. Chruschtschow: Sind diese Personen schon lange in die DDR übergesiedelt?

W. Ulbricht: Vor zwei, drei Jahren.

N. S. Chruschtschow: Weshalb?

W. Ulbricht: Sie sagen, es gefällt ihnen in Westdeutschland nicht. Zum Teil sind das primitive Menschen, die der Gegner ausnutzt.

N. S. Chruschtschow: Vielleicht sollte man sie lieber nach Westdeutschland abschieben, statt sie im Gefängnis sitzen zu lassen?

W. Ulbricht: Diese Frage habe ich auch angesprochen. Den besagten Bauern aus Plauen wollten die Dorfbewohner nach Westdeutschland jagen. Aber das kann man nicht machen, denn unsere Aufgabe ist es zu überzeugen.

Ich möchte noch einige allgemeine Fragen behandeln. Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen haben wir Schwierigkeiten mit der Intelligenz. Die politischen Gründe liegen darin, dass diese Leute glauben, es gäbe einen dritten Weg. Sie meinen, der Friedensvertrag bedeute, dass die Spaltung bestehen bleibt, und sie fragen, ob es keinen anderen Weg gibt.

Die wirtschaftlichen Gründe liegen darin, dass unsere inneren Schwierigkeiten zugenommen haben, weil die Zahlen des Siebenjahrplans⁵³

⁵³ Der Siebenjahrplan sah vor:

„BRUTTOPRODUKTION steigt bis 1965 gegenüber 1958 auf 188 Prozent. Davon Produktionsmittel +95 Prozent, Konsumgüter +177 Prozent. VORRANGIG sind zu entwickeln: Energiewirtschaft, chemische Industrie, Elektrotechnik, für den technischen Fortschritt wichtiger Maschinenbau, hochwertige Konsumgüter ...

PRO-KOPF-VERBRAUCH im Jahr wächst von 1958 bis 1965 bei Fleisch, Fisch, Trinkvollmilch, Käse, Eiern, Kaffee (geröstet), Südfrüchten, Kakaoerzeugnissen, Lederschuhen, Wollgewebe, Baumwollgewebe, WOHNUNGEN. In derzeit von 1959 bis 1965 sind mindestens 772.000 Wohnungen zu errichten, davon 691.000 durch Neubau und 81.000 durch Um- und Ausbau sowie durch Wiedergewinnung zweckentfremdet genutzter Räume ...

MASCHINENBAU. Unter anderem ist die Produktion von technisch hochwertigen Konsumgütern besonders stark zu erhöhen (Steigerung auf 232 Prozent). Wachstum der Produktion von Personenkraftwagen, Motorrädern, Fernsehempfängern, Kühlschränken, Universal-Haushalt-Küchenmaschinen, Waschmaschinen, TEXTILINDUSTRIE. Produktionssteigerung bis 1965 auf 182 Prozent.“ (ND, 2.10.1959)

Es gab schon in der Zeit der Industrialisierung der Sowjetunion Auseinandersetzungen um das damals ausgesprochene Primat der Schwerindustrie und damit der Produktion von Produktionsmitteln. Die einzig richtige Politik, die Grundlagen der Wirtschaft zu entwickeln, um dann auf gesicherter Grundlage die Konsumgüterindustrie erweitern zu können, wurde damals durchgesetzt. Der Erfolg der Sowjetunion gab dieser Orientierung Recht. Chruschtschow hat ab 1953 in der Sowjetunion das Ganze umgedreht und das Primat der Leichtindustrie durchgesetzt. Offensichtlich hat die DDR-Führung sich an dieser Chruschtschow-Richtung der sozialistischen Wirtschaftspolitik orientiert.

für ungültig erklärt wurden. Unsere Staatliche Plankommission arbeitet jetzt daran, diese Zahlen abzusenken. Das hat eine zersetzende Wirkung auf weite Kreise der Bevölkerung. Vertreter der Intelligenz sagen, dass wir bei derartigen Plansenkungen unsere Aufgaben nicht erfüllen können. Seitdem wir von der verkündeten ökonomischen Hauptaufgabe abgegangen sind, Westdeutschland beim Pro-Kopf-Verbrauch und der Arbeitsproduktivität zu überholen, arbeiten die Menschen ohne wirtschaftliche Perspektive. Solange das so bleibt, werden wir Schwierigkeiten haben, nicht nur wegen der Mängel im Handel. Außerdem übersteigt die Kaufkraft der Bevölkerung bei uns gegenwärtig das Warenangebot um zwei Milliarden Mark. Die Bevölkerung stellt Forderungen, die nicht befriedigt werden können. Das Problem des Kaufkraftüberhangs gegenüber dem Angebot können wir bei offener Grenze nicht lösen, denn dann müssten wir den Lohn einfrieren und die Preise teilweise erhöhen. Mit dem Einfrieren des Lohnes haben wir bereits begonnen, können es aber der Bevölkerung nicht erklären. Wir sagen nicht, warum wir die Planzahlen gesenkt haben, doch jeder Ingenieur kann es sehen. Wir haben die Investitionen jetzt um zwei Milliarden gesenkt. Die Intelligenz spürt das und äußert Unmut.

Neben der Wühltätigkeit Westdeutschlands gibt es also eine Reihe Fragen, die bei offener Grenze nicht zu lösen sind. Wir erleiden große Verluste durch die Grenzgänger (Personen, die in der DDR wohnen und in Westberlin arbeiten) und die Republikflucht. Deswegen können wir einen Teil der Aufgaben nicht erfüllen.

Es ist zu bedenken, dass wir in den letzten drei Jahren im Interesse des Siebenjahrplanes aus unserer Wirtschaft herausgeholt haben, was möglich war. Dabei wurde ein Teil der örtlichen Industrie, die früher für den Binnenmarkt gearbeitet hat, auf den Export umorientiert. Als ich im vergangenen Jahr die Arbeit unseres Außenhandels überprüfte, habe ich festgestellt, dass von dort Vertreter ausgeschiedt werden, die mit Handwerkern Verträge abschließen, und alles geht in den Export. Dadurch sind die Dienstleistungen für die Bevölkerung zurückgegangen. Vor Dienstleistungseinrichtungen bilden sich Schlangen, was zu Unzufriedenheit

geführt hat. Ich habe das verboten, denn sonst bringen wir noch die ganze Bevölkerung gegen uns auf.

N. S. Chruschtschow: Als ich vor zwei Jahren an eurem Parteitag teilgenommen habe, war alles in Ordnung. Was ist denn da passiert? Ihr wolltet doch die BRD bis 1961/62 überholen.

W. Ulbricht: Wir haben unsere Pläne nicht mit Rohstoffen untersetzt, das heißt, sie waren nicht ausbalanciert. Wir mussten Stahl und andere Waren importieren und dafür Konsumgüter ausführen. Dafür habe ich die Staatliche Plankommission bereits gescholten.

N. S. Chruschtschow: Was ist denn geschehen? Die DDR kann Rohstoffe nicht bezahlen? Aber die gibt einem niemand umsonst.

W. Ulbricht: Ja, das kann niemand. Ich will ein Beispiel sagen: Wir kauften für hundert Millionen in Westdeutschland Schuhe ein und haben jetzt Verrechnungsschulden. Sie haben uns gewarnt, wenn wir bis zum 15. August nicht zahlen, dann werden die Lieferungen gestoppt. Bei der Aufstellung des Planes haben wir mit der Hilfe der Länder der Volksdemokratie gerechnet. Wir haben den Tschechen moderne metallurgische Ausrüstungen verkauft, und sie sollten uns 1960 vertragsgemäß 8000 Tonnen Stahl liefern. Doch sie haben das nicht getan. Genau so verhalten sich Polen und Bulgarien. Die Bulgaren schulden uns jetzt 60 Millionen, das heißt, wir kreditieren sie. Den Polen haben wir einen Kredit für 450 Millionen gewährt, damit sie uns Steinkohle liefern, für die wir sogar mehr als den Weltmarktpreis zahlen. Im Gegenzug verlangen sie von uns Ausrüstungen, aber Stahl bekommen wir von ihnen nicht. Um unsere Verpflichtungen gegenüber diesen Ländern zu erfüllen, sind wir also gezwungen, das fehlende Material für Devisen in Westdeutschland zu kaufen, und sie sind nun unsere Schuldner. Mit der Sowjetunion gestalten sich die Dinge teilweise ähnlich, doch Ihr gebt uns Kredite.

N. S. Chruschtschow: Mit uns schließt Ihr auch solche unvorteilhaften Verträge ab?

W. Ulbricht: Ich bitte Sie, diese Fakten nicht zu verwenden, denn zuweilen erklären sie sich daraus, dass die notwendigen Ausrüstungen im sozialistischen Lager nicht zu bekommen sind. Aber ich kann folgendes

Beispiel anführen: Wir haben für euch ein Schiff gebaut und mussten für 20.000 Westmark Technik in Westdeutschland einkaufen. Eure Außenhandelsorgane stellten als Bedingung, dass der Schiffsmotor aus Westdeutschland stammt, obwohl sie hätten feststellen können, dass man ihn nicht unbedingt im Westen kaufen muss, sondern ihn ebenso gut im sozialistischen Lager beschaffen kann.

Dieses Beispiel ist nicht als Kritik gemeint, denn Ihr helft uns ja wenigstens. Unter den sozialistischen Ländern gibt es keine Kooperation, wird die Frage nicht gelöst, wer neue Maschinen nach westlichen Mustern baut. Die Rumänen haben zum Beispiel bei den Amerikanern eine Maschine zur Kunststofftrocknung gekauft. Wenn wir vier solcher Maschinen hätten, dann könnten wir die Produktion der entsprechenden Plaste verdoppeln. Aber der RGW befasst sich nicht mit dieser Frage und vervielfältigt die Zeichnungen solcher neuen Maschinen nicht. Daher ringen wir jetzt mit den Rumänen, dass sie uns die Zeichnungen kopieren lassen. Zur Zeit arbeitet jeder für sich allein mit dem Ergebnis dass wir in immer größere Abhängigkeit vom Westen geraten. Der RGW muss das in Angriff nehmen und so arbeiten wie das bei euch geschaffene Koordinierungskomitee für wissenschaftliche Forschung.

N. S. Chruschtschow: Wenn wir also den Friedensvertrag abschließen, wird der erste Schritt des Westens ein Embargo sein. Was machen wir dann?

W. Ulbricht: Deswegen stelle ich diese Frage ja.

N. S. Chruschtschow: Das kommt ein bisschen spät. Ihr habt euch auf die Beziehungen mit den Westdeutschen eingelassen, und seid jetzt in einer so schlechten Lage. Wir treiben auch Handel mit den Westdeutschen, aber wenn sie ein Embargo erklären, dann - zum Teufel mit ihnen - nehmen wir einige Fabriken eben zwei Jahre später in Betrieb. Ich habe einen Geheimbericht darüber, wie sie sich vorbereiten. Sollen sie doch. Krupp wird davon mehr Nachteile haben als wir, denn dann stellen wir die Zahlungen ein.

W. Ulbricht: Krupp prüft schon heute die Möglichkeiten des Handels über neutrale Staaten.

N. S. Chruschtschow: Krupp will mit uns Handel treiben. Sie haben uns insgeheim sogar gebeten, sie heftiger zu beschimpfen, weil sonst die Amerikaner auf sie Druck ausüben.

W. Ulbricht: Um die Stimmung in der DDR zu verändern, muss man der Bevölkerung die wirtschaftliche Lage erklären und ihr eine ökonomische Perspektive aufzeigen, die sie gegenwärtig nicht hat.

N. S. Chruschtschow: Zu diesen Fragen habe ich meinen eigenen Standpunkt, und Sie haben mir noch nicht geantwortet. Eure Produktion stellt nur einen kleinen Prozentsatz des Umfangs unserer Produktion dar. Wahrscheinlich entspricht allein unser Zuwachs eurer gesamten Produktion. Wenn das bisher noch nicht genutzt wurde, dann liegt das an der Schlamperei in unserer Wirtschaft. Daran sind wir schuld und die Deutschen ebenso. Wir bauen neue Betriebe, und eure sind nicht ausgelastet.

Mit den Gesetzen der Produktion kenne ich mich aus und weiß, wenn Ingenieure sich einmal an bestimmte Beziehungen gewöhnt haben, dann wollen sie die nicht wechseln und auch nicht das Sortiment.

W. Ulbricht: Das haben wir bereits erreicht. Diese Frage steht nicht mehr.

N. S. Chruschtschow: Das ist aber die Hauptsache. Zum Beispiel bestellen wir bei euch Schiffe. Im Vertrag wird vereinbart, was ihr zu machen habt, und was wir. Ihr verpflichtet euch, den Schiffsmotor in England oder der BRD zu kaufen. Aber ihr tut es nicht.

W. Ulbricht: Dann heißt es, ich sei antisowjetisch.

N. S. Chruschtschow: Hören Sie damit auf. Wir bauen schließlich Kreuzer und Atom-U-Boote, die schneller und besser sind als die amerikanischen. Wir können das also. Offenbar haben eure Leute gesagt, sie könnten das beschaffen. Schließlich bezahlen wir dafür und wollen nichts umsonst. Dass es jetzt so ist, laste ich mehr der DDR an, wem soll ich es denn sonst anlasten?

W. Ulbricht: Nach dem Siebenjahrplan war bei uns ein jährliches Produktionswachstum von neun Prozent vorgesehen. Nach dem neuen Plan für 1962 beträgt das Wachstum nur fünf Prozent. Aber die vier Prozent fehlen uns.

N. S. Chruschtschow: Das verstehe ich nicht. Wir reden doch seit drei Jahren über diese Frage. Vielleicht übersetzt der Dolmetscher schlecht?

W. Ulbricht: Wir sind dafür, die Wirtschaft vollständig auf Rohstofflieferungen aus dem sozialistischen Lager umzustellen. Aber für das nächste Jahr fehlen uns 153 000 Tonnen Stahl. Selbst in die Verhandlungen mit der Sowjetunion ist diese Menge nicht aufgenommen worden. Wir müssen sie also in Westdeutschland kaufen. Bei SpezialStahlblechen sind wir zu hundert Prozent von denen abhängig.

N. S. Chruschtschow: Auch wir müssen einige Stahlsorten kaufen.

W. Ulbricht: Aber eure Genossen haben gesagt, Ihr hättet solchen Stahl nicht.

N. S. Chruschtschow: Das ist richtig. Wir stellen dann eben andere Maschinen her. Ihr produziert die Maschinen aus diesem Stahl doch nicht für euch. Macht sie nicht mehr.

W. Ulbricht: Ihr liefert uns zum Beispiel rostfreien Stahl nur für die Aufträge aus der Sowjetunion.

N. S. Chruschtschow: Das stimmt, denn wir haben nicht genug von diesem Stahl.

W. Ulbricht: Aber Polen und die Tschechoslowakei haben bei uns Chemieausrüstungen aus demselben Stahl bestellt, und wir müssen ihn in der BRD kaufen.

N. S. Chruschtschow: Das ist mir unverständlich. Ich würde einen solchen Vertrag nicht abschließen, wenn er kommerziell für mich nicht von Vorteil ist.

Ich will ein Beispiel bringen. Als wir den Siebenjahrplan beschlossen und erklärt haben, dass wir bereit sind, Kredite zu nehmen, haben uns sehr viele aus dem Westen Kredite angeboten. Ich habe damals gesagt, dass wir unsere Möglichkeiten zur Rückzahlung dieser Kredite prüfen müssen und uns dabei nicht übernehmen dürfen. Sie bieten uns Lieferkredite für fünf Jahre an. Wir antworten, einverstanden, aber nicht für fünf, sondern für sieben Jahre. Wenn Sie nicht wollen, dann: Auf Wiedersehen.

Was ist hier passiert? Wir bestellen bei euch Schiffe, und ihr kauft die Motoren in England und der BRD. Wenn das für euch ungünstig ist, dann nehmt solche Aufträge nicht an. Sucht euch andere, die euch nicht zwingen, den Westen in Anspruch zu nehmen.

Anfangs ist es bei euch gut gelaufen, der Handel mit Westdeutschland hat sich entwickelt, und das war nützlich für euch. Aber wie heißt es doch: Solange es nicht donnert, bekreuzigt sich der Bauer nicht. Adenauer hat euch im vorigen Jahr eine Lehre erteilt, und erst da habt Ihr angefangen, euch an einer bestimmten Stelle zu kratzen.

Können wir denn wirklich keinen Ausweg aus dieser Lage finden? Amerika verkauft uns nichts, und wir kommen damit klar. So war es auch mit England und der BRD, als die keinen Handel mit uns trieben. Wieso sollen wir jetzt ohne Adenauer und de Gaulle nicht den Sozialismus aufbauen können? Die sollten wir zum Teufel jagen.

Bei Adenauer haben wir Fischfangschiffe gekauft und bei Krupp zwei Chemiewerke. Als die Italiener sich entschieden, mit uns Handel zu treiben, haben sie vorgeschlagen, wir sollten ihnen mehr abkaufen als sie uns. Aber darauf sind wir nicht eingegangen. Mit den Engländern war es ebenso. Sie haben uns gefragt, was sie bei uns kaufen sollen. Wir haben geantwortet: Sucht es euch doch selbst. Wenn Ihr bei uns nichts zu kaufen findet, dann wir bei euch auch nicht. Da kommen sie ins Nachdenken und meinen: Wir kaufen in Amerika Erdöl, aber die kaufen nichts bei uns. Also kaufen wir das Erdöl doch lieber bei den Russen, die dafür unsere Waren kaufen.

Ich sage den Kapitalisten: Ihr habt jeder euren privaten Staat. Wenn Ihr Erdöl braucht, dann kauft es, und wir beziehen eure Waren. Sie berufen sich auf ihre Gesetze. Darauf antworten wir, dass auch wir Gesetze haben und anders mit uns nicht zu reden ist.

Mit Italien haben wir einen guten Handelsvertrag abgeschlossen. Heute habe ich ein Gespräch unseres Botschafters mit dem Erdölmagnaten Matteo gelesen. Er ist ein Befürworter des Handels mit uns und sagt, dass man jetzt mehr sowjetisches Öl kaufen kann.

Ihr liefert euch doch Adenauer und Macmillan mit Haut und Haaren aus. Können tatsächlich nicht wir euch die Rohstoffe liefern? Das ist ein Defekt in unseren Beziehungen. Was die Tschechen und Polen betrifft, das ist eure Schuld. Freundschaft hin oder her, aber Geschäft ist Geschäft. Nur die Albaner bringen es fertig zu sagen: Gebt uns, sonst sind wir nicht eure Freunde. Die sollen sich sonstwohin scheren.

Ich habe über all das in unserem ZK gesprochen, nur hat man es da wohl nicht ernst genommen. Lassen Sie uns das auf der Ebene der Sekretäre (gemeint sind die Ersten Sekretäre der Parteien - d.U.) besprechen. Die Polen werden natürlich zusammenzucken. Wenn sie euch nichts geben, dann müsst ihr ihnen auch nicht helfen, kreditieren könnt ihr sie nicht.

Mit Stahl versorgen wir euch. Was Spezial-Stahl betrifft, den müssen wir selber kaufen. Aber lasst ihn uns gemeinsam kaufen, damit wir später nicht für euch mit Gold bezahlen müssen. Sonst geht es euch wie den Bulgaren, die zuerst alles ohne uns gekauft und den Kopf in die Schlinge gesteckt haben und dann vor dem Bankrott standen. Wir haben für sie zahlen müssen, aber so kann das nicht gehen.

W. Ulbricht: Ich bin einverstanden.

N. S. Chruschtschow: Lassen Sie uns mit Gosplan darüber reden, euren Zuwachs auf neun Prozent zu erhöhen. Vielleicht geben die Polen ja etwas. Den Tschechen wird das schwerer fallen, denn viele ihrer Waren gehen in den Export.

W. Ulbricht: Bei Stahl stehen die Tschechen in einigen Positionen besser da als die UdSSR.

N. S. Chruschtschow: Bei den Kolonialwaren muss man sehen, was Ihr mit Gold bezahlt. Jetzt kann man dafür mit Waren bezahlen. Mit Nkrumah haben wir vereinbart, dass wir die Hälfte der Waren mit Gold und die andere Hälfte mit Waren vergüten.

W. Ulbricht: Wir besprechen das bei Gosplan.

N. S. Chruschtschow: Was Industriegüter betrifft, nehmt keine Aufträge an, wenn ihr nicht selber liefern könnt. Wenn ihr unbedingt im Westen einkaufen müsst, dann verlangt dafür einen Ausgleich von uns, und steckt nicht selber den Kopf in die Schlinge.

W. Ulbricht: Im Außenhandel hat es bei uns ernste Fehler gegeben. Wir haben versucht, das zu verändern, aber das war schwer, denn Rau⁵⁴ hatte

⁵⁴ Heinrich Rau war Spanienkämpfer, saß im KZ, nach der Befreiung wurde er in der DDR 1946 Mitglied der SED, Mitglied der Kommission zur Durchführung der

seinen Individualismus. Jetzt ändern wir das. Ich habe gesagt, wir haben keine Geschenke zu verteilen. Aber es wird einige Zeit vonnöten sein, bis Ordnung geschaffen ist.

N. S. Chruschtschow: Etwa zwei Jahre werdet Ihr brauchen. Ihr seid spät ins Grübeln gekommen. Nachdenken müsst Ihr über die Fragen, die auf eurem letzten Parteitag gestanden haben. Es sind die Fragen, die auch vor uns stehen. Westdeutschland muss überholt werden. Wenn Ihr die Grenze schließt, dann werden die Schwierigkeiten davon nicht verschwinden.

W. Ulbricht: Im Gegenteil, es wird eine Blockade verhängt werden.

N. S. Chruschtschow: Ich meine nicht den Abschluss des Friedensvertrages, sondern die Maßnahmen, die jetzt rund um Berlin ergriffen werden. Unser Botschafter hat mir berichtet, dass es euch an Arbeitskräften fehlt. Die können wir euch geben.

W. Ulbricht: Wir haben im Politbüro beschlossen, um Arbeiter aus Bulgarien und Polen zu bitten.

N. S. Chruschtschow: Auch wir können sie euch geben - junge Leute, Komsomolzen. Wir haben überflüssige Arbeitskräfte. Hören Sie nicht auf die Stimme Amerikas, die behauptet, uns fehle es an Arbeitern.

W. Ulbricht: Ich habe mich einfach nicht entschließen können, Ihnen diese Frage zu stellen.

N. S. Chruschtschow: Lassen Sie uns darüber nachdenken, wie wir das dem Volk am besten erklären.

W. Ulbricht: Als sozialistische Hilfe für die DDR!

N. S. Chruschtschow: Vielleicht sollten wir es besser Jugendaustausch nennen, wie Fidel vorgeschlagen hat. Bei dem Austausch gebt ihr uns einen,

Bodenreform, Minister für Wirtschaftsplanung in Brandenburg, Mitglied der Volkskammer und Mitglied des ZK und des Politbüros des ZK der SED. 1949–1950 war Rau Minister für Planung der DDR und 1950–1952 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission. 1952–1953 leitete er die Koordinierungsstelle für Industrie und Verkehr beim Ministerrat, war 1953–1955 Minister für Maschinenbau und 1955–1961 Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel.

und wir euch hundert. So wurde es mit Fidel gemacht. Er war allerdings gekränkt, dass wir zu wenige nach Kuba geschickt haben, doch wir haben ihm gesagt, mehr brauchen wir vorläufig nicht zu schicken. Wenn die Kubaner zu uns kommen wollen, dann sollen sie kommen. So kann man auch das Problem der Ingenieure lösen. Früher haben die Deutschen uns Ingenieure geschickt, und wir haben von ihnen gelernt. Jetzt schicken wir euch unsere Ingenieure, aber nicht, um euch zu lehren, sondern um zu helfen. Warum schweigen Sie? Sie wollen wohl nicht über dieses Thema reden?

W. Ulbricht: Nein, ich will zuerst alles durchrechnen. Jetzt zur Schließung der Grenze. Welcher Termin ist der beste? Was machen wir in dieser Frage? Als vom 19. bis zum 23. Juli in Westberlin der Kirchentag stattfand ...

N. S. Chruschtschow: Wissen Sie, dass die Amerikaner Adenauer dafür kritisiert haben, weil sie eine Zuspitzung befürchten? Diese Veranstaltung war Adenauers Werk.

W. Ulbricht: Adenauer hat eine Niederlage erlitten, denn wir erhielten die Möglichkeit, unsere Kirche von der westdeutschen zu trennen. Wir haben Gegenmaßnahmen ergriffen und eine Kontrolle der Reisen nach Berlin eingeführt, die 50 Kilometer vor der Stadt immer noch besteht. Außerdem wird auf dem Ring kontrolliert.

Das Politbüro hat entschieden, dass die Berliner Stadtverordnetenversammlung in dieser Woche einen Beschluss über die Registrierung aller Grenzgänger fasst. Wir registrieren alle und werden sie dann bearbeiten. Das wird praktisch nicht viel bringen, aber es stellt die Menschen auf die Schließung der Grenze ein und bereitet die weitergehenden Maßnahmen vor.

N. S. Chruschtschow: Um wieviele Personen handelt es sich?

W. Ulbricht: Offiziell sind es in Berlin 75.000, tatsächlich sind es mehr. In dieser Woche wird Ebert sich an die Bevölkerung der DDR mit der Bitte wenden, bis zur Normalisierung der Lage von Reisen nach Berlin abzusehen. Zugleich wird der Autobusverkehr nach Berlin eingestellt. Aber die Leute werden fragen, weshalb sie nicht in Ihre eigene Hauptstadt fahren dürfen. Das muss man erklären.

N. S. Chruschtschow: Das darf man nicht zulassen, sie müssen die Möglichkeit haben, in Ihre Hauptstadt zu fahren.

W. Ulbricht: Technisch können wir das in zwei Wochen vorbereiten.

N. S. Chruschtschow: Führt das durch, wann Ihr wollt, wir können uns jederzeit darauf einrichten.

W. Ulbricht: Fürchten Sie keine Auswirkungen auf die westdeutschen Wahlen, dass das Adenauer und Brandt hilft?

N. S. Chruschtschow: Ich denke, Adenauer wird gewinnen. Wir machen hier keine politischen Spiele. Sie sind beide Halunken. Brandt ist schlimmer als Adenauer. Hier verlassen wir uns nur auf Sie.

W. Ulbricht: Von Brandt ist alles zu erwarten, denn er hat nichts zu verlieren.

N. S. Chruschtschow: Ich denke, Adenauer wird sich nach den Wahlen anders verhalten. Ich weiß aus Geheimdokumenten, dass die Westmächte erst nach den Wahlen in der BRD mit ihren Vorschlägen kommen werden. Wenn sie uns harte Bedingungen stellen wollten, dann wäre es für sie günstiger gewesen, das vor den Wahlen zu tun, um dem Kanzler zu helfen. Aber dann hätten sie sich den Weg für Verhandlungen mit uns verbaut.

Sie wollen ihre Vorschläge erst nach den Wahlen einbringen, um sie milder formulieren zu können. Das hat Kroll⁵⁵ mir gegenüber angedeutet. Er hat gesagt, die Wahlen seien nur Gerede. Er ist ein kluger Mann. Zwar windet er sich jetzt etwas, weil man ihn für den Verfechter eines weichen Kurses hält. Da muss er manchmal Härte demonstrieren.

⁵⁵ Hans Kroll war seit 1920 im diplomatischen Dienst des Deutschen Reiches. Während der Weimarer Republik Gesandtschaft in Portugal, Botschafter in Spanien, dann Generalkonsulate in Chicago und San Francisco. Während des Hitler-Faschismus folgende außenpolitische Stationen: 1934/35 Südamerika, 1936 Türkei, ab 1939 Spanien. Nach 1945 Außenpolitischer Ausschuss der CDU, 1950 Mitarbeiter im Bundesministerium für Wirtschaft als Leiter der Gruppe West-Ost, 1953-1955 BRD-Botschafter in Jugoslawien, 1955-1958 Botschafter in Japan, dann 1958-1962 Botschafter in der Sowjetunion. Er galt als Mittler und Vertrauter von Adenauer und Chruschtschow. Er war Mitglied der katholischen Studentenverbindung KDStV Winfridia und Mitglied der CDU.

W. Ulbricht: Wir werden diese Maßnahmen im Politbüro erörtern.

N. S. Chruschtschow: Wann ist für euch der günstigste Zeitpunkt?

W. Ulbricht: Wenn ich aus Moskau zurück bin, führen wir eine Wirtschaftsberatung durch, denn Westdeutschland wird als Antwort auf die Maßnahmen an der Grenze wichtige Lieferungen einstellen.

N. S. Chruschtschow: Das ist möglich.

W. Ulbricht: Deshalb müssen wir dem Staatsapparat erläutern, wie wir uns die weitere Wirtschaftspolitik vorstellen. Wir werden erklären, da wir den Wettbewerb mit Westdeutschland noch nicht gewonnen haben, kommen neue ökonomische Aufgaben auf uns zu. Dazu gehört, unsere Wirtschaft gegenüber dem Westen störfrei zu machen.

N. S. Chruschtschow: Die Maßnahmen sollte man eurem Volk nicht damit erklären. Eine solche Begründung wäre günstig für Adenauer, denn sie bedeutete, dass ihr mit Westdeutschland nicht konkurrieren könnt. Die Schließung der Grenze muss politisch begründet werden, und davon sind dann die wirtschaftlichen Folgen abzuleiten.

W. Ulbricht: Sie haben mich nicht richtig verstanden, natürlich sind sie politisch zu begründen.

N. S. Chruschtschow: Wir müssen ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlichen, wo die DDR im Interesse der sozialistischen Länder gebeten wird, die Grenze zu schließen. Dann machen Sie das auf unsere Bitte. Das ist keine innere, keine wirtschaftliche, sondern eine große allgemein politische Angelegenheit.

W. Ulbricht: Wir sind einverstanden mit der Begründung dieser Sache vom Standpunkt der grossen Politik. Aber wir müssen uns auf wirtschaftliche Schritte vorbereiten. Vor Durchführung dieser Maßnahme muss ich erläutern, wie unsere Wirtschaftspolitik aussehen wird, damit das alle wissen. Zur politischen Seite haben wir den Friedensplan beschlossen, der großen Erfolg hat.

N. S. Chruschtschow: Dazu habe ich eine andere Meinung. Vor Einführung des neuen Grenzregimes sollten Sie überhaupt nichts erläutern, denn das würde die Fluchtbewegung nur verstärken und könnte zu Staus führen. Das

muss so gemacht werden, wie wir den Geldumtausch realisiert haben. Wir lassen euch jetzt ein, zwei Wochen Zeit, damit Ihr euch wirtschaftlich vorbereiten könnt. Dann beruft ihr das Parlament ein und verkündet folgendes Kommuniqué: "Ab morgen werden Posten errichtet und die Durchfahrt verboten. Wer passieren will, kann das nur mit Erlaubnis bestimmter Behörden der DDR tun." Es wird eine Ordnung eingeführt, um niemanden nach Berlin hinein und dann auch zur Grenze Berlins zum Westen (gemeint ist offenbar die Grenze zwischen Ost- und West-Berlin - d. Ü.) zu lassen.

Wenn diese Frage schon jetzt so gestellt wird, dann versuchen die Spießbürger - da sind sich russische und deutsche gleich - wegzukommen. An den Zufahrtsstraßen nach Berlin könnten sich Staus bilden, was eine bestimmte Demonstration wäre.

W. Ulbricht: Das ist ein richtiges Argument.

N. S. Chruschtschow: Genosse Perwuchin hat mir gesagt, man müsste die Außenlinie Berlins unter Kontrolle nehmen.

W. Ulbricht: Das ist der übliche Standpunkt der Außenministerien, die vom Viermächtestatus der Stadt ausgehen.

N. S. Chruschtschow: Genosse Perwuchin hat gesagt: Sollen die Leute sich doch nach Westberlin absetzen, von dort kommen sie ohnehin nicht weg. Aber das ist undenkbar, denn dann entstehen in Westberlin riesige Lager, die sie den Touristen zeigen werden.

W. Ulbricht: Ja, denn die Grenze verläuft innerhalb Berlins.

N. S. Chruschtschow: Ich würde die Kontrolle nur in Berlin errichten, nicht außen herum.

W. Ulbricht: Für den Anfang ist die Kontrolle der Außenlinie notwendig, damit die bewussten Personen sich nicht schon jetzt in Berlin ansammeln. Die Außenlinie besteht wegen des Viermächtestatus, wir sind jedoch der Meinung, dass die Grenze innerhalb Berlins verläuft. Vor allem muss es schnell gehen.

N. S. Chruschtschow: Wenn die Grenze geschlossen wird, werden Amerikaner und Westdeutsche zufrieden sein. Botschafter Thompson⁵⁶ hat mir gesagt, dass diese Flucht den Westdeutschen Ungelegenheiten bereitet.

Wenn Sie also diese Kontrolle errichten, werden alle zufrieden sein. Außerdem bekommen die Ihre Macht zu spüren.

W. Ulbricht: Ja, dann wird eine Stabilisierung erreicht werden.

N. S. Chruschtschow: Ich habe eine technische Frage. Wie wird die Kontrolle auf den Straßen realisiert, wo eine Seite in der DDR und die andere in Westberlin liegt?

W. Ulbricht: Wir haben einen bestimmten Plan. In den Häusern, die Ausgänge nach Westberlin haben, werden die vermauert. An anderen Stellen werden Stacheldrahthindernisse errichtet. Der Stacheldraht ist bereits angeliefert. Das kann alles sehr schnell geschehen. Schwieriger wird es mit dem Verkehr. Wir werden die Bahnsteige von S- und U-Bahn für das Umsteigen nach Westberlin umbauen.

N. S. Chruschtschow: Wer wird denn da umsteigen?

W. Ulbricht: Der Teil der Bevölkerung, der eine Reiseerlaubnis erhält. Es gibt zum Beispiel 14 000 Personen, darunter viele Vertreter der Intelligenz, die in Westberlin wohnen und bei uns arbeiten.

N. S. Chruschtschow: Eine weitere Frage. Wenn Ihr euren Leuten gestattet, in Westberlin zu wohnen, dürfen dann Personen, die bei euch wohnen, auch drüben arbeiten?

W. Ulbricht: Nein, das wird nicht gestattet, das ist etwas anderes. Allerdings haben wir einige Tausend Kinder, vorwiegend aus kleinbürgerlichen Familien, die in Ostberlin wohnen und in Westberlin zur Schule gehen.

⁵⁶ Llewellyn E. Thompson war ein US-Amerikanischer Diplomat. 1941-1944 US-Diplomat in Moskau, 1944-1946 Konsul in London, 1950 Rom, danach Österreich, wo er 1955 Botschafter wurde. 1957 dann Botschafter der USA in der Sowjetunion. Thompson und Chruschtschow waren bald nicht nur auf politischer, sondern auch auf privater Ebene gute Freunde; beide zollten einander großen Respekt. Thompson beriet den Nationalen Sicherheitsrat der USA u.a. während der so genannten „Kuba-Krise“, er war Mitglied der CIA.

N. S. Chruschtschow: Das muss unterbunden werden.

W. Ulbricht: Ja, die lassen wir nicht mehr dorthin. Bisher sind unsere Züge nach Potsdam durch Westberlin gefahren. Jetzt werden sie es auf DDR-Gebiet umfahren müssen. Es besteht aber die Gefahr, dass die Westberliner Behörden und die Besatzungsmächte die Bahnhöfe in Westberlin beschlagnahmen, die uns gehören. Das wird ihnen allerdings schwer fallen, denn die Züge, die von dort abfahren, müssen unser Gebiet passieren.

N. S. Chruschtschow: Dann werden sie das nicht tun, denn ihr könntet ihnen die Verkehrswege sperren.

W. Ulbricht: Da entsteht das Problem der Militärzüge, die wir abfertigen müssen. Konflikte dieser Art wird es geben.

N. S. Chruschtschow: Kleine Konflikte schaden nichts. Aber das muss klug gemacht werden, damit man uns nichts vorwerfen kann.

W. Ulbricht: Wir haben bereits den Kampf gegen den Menschenhandel aufgenommen. Der Gegner spürt, dass wir uns darauf vorbereiten, die Grenze zu schließen. Gestern hat mich zum Beispiel ein englischer Korrespondent gefragt: Würden Sie heute die Grenze schließen? Ich habe gesagt, dass das von den Westmächten abhängt.

N. S. Chruschtschow: Ich sehe, dass wir uns in dieser Frage richtig verstehen.

W. Ulbricht: Wie werden unsere Beratungen in Moskau praktisch ablaufen? Ich denke, man sollte mit einem Gespräch im Kreis der Ersten Sekretäre beginnen.

N. S. Chruschtschow: Das wäre nicht schlecht, da aber die Ersten Sekretäre und die Vorsitzenden (der Regierungen - d.U.) hier angereist sind, wäre das unpassend.

W. Ulbricht: Dann müssen wir mit einer Plenartagung beginnen.

N. S. Chruschtschow: Ja, anders anzufangen wäre schwierig, denn den Delegationen gehören Politbüromitglieder an. Rapacki⁵⁷ ist zum Beispiel Mitglied des Politbüros. Wir hatten Verdachtsmomente gegen ihn. Aber es liegt nichts vor, das ihn der Unlauterkeit überführen würde.

W. Ulbricht: Bei uns liegt ebenfalls nichts gegen ihn vor. Aber über seinen Apparat sickern Informationen durch.

N. S. Chruschtschow: Das hat mir auch Genosse Gomulka gesagt und darum gebeten, dass wir uns bei wichtigen Fragen direkt an ihn wenden sollen. Unser Verhältnis zu Rapacki ist so wie zu Cyrankiewicz⁵⁸: Das sind Freunde, die von den ehemaligen Sozialisten kommen. Wir führen also die erste Sitzung durch, und dann sehen wir weiter.

W. Ulbricht: Danach wird es eine Sondersitzung geben müssen.

N. S. Chruschtschow: Lassen Sie es uns doch so machen: Die Außenminister beauftragen wir, das Kommuniqué abzufassen, für die Ökonomen wird sich auch eine Arbeit finden, und nachdem wir sie auf diese Weise ausgeschlossen haben, finden wir uns zu der Beratung auf unserer Ebene zusammen.

W. Ulbricht: Die Hauptfrage bei der Beratung im kleinen Kreis wird also sein, was geschieht, wenn die BRD nach dem Abschluss des Friedensvertrages eine Blockade verkündet.

N. S. Chruschtschow: Diese Frage kann auf der Plenartagung besprochen werden, denn das ist nicht geheim.

⁵⁷ Adam Rapacki war vor dem II. Weltkrieg Mitglied verschiedener sozialistischer Parteien. 1948 wurde er Mitglied der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und gehörte 1948 bis 1968 dem ZK der Partei an. Erst Minister für Schifffahrt, dann Ressort für Hochschulwesen, von Gomulka 1956 zum Außenminister Polens ernannt. Nach dem Unterbinden der Konterrevolution namens „Prager Frühling“ in der CSSR kam es auch in Polen zu Parteisäuberungen. In dieser Zeit zog sich Papacki aus der Politik zurück.

⁵⁸ Ab 1935 war Cyrankiewicz Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei. Während der deutschen Besetzung Polens war er interniert im KZ Auschwitz, nach 1945 Generalsekretär der Polnischen Sozialistischen Partei, nach der Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Polens wurde er Ministerpräsident Polens. 1948 bis 1971 gehörte er dem ZK und dem Politbüro der Polnischen vereinigten Arbeiterpartei an.

W. Ulbricht: Aber die Einzelheiten müssen im engeren Kreis erörtert werden.

*Das Gespräch dauerte zwei Stunden und 15 Minuten. Notiert: (Unterschrift)
(V. Koptelzew).*

Solidarität mit der FDJ

Brief aus Frankreich vom „Pôle de Renaissance Communiste en France (PRCF)“

Pierre Pranchère,

ehemaliger Resistance-Kämpfer FTPF (Franc-Tireur et Partisans Français),
ehemaliger französischer Abgeordneter des Départements Corrèze,
Ehrenabgeordneter der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) im
Europaparlament,
Präsident der Internationalen Kommission des Pôle de Renaissance
Communiste en France (PRCF)

Saint-Priest-de-Gimel, den 12. Januar 2021

An Frau Angela Merkel Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin, Deutschland

Frau Bundeskanzlerin,

ich bin empört gesehen zu haben, auf welche Weise die deutsche Polizei,
sicherlich auf Befehl von oben, die jungen und mutigen deutschen
Antifaschisten der Freien Deutschen Jugend (FDJ) zugerichtet und
misshandelt hat.

Während des Zweiten Weltkriegs und unter der Nazi-Okkupation Frankreichs
hatten die Francs Tireurs et Partisans de France (FTPF), denen ich im Alter
von 15 Jahren die Ehre hatte mich anzuschließen, zusammen mit heroischen
deutschen Kommunisten gekämpft, die an unserer Seite für die Ehre und die
Zukunft ihres Landes, Deutschland, heldenhaft die Hitler-Bestie bekämpften.

Frau Bundeskanzlerin, Sie verfügen zudem über die Erfahrung, dass die FDJ, die heute vom deutschen Staat verfolgt wird, einen überwiegenden Anteil am Aufbau des neuen antifaschistischen Deutschlands, der DDR, trug, die den Frieden in Europa verteidigte, das Wiedererstarken der Nazis bekämpfte, und die Stellung bezog, sodass nie wieder Krieg und Faschismus von deutschem Boden ausgehen sollte (“Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!”). Diese deutschen Jugendlichen bereiteten ebenso wie wir, Fortschrittliche und Kommunisten Frankreichs, dem fortschrittlichen Deutschlands eines Beethoven und Heine, eines Kant und Hegel, eines Karl Marx und einer Clara Zetkin, sowie den Märtyrern der Novemberrevolution, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Ehre.

Das, was uns dazu trieb, das war auf der einen Seite der wahrhaftige Patriotismus, das heißt die Liebe zu unserem Volk, der das genaue Gegenteil des hasserfüllten Nationalismus ist; und das war auf der anderen Seite der proletarische Internationalismus. Dieser brüderliche Internationalismus wurde von unserem Kameraden Jean-Pierre Timbaud der Wehrmacht mit den Worten “Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!” entgegengeschleudert, als er zur Hinrichtungsstätte in Châteaubriant trat. Dieser Internationalismus wurde durch bewegende Worte des für Frankreich gefallenen Missak Manouchian, Franc-Tireur et Partisan de la Main-d'oeuvre Immigrée (FTP-MOI) niedergeschrieben, bevor er von der Wehrmacht ermordet wurde: "Ich sterbe, ohne Hass auf das deutsche Volk in mir zu hegen”.

Das ist der Grund, warum wir uns über die im Grunde faschistische Art und Weise entrüsten, mit der junge friedliche Demonstranten der FDJ in diesem „vereinigten” Deutschlands behandelt wurden, während erbärmlicher Weise gleichzeitig 90 Abgeordnete und Hitler-Verehrer die Abgeordnetenbänke des Bundestages besetzen.

Mehr denn je verabscheuen wir dieses reaktionäre, antisoziale, imperiale, arbeitgeberfreundliche und immer faschistischer werdende Europa, das die kommunistischen Parteien verfolgt und eine vom Europäischen Parlament gestützte veritable Hexenjagd durchführt, während es die faschisierenden Regierungen in Polen, Ungarn und den Baltischen Staaten stützt und fördert. Mehr denn je sind wir solidarisch mit unseren jungen und weniger jungen deutschen Kameraden, die sich der stark beunruhigenden Rückkehr des

deutschen Imperialismus entgegenstellen, dem Feind aller Völker und vor allem des deutschen Volkes.

Gestatten Sie mir, Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, unser unerschütterliches Engagement auszudrücken, damit sich die deutsch-französische Freundschaft nicht auf den supranationalistischen, annexionistischen und imperialistischen Grundlagen des unheilvollen Aachener Vertrags, sondern auf den humanistischen Grundlagen des Antifaschismus und des Erhalts des Friedens entwickelt.

Pierre Pranchère

Träger des Ehrenkreuzes der Freiwilligen Kämpfer der Resistance,
Co-Autor des Buches Maquis de Corrèze

Unterstützt von

- Léon Landini, ehemaliger Offizier des Franc-Tireur et Partisans, Médaille de la Résistance, Offizier der Ehrenlegion, Orden der Kriegsverehrten, ausgezeichnet durch die UdSSR für Taten der Resistance, Präsident der PRCF
 - Georges Gastaud, co-secrétaire national der PRCF, Sohn eines gaullistischen Resistance-Kämpfers
 - Fadi Kassen, Historiker, co-secrétaire national der PRCF
- Gilliatt de Staërck, im Namen der Jeunes pour la Renaissance Communiste en France
- Jean-Pierre Hemmen, Vize-Präsident der PRCF, Sohn eines Erschossenen der Resistance, verfolgt vom französischen Staat, weil er sich weigerte unter dem Befehl von Speidel⁵⁹, Ex-General der Wehrmacht und Oberbefehlshaber der NATO in Europa, Waffen zu tragen.

⁵⁹ Hans Speidel war im I. Weltkrieg Leutnant, kämpfte in Flandern, an der Somme und bei Cambrai. Im II. Weltkrieg Teilnahme am Frankreichfeldzug als Chef des Kommandostabes, Aktivitäten gegen die Résistance, danach ab 1942 als Generalmajor an der Ostfront, Schlacht von Charkow, Unternehmen Zitadelle. 1944 Chef des Stabes der Heeresgruppe B unter Rommel. Nach dem II. Weltkrieg Aufbau der Bundeswehr, 1955 Chef der Abteilung IV, „Gesamtstreitkräfte“, Verhandlungen über den Beitritt der BRD zur NATO, 1957 Beförderung zum Vier-Sterne-General, von 1957 bis 1963 Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte für Mitteleuropa bei der NATO.

- Annie Lacroix-Riz, Enkelin eines jüdischen Deportierten, Historikerin, emeritierte Professorin an der Universität Paris-Diderot.

ZK der KPD: Offener Brief an alle Abgeordneten der Linksfraktion im Berliner Senat

Werte Abgeordnete der Linksfraktion!

Wie Ihnen sicherlich bereits bekannt ist, fand am 10.01.2021 das alljährliche Gedenken an die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg statt. Wie sicherlich ebenso bekannt, verübte die Berliner Polizei gewalttätige Willkürakte gegen Demonstranten einer angemeldeten und genehmigten Demonstration. Als Vorwand dienten angeblich illegale Symbole der Freien Deutschen Jugend (FDJ).

Dieser Umstand ist umso merkwürdiger, da die FDJ noch am 3. Oktober 2020 ganz legal ihren Protest gegen die sogenannten Feierlichkeiten zur deutschen Einheit in Berlin anmelden konnte und die Veranstaltung auch durchführte. Auch dürfte der Berliner Polizei gut bekannt sein, dass mit dem Einigungsvertrag von 1990 Organisationen der DDR in der Groß-BRD legal sind. Dies gilt sowohl für die FDJ als auch für die KPD, die beide mit haarsträubenden Methoden der politischen Gesinnungsjustiz 1954 und 1956 in der BRD verboten wurden.

Mit den Gewalt- und Willkürakten vom 10. Januar hat die Polizei somit massiv Recht gebrochen.

Mutige Demonstranten stellten sich solidarisch-schützend vor die FDJ und versuchten sie vor dem Zugriff der um sich schlagenden Polizisten zu bewahren. Nicht nur führte die Polizei durch ihre Gewalttätigkeit neue Fälle für die Notaufnahme in einem ohnehin schon belasteten Krankheitswesen herbei, verantwortungslos nötigte sie durch ihre tätlichen Angriffe auch zur Missachtung der Sicherheitsabstände.

Nun ist es so, dass laut Pressemeldung der Polizei dutzende Ermittlungsverfahren gegen diejenigen eingeleitet wurden, die die FDJ vor dem unrechtmäßigen Zugriff schützten. Den attackierten Demoteilnehmern steht zusätzlich zu körperlichen Schäden in grotesker Täter-Opfer-Verdrehung eine Repressionswelle bevor.

Sie, werte Abgeordnete, sind Teil der Regierungskoalition in Berlin, der die Polizei unterstellt ist. Bislang konnten wir leider von Ihnen noch keinerlei Pressemitteilung oder öffentliche Äußerung vernehmen, wie Sie zu den Ereignissen stehen oder Hilfe für die Betroffenen leisten. Lediglich Ihr Abgeordneter Niklas Schrader beschränkte sich auf ein äußerst Dünnes „Das geht so nicht“.

Unsere Fragen an Sie als Abgeordnete einer Partei, deren Stiftung den Namen Rosa Luxemburgs trägt, lauten:

- 1.** Was bedeutet „das geht so nicht“? Billigen oder missbilligen Sie das gewalttätige, unrechtmäßige Verhalten der Berliner Polizei gegen die LL Demo? Warum beschränkt sich ihr Protest auf so wenige Worte und findet keine große Öffentlichkeit?
- 2.** Was unternehmen Sie konkret, um die nun folgenden Ermittlungsverfahren gegen die Demonstranten niederzuschlagen? Wie üben Sie politischen Druck aus auf die Verantwortlichen, um dies zu erreichen? Werden Sie zum Beispiel einen Untersuchungsausschuss wegen der Vorfälle einleiten? Falls nein, warum nicht?
- 3.** Welche Schritte leiten Sie konkret ein, um die Verantwortlichen in den obersten und untersten Kettengliedern der Polizei und Politik zur Verantwortung zu ziehen? Was unternehmen Sie gegen den hier offensichtlich vorliegenden rechtsextremen Geist in der Polizei und dessen Nutzbarmachung von höchster Stelle?
- 4.** Für die Polizei ist Ihr Koalitionspartner SPD verantwortlich. Gibt es hier Gegensätze zu den Koalitionspartnern und falls ja, welche Konsequenz wird daraus gezogen?
- 5.** Welche Schritte werden eingeleitet, um zukünftig weitere Polizeiüberfälle auf die LL-Demo und linke Organisationen zu verhindern?

Angeichts der hohen Zahl von unrechtmäßig mit Ermittlungsverfahren repressierten und körperlich attackierten Demoteilnehmern erwarten wir eine der Dringlichkeit angemessen schnelle und ausführliche Antwort von Ihnen.

Hochachtungsvoll!

Das ZK der KPD, Berlin, 19.01.2021, Jürgen Geppert, amtierender Vorsitzender.

Anmerkung der Redaktion: Bis zur Drucklegung dieser Ausgabe gab es keine Antwort.

Aus der Leser/innen-Post

Stefan H.: Gerade die UdSSR ist noch ein „blinder Fleck“ in der Wissenskarte

Lieber Frank,

vielen Dank für das Zusenden der beiden Bücher, ich habe sie heute erhalten. Ebenso haben mich heute die beiden neuen Offensiv Hefte erreicht, von welchen ich Andropow bereits mit großem Interesse gelesen habe. Gerade die UDSSR ist für mich im speziellen und viele Genossen im allgemeinen noch ein "blinder Fleck" in der Wissenskarte und ich bin sehr dankbar für eure präzise und aufklärende marxistische Analyse.

Ich danke Euch und sende kommunistische Grüße,

Stefan H.

Yannik M.: Rückmeldung zum Kuba-Heft

Lieber Frank,

ich möchte dir hiermit lediglich eine kurze Rückmeldung zu deinem Kuba-Heft vom Oktober 2020 geben.

Zunächst möchte ich sagen, dass mir das Heft einige Einblicke in die aktuelle ökonomische Entwicklung Kubas geben konnte, die ich vorher nicht hatte. Hierfür also schonmal ein großes Dankeschön. Auch wenn das Lesen, wie du im Heft auch angemerkt hast, durch die vielen direkten Zitate keinen Fluss hat, finde ich die Entwicklungen in Kuba dennoch sehr anschaulich wiedergegeben.

Lustigerweise habe ich einige Tage, bevor ich mit dem Lesen des Heftes begonnen habe, eine lange Rede vom kubanischen Präsidenten Díaz-Canel in

der aktuellen Ausgabe der Granma gelesen. Zunächst fand ich die Rede gar nicht schlecht (wie gesagt, im Vorhinein hatte ich kaum Einblicke in die ökonomischen Veränderungen auf Kuba), im Nachhinein fällt mir jedoch auf, mit wie vielen Verschleierungen dort gearbeitet wird.

Also vielen Dank für dieses interessante Heft und die Arbeit, die du dort hineingesteckt hast.

Ich hoffe du bist und bleibst gesund, und dass man sich bald beim Fernstudium sieht.

Rote Grüße, Yannik M.

Wolfgang Schumann: ...was ich von Euch nicht erwartet hatte

Hallo, lieber Frank, natürlich auch liebe Anna!

Ich mucke ja selten auf, aber bei Andropow muß einem ja schlecht werden. Heute nicht viel, aber auf Seite 27 klingen die zitierten Stellen so:

"Es ist wichtig zu unterstreichen, dass der Entwurf die Linie der Partei zur Erhöhung des Wohlstandes der Werktätigen beibehält. Geplant ist das vorrangige Wachstum der Zweige in der Abteilung II, die Erhöhung der Produktion von Konsumgütern. Große materielle und finanzielle Mittel werden für die weitere Entwicklung des Agrar-Industrie-Komplexes eingesetzt. Auch das Realeinkommen der Bevölkerung wird weiter wachsen." (Fußnote 17)

und

"In der letzten Zeit wird nicht wenig davon gesprochen, dass die Selbständigkeit der Vereinigungen und Betriebe, der Kollektivwirtschaften und Staatsgüter erweitert werden muß. Es ist augenscheinlich an der Zeit, praktisch an die Lösung dieser Frage heranzugehen. Entsprechende Aufträge sind dem Ministerrat und dem Staatlichen Plankomitee erteilt worden. Hier muß umsichtig gehandelt, wenn nötig, muß experimentiert werden. Abzuwägen und zu berücksichtigen sind auch die Erfahrungen der Bruderländer. Die Erweiterung der Selbständigkeit muß in allen Fällen mit

wachsender Verantwortung und Sorge um die Interessen des gesamten Volkes einhergehen." (Fußnote 18)

Es wurde nicht nur falsch übersetzt, sondern auch sinnentstellend.

Prinzipiell ist die Broschüre etwas, was ich von Euch nicht erwartet hatte. Wer ist Willi Franke?

Ich wünsche euch alles Gute, bleibt gesund, Wolfgang Schumann

Hermann Jacobs: Es gibt keine vergleichbare Zeitschrift

Lieber Anna, lieber Frank,

Eure Zeitschrift wird gebraucht – wegen ihrer Standpunkte, die einmalig sind. Ich meine das so, wie ich es schreibe. Es gibt keine vergleichbare Zeitschrift. Dieser Standpunkt wird gebraucht.

Ich bin manchmal etwas unterschiedlich in der Herangehensweise – wie Ihr wieder an meinem China-Artikel erkennen könnt. Aber das macht nicht. Ich habe ja dieselben grundsätzlichen Bedenken wie Ihr. Was ich verhindern will ist, dass man sich vollständig auf den so genannten „chinesischen Weg“ begibt. Das wäre eine Fehlorientierung.

Lenin benutzte für die ersten Jahre der Sowjetunion an manchen Stellen noch den Begriff Staatskapitalismus. Es ist aber nie wirklich dazu gekommen. Das erste wirkliche System für dieses Land wurde unter Stalin geschaffen. Die DDR übernahm es anstandslos. Bis auf die Unterbrechung des NÖSPL.

Ich war immer dagegen. NÖSPL war falsch. (Es gibt aber Gründe, dass dieses NÖSPL-Denken um sich greifen konnte – denn das Preis-Geld-System der Planwirtschaft wirft rein optisch einige Fragen auf.) Ich bin mir aber nicht sicher, ob unsere Argumentation schon verstanden und in das Denken aufgenommen wurde. Es darf nicht bei zwei, drei Sätzen mit Bekundungscharakter bleiben. Wir brauchen eine durchgreifende Argumentation, die jedermann versteht.

Ich weiß nicht, ob ich Euch mal gesagt habe, dass ich 1946 als Volontär beim „Neuen Deutschland“ angefangen habe, 1947 schon Redakteur wurde - hauptsächlich in der Wirtschaftsabteilung. Mit 19 Jahren nahm ich an der Tagung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) teil, dem Vorläufer

der DDR-Regierung, und berichtete darüber in der Zeitung. 1952 ernannte mich Rudolf Herrnstadt dann zum Leiter der Bezirksredaktion Brandenburg. Viel Praxis also mit der Praxis der DDR. Aber im Grunde nicht die eigentliche Praxis, so dass ich mich 1957 vom journalistischen Beruf abwandte und „in die Produktion“ ging. Erst Fräser, dann Dreher, dann Schweißer, zum Schluss Stahlbauer.

Erst dadurch aber begriff ich die Lohnfrage des/im Sozialismus. Erste Arbeiten dazu ab 1964 – zur selben Zeit also, als mit NÖSPL begonnen wurde. Ich wollte aber nicht Lohn-Bindung an den Gewinn des Betriebes, wie NÖSPL vorsah, sondern *den Lohn als Anteil an der gesellschaftlichen Gesamtarbeit / Abteilung II*. Was Marx schon erkannt und gefordert hatte, wozu sich aber kein Sozialismus bisher entschlossen hat. Man löst ja - ach Du liebe Güte! – „die Wertform der Produkte auf“! (Hatte auch mal ein langes Gespräch mit Fritz Behrens dazu.)

Der Jammer ist, dass ich in der DDR nie in die Öffentlichkeit gelangte (nur mal ein zweistündiges Gespräch im ZK, vermittelt durch Erich Honecker 1970 – wohl wegen NÖSPL). Erst mit Euch hat das ein Ende gefunden. Aber selbst um Euch wird eine Mauer gelegt. Wann hat das ein Ende?

Herzlich, Hermann Jacobs

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

